

108. Sitzung

am Dienstag, dem 28. Januar 2003, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches 7823

Erklärung des Landtagspräsidenten aus Anlass
des **Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus** und aus Anlass der Jahrestage der
Machtübernahme der Nationalsozialisten, der
Errichtung des Konzentrationslagers Dachau
und des **Widerstandes der Weißen Rose** 7823

Nachruf auf den Abgeordneten **Horst Heinrich** . . 7824

Landtagsmandat für **Dr. Helmut Simon** 7824

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Gün-
ter Gabsteiger, Dieter Heckel, Adolf Beck** und
Max Brandl 7824

Begrüßung des Ersten Bürgermeisters der Stadt
Oradour-sur-Glane **Raymond Frugier** 7825

Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**„Keine Finanzabenteuer für das Prestigeobjekt
Transrapid – Bayerns Nahverkehr stärken“**

hierzu:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Christine Stahl, Dr.
Dürr, Dr. Runge u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

**Keine Finanzabenteuer für das bayerische
Transrapid-Projekt** (Drs. 14/11406)

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . 7825
Dinglreiter (CSU) 7827
Maget (SPD) 7829
Staatssekretär Spitzner 7829
Kaul (CSU) 7831
Schläger (SPD) 7832
Dr. Bernhard (CSU) 7833
Hartmann (SPD) 7834
Rotter (CSU) 7835
Mommel (SPD) 7836
Dr. Söder (CSU) 7837

Namentliche Abstimmung zum Dringlichkeits-
antrag 14/11406 (s. a. Anlage 1) 7838, 7843

Erklärung zur Abstimmung

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . 7838

Antrag der Staatsregierung

**Entwurf einer Verordnung über das Landes-
entwicklungsprogramm Bayern (LEP)** (Drs.
14/9900)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 14/11352)

hierzu:

**Eingabe betr. Fortschreibung des Landesent-
wicklungsprogramms Bayern; Streichung des
Ziels B V 1.6.3; Az.: LU.0599.14**

und

Antrag der Abg. Dr. Kronawitter, Gartzke, Schlä-
ger u. a. (SPD)

**Keine Vorbehaltsfläche für Flughafen München
II in das Landesentwicklungsprogramm** (Drs.
14/9779)

und

Änderungsantrag der Abg. Maget, Biedefeld,
Gartzke u. a. (SPD)

**Fortschreibung des Landesentwicklungspro-
gramms; Grundsätzliche Zielsetzungen und
Leitlinien** (Drs. 14/10809)

und

Änderungsantrag der Abg. Dr. Dürr, Paulig, Dr.
Runge u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Landesentwicklungsprogramm; Zu Kapitel B V
– Nachhaltige technische Infrastruktur** (Drs.
14/10290)

sowie

Anträge und Änderungsanträge zum Entwurf einer Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) (s. a. Anlage 2)

und

Änderungsantrag der Abg. Christine Stahl, Dr. Runge, Kellner u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Landesentwicklungsprogramm; A 94 (Drs. 14/11381)

und

Änderungsantrag der Abg. Elisabeth Köhler, Dr. Runge, Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Landesentwicklungsprogramm; Aus- und Neubau der ICE-Strecke Nürnberg – Erfurt (Drs. 14/11382)

und

Änderungsantrag der Abg. Elisabeth Köhler, Dr. Runge, Kellner u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Landesentwicklungsprogramm; MUC II, Vorranggebiet Flughafenentwicklungsfläche (Drs. 14/11383)

und

Änderungsantrag der Abg. Elisabeth Köhler, Dr. Runge, Paulig u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Landesentwicklungsprogramm; Großmärkte auf der „Grünen Wiese“ (Drs. 14/11384)

Staatsminister Dr. Schnappauf 7839, 7863
Wörner (SPD) 7843
Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . 7848

Hofmann (CSU) 7850
Hartenstein (fraktionslos) 7854
Frau Dr. Kronawitter (SPD) 7855, 7861
Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . 7856
Dr. Rabenstein (SPD) 7858
Kaul (CSU) 7860
Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . 7862

Zu Protokoll gegebene Ausführungen des Abg. Hartenstein (s. a. Anlage 3)

Beschluss zur mitberatenen Eingabe 7864

Namentliche Abstimmung zum SPD-Antrag 14/9779 (s. a. Anlage 4) 7864, 7866

Beschluss zum SPD-Änderungsantrag 14/10809 7865

Beschluss zum GRÜNEN-Änderungsantrag 14/10290 7865

Beschluss zum CSU-Antrag 14/10903 7865

Beschluss zum GRÜNEN-Änderungsantrag 14/11382 7865

Beschluss zum GRÜNEN-Änderungsantrag 14/11384 7865

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Änderungsantrag 14/11381 (s.a. Anlage 5) . . . 7865, 7866

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Änderungsantrag 14/11383 (s. a. Anlage 6) . . . 7865, 7866

Abstimmung über die sonstigen mitberatenen Anträge und Änderungsanträge (s. a. Anlage 7) . 7865

Beschluss zum Regierungs-Antrag 14/9900 . . . 7866

Schluss der Sitzung 7866

(Beginn: 15.04 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 108. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Aufnahmegenehmigung wurde erteilt.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Erinnerung und Gedenken geben unserer Zukunft ein humanes Fundament; denn die Rechenschaft über das Gestern ist Maßstab für das Morgen. Der 27. Januar 1945, also der Tag, an dem vor 58 Jahren das Vernichtungslager Auschwitz befreit wurde, setzt ein Erinnerungszeichen, das uns mahnt: Nie wieder!

Der frühere Bundespräsident Roman Herzog hat den 27. Januar zum „Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus“ erklärt. Das darf kein äußerlicher „Routine-Pflichttermin“ werden, im Gegenteil: Wir haben die innere moralische Verpflichtung, an das Unrecht zu erinnern und uns immer wieder von Neuem der ethischen und demokratischen Fundamente unseres Gemeinwesens zu vergewissern.

Heuer ragen weitere historische Ereignisse aus dem Strom der Erinnerung heraus, weil sich ihre Gedenktage runden. Sie stehen für die Zerstörung des Rechtsstaates, die Unterdrückung von Moral und Menschlichkeit und für Zivilcourage und Widerstand gegen das NS-Unrechtsregime.

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 begann vor 70 Jahren eine Politik, die 12 Jahre später in der Katastrophe endete. Binnen kurzer Zeit waren die staatlichen Strukturen ausgehöhlt und die Grundrechte außer Kraft gesetzt. Die Nationalsozialisten ließen ihrem Hass gegen verfassungsmäßige Einrichtungen und gegen aufrechte Demokraten freien Lauf. Die demokratischen Parteien wurden verboten oder zur Selbstauflösung gezwungen. Agitation, Willkür und Gewalt der Straße machten auch vor den Parlamenten nicht Halt. Die föderative Ordnung des Reiches wurde zerschlagen. Bayern wurde nachgeordnete Reiseprovinz und verlor für 12 Jahre seine Eigenständigkeit, die über 1000 Jahre gewährt hatte. Bereits in den ersten Wochen und Monaten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurden zahlreiche bayerische Landtags- und Reichstagsabgeordnete eingeschüchtert, eingekerkert oder im KZ Dachau in so genannte „Schutzhäft“ genommen.

Das Konzentrationslager Dachau wurde ebenfalls vor 70 Jahren am 22. März 1933 als erstes Konzentrationslager in Deutschland errichtet. Hier wurden unzählige Menschen gedemütigt, gefoltert und ermordet, hier haben die Schergen der Vernichtungslager begonnen, den rassistischen Wahn in blutige Realität umzusetzen. Mehr als 200 000 Gefangene wurde in diesem Todeslager registriert, über 30 000 davon mussten ihr Leben lassen. Die menschliche Vorstellungskraft reicht kaum aus, die Leiden der Opfer zu begreifen: Arbeit bis zur völligen Erschöpfung, Hunger, dauernder Terror, grausame Misshandlungen unter dem Deckmantel medizinisch-wissen-

schaftlicher Versuche und schließlich bei vielen ein qualvoller Tod.

Von dem Theologen Johann Baptist Metz stammt der Satz: „Auschwitz standzuhalten heißt nicht, Auschwitz zu begreifen. Wer hier begreifen wollte, hätte nichts begriffen.“ Anders formuliert: Wissen und Verstehen allein sind keine angemessenen Kategorien, weil sie eine abschließende Betrachtung und Einordnung nahe legen würden. Es geht vielmehr darum, sich immer wieder von Neuem bewusst zu machen, zu welcher Barbarei Menschen auch in unserem Land fähig gewesen sind. Wir sind es den Opfern und den Überlebenden der Todeslager schuldig, dafür Sorge zu tragen, dass die Sensoren in unserem Land dafür nicht abtumpfen.

Hier liegt eine zentrale Aufgabe der KZ-Gedenkstätten. Dachau und Flossenbürg sind Mahnmale in Bayern, die dauerhafte Zeichen gegen das Vergessen setzen. Sie sind Stätten der Erinnerung und des Gedenkens, aber – mehr noch – auch politische und ethische Imperative für alle Generationen.

Der Bayerische Landtag unterstützt ganz bewusst die Erinnerungsarbeit, insbesondere der KZ-Gedenkstätten. In der letzten Sitzung des Jahres 2002 haben wir Abgeordnete mit einem einstimmigen Votum das Gesetz über die Errichtung der „Stiftung Bayerische Gedenkstätten“ beschlossen. Zweck dieser Stiftung ist es – ich zitiere aus Artikel 2 des Gesetzes –, „die Gedenkstätten als Zeugen für die Verbrechen des Nationalsozialismus, als Orte der Erinnerung an die Leiden der Opfer und als Lernorte für künftige Generationen zu erhalten und zu gestalten, die darauf bezogene geschichtliche Forschung zu unterstützen und dazu beizutragen, dass das Wissen über das historische Geschehen im Bewusstsein der Menschen wach gehalten und weitergetragen wird.“

Der Freistaat hat in den zurückliegenden Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, die staatlichen Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg in wesentlichen Teilen neu zu gestalten, ihre Ausstattung zu verbessern und sie stärker in die politische Bildungsarbeit einzubeziehen. Das Gesetz soll der Gedenkstättenarbeit einen neuen rechtlichen Rahmen und darüber hinaus kräftige Impulse geben. Der Bayerische Landtag setzt mit diesem Gesetz ein Zeichen, das über den politischen Alltag hinausweist: gemäß dem Gebot unserer Verfassung wachsam zu sein gegenüber Gefährdungen der Würde des Menschen und gegen die Feinde von Freiheit und Toleranz aufzustehen und deren Ziele öffentlich anzuprangern. In diesem Zusammenhang ist es auch sehr zu begrüßen, dass weitere konkrete Schritte für ein NS-Dokumentationszentrum in München unternommen wurden, unter anderem auch in diesem Hause.

Vor 60 Jahren riefen die Mitglieder der studentischen Widerstandsgruppe „Die Weiße Rose“ am 18. Februar 1943 mit einer Flugblattaktion in der Münchner Universität zur Beendigung des Krieges und zur Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde auf. Das letzte Flugblatt der Weißen Rose entstand unter dem Eindruck der Schlacht um Stalingrad und eines hemmungslos menschenverachtenden Vernichtungskrieges, der verbrannte Erde und zahllose Opfer zurück-

ließ. Der aufrüttelnde Appell der Weißen Rose – eine Blume, die übrigens in München blühte – war in den Augen der NS-Machthaber ein politisches Schwerverbrechen. Hans und Sophie Scholl und Christoph Probst wurden noch am Tag ihrer Verurteilung, am 22. Februar 1943, hingerichtet; weitere Mitglieder der Weißen Rose wurden in den folgenden Monaten getötet.

Wir erinnern uns heute mit Hochachtung der Mitglieder der Weißen Rose. Als Blutzengen stehen sie für den mutigen Widerstand jener entschlossenen Frauen und Männer, die ihr Leben gegen die Herrschaft des Unrechts und für Menschlichkeit, Freiheit und Frieden einsetzten. Daneben gab es viele heute unbekannte Menschen, die unauffällig im Alltag zivilen Widerstand leisteten. Sie folgten der Stimme ihres Gewissens, nicht den lauten Parolen der Machthaber.

Ein bleibendes Zeugnis dafür sind die Worte, die Professor Kurt Huber, der die Widerstandsgruppe um die Geschwister Scholl aktiv unterstützte, kurz vor seiner Hinrichtung gesprochen hat. Er sagte:

Es gibt für alle Legalität eine letzte Grenze, wo sie unwahrhaftig und unsittlich wird. Dann nämlich, wenn sie zum Deckmantel einer Feigheit wird, die sich nicht getraut, gegen offenkundige Rechtsverletzung aufzutreten. Ein Staat, der jegliche freie Meinungsäußerung unterbindet ... bricht ein ungeschriebenes Recht. ...

Diese klare Haltung hat die Mütter und Väter der Bayerischen Verfassung darin bestärkt, in bewusster Abkehr von der Unrechtsherrschaft einen Neuanfang zu machen und ein demokratisches, rechtsstaatliches und sozial verantwortetes Gemeinwesen aufzubauen. Dieser feste Wille spiegelt sich in der Präambel unserer Verfassung wider. Sie fordert unmissverständlich, dass es keine Alternative zur Achtung vor der Würde des Menschen, zur Freiheit und zur Rechtsgleichheit geben kann.

Die Ideale der Weißen Rose leben in diesem Wertefundament weiter. Es ist ein sehr sinnfälliges Zeichen, wenn nur wenige Schritte vom Lichthof der Universität entfernt, in dem die Flugblätter der Weißen Rose abgeworfen wurden, rund dreieinhalb Jahre später in der Aula der Universität der Bayerische Beratende Landesausschuss und die Verfassungsgebende Landesversammlung tagten. Hier trat auch der Bayerische Landtag am 16. Dezember 1946 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Voraussetzungen, des Verlaufs und der Folgen der genannten historischen Ereignisse haben sie doch eine gemeinsame Botschaft: Freiheit, Toleranz und Menschenwürde sind seit über 50 Jahren tragende Säulen unserer Verfassungs- und Werteordnung. Wer ihre Segnungen genießt, muss sich auch ihrer möglichen Gefährdung bewusst sein. Als Demokraten sind wir daher aufgefordert, die Werte der Verfassung bewusst zu leben und sie gegen Anfeindungen und wachsende Gleichgültigkeit aktiv zu verteidigen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, sich nun von Ihren Plätzen zu erheben. –

(Die Anwesenden erheben sich)

Wir gedenken aller Menschen, die der Willkür und Gewalt der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind, die ihrer Menschenwürde beraubt, ausgeplündert, verfolgt, misshandelt oder vertrieben wurden, weil sie einem anderen Volk angehörten, einer anderen Rasse zugeordnet wurden, an ihrer Überzeugung oder ihrem Glauben festhielten und Widerstand gegen Gewaltherrschaft leisteten. –

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, noch einen Moment stehen zu bleiben; wir wollen eines verstorbenen Kollegen gedenken.

Am 26. Dezember 2002 verstarb nach schwerer, mit Tapferkeit und immer wieder neuem Mut ertragener Krankheit Herr Horst Heinrich im Alter von 64 Jahren. Er gehörte seit 1974 dem Bayerischen Landtag an und vertrat für die SPD den Wahlkreis Schwaben. Seine freundliche, zurückhaltende Art, sein Humor und sein hoher Sachverstand machten Horst Heinrich zu einem über die Fraktionsgrenzen hinweg geschätzten und anerkannten Kollegen. Er war Mitglied in den Ausschüssen für Fragen des öffentlichen Dienstes, für Eingaben und Beschwerden sowie für Landesentwicklung und Umweltfragen. Die Erhaltung einer gesunden Umwelt als Lebensgrundlage für die Menschen lag ihm besonders am Herzen. Als Anwalt der Schwachen und Hilfsbedürftigen versuchte er nach besten Kräften zu helfen. Sein ganzes Engagement galt den Menschen in Augsburg und in seiner schwäbischen Heimatregion. Als Anerkennung seiner Leistungen wurden ihm zu Lebzeiten hohe Auszeichnungen zuteil. Horst Heinrich wird uns als aufrechte Persönlichkeit und als verlässlicher Kollege in Erinnerung bleiben. Der Bayerische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Sie haben sich zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und zu Ehren des toten Kollegen von Ihren Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Leben muss weitergehen. Dementsprechend hat mir der Landeswahlleiter schriftlich mitgeteilt, dass als Nachfolger von Herrn Horst Heinrich nach Artikel 48 des Landeswahlgesetzes Herr Dr. Helmut Simon am 7. Januar 2003 die Rechtsstellung eines Mitglieds des Bayerischen Landtags erworben hat. Ich heiße den neuen Kollegen im Hause – es ist ihm ja bereits bekannt – willkommen und wünsche ihm für seine Aufgaben im Parlament Kraft, Erfolg und alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich noch einige Glückwünsche nachholen: Einen runden Geburtstag konnte Herr Kollege Günter Gabsteiger am 23. Dezember begehen. Halbrunde Geburtstage feierten Herr Kollege Dieter Heckel am 8. Januar, Herr Kollege Adolf Beck am 16. Januar sowie Herr Kollege Max Brandl am 24. Januar. Ich gratuliere den Genannten im Namen des gesamten Hauses und persönlich sehr herzlich und wünsche ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem

Gesundheit und Energie für ihre parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Diplomatenloge begrüße ich den Ersten Bürgermeister der Stadt Orléans-sur-Glane, Herrn Raymond Frugier.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Frugier ist in diesen Tagen von Herrn Staatsminister Bocklet mit der Bayerischen Europa-Medaille ausgezeichnet worden. Damit wurden seine herausragenden Verdienste um die deutsch-französische Verständigung in besonderer Weise gewürdigt. Ich gratuliere Ihnen, Herr Bürgermeister, im Namen des Hohen Hauses sehr herzlich und wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in Bayern und speziell im Bayerischen Landtag.

(Allgemeiner Beifall)

Nun kommen wir zur Tagesordnung. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung war die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema „**Keine Finanzabenteuer für das Prestigeobjekt Transrapid – Bayerns Nahverkehr stärken**“.

In die Beratung beziehe ich ein den zum Plenum eingereichten

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Christine Stahl, Dr. Dürr, Dr. Runge und anderer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Finanzabenteuer für das bayerische Transrapid-Projekt (Drucksache 14/11406)

In der Aktuellen Stunde dürfen, wie Sie wissen, die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält eines ihrer Mitglieder zehn Minuten Redezeit, und dies wird auf die Gesamtredezeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag für eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. Ich bitte Sie, jeweils auf mein Signal zu achten.

Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Runge für einen Beitrag von zehn Minuten.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mindestens. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht von der heutigen Kabinettsitzung ist eine Bankrotterklärung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erinnern uns alle: Tag für Tag in den letzten Wochen hat Verkehrsminister Otto Wiesheu verkündet, spätestens Ende Januar würde ein tragfähiges Finanzierungskonzept präsentiert werden. Jetzt steht er mit leeren Taschen da.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Maget (SPD): Darum traut er sich gar nicht rein!)

Wir lesen gleichzeitig im heutigen Bericht zur Kabinettsitzung, man behauptet immer noch, der Transrapid sei wirtschaftlich zu betreiben. Exakt zeitgleich meldet der Fraktionsvorsitzende der CSU hieran starke Zweifel an. Also, er ist am Umlernen. Wir lesen immer noch diesen schönen Spruch, mit einem Fahrpreis von 13 € könnte man einen jährlichen Gewinn von 25 Millionen € einfahren.

(Maget (SPD): Es gibt schon wieder einen neuen Sachstand!)

Das ist schon erst mal richtig. Allerdings ist da kein einziger Cent an Kapitalkosten hineingerechnet. Sie werden doch wohl nicht glauben, dass irgendwelche Investoren kommen und Kapital zur Verfügung stellen, ohne eine angemessene Verzinsung haben zu wollen. Ich frage mich auch an dieser Stelle: Wie definiert unser Wirtschaftsminister denn eigentlich den Begriff „Wirtschaftlichkeit“?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sollte eigentlich zu den grundlegenden Kenntnissen eines Wirtschaftsministers gehören.

(Hofmann (CSU): Nordrhein-Westfalen!)

– Herr Kollege Hofmann gibt mir liebenswürdigerweise wieder das Stichwort. Wir erleben ja zurzeit einen Wettlauf der politischen Dinosaurier, Stoiber auf der einen Seite, Clement auf der anderen Seite. Die Stellvertreter sind bekannt: Wiesheu und Steinbrück. Der Schiedsrichter, sagen wir mal, mit einer Binde vor den Augen, ist auch bekannt: Herr Stolpe. Das Ganze ist bar jeder Vernunft.

Unsere Meinung zum Metrorapid ist auch bekannt. Das Ganze ist genauso unsinnig, ist verkehrspolitisch ebenso unbrauchbar wie haushaltspolitisch inakzeptabel. Letztlich ist der Metrorapid, so wie er zurzeit geplant ist, nichts anderes als eine schwebende Trambahn mit überwiegend Stehplätzen. Wir finden es nicht großartig, im Gegenteil, dass sich unsere grünen Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen vom damaligen Ministerpräsidenten Clement haben erpressen lassen mit dem bekannten Herrn Möllemann.

(Dr. Bernhard (CSU): Ihr müsst erst einmal eure Position klären! Das ist doch unglaublich!)

Ich gebe sogar – Herr Bernhard, das werden Sie gerne hören – dem abwesenden Wirtschaftsminister Otto Wiesheu – wahrscheinlich leidet er gerade am Jetlag – Recht, wenn er sagt: In Nordrhein-Westfalen wird frisiert. Ich sage sogar: Die rasieren. Die rasieren sich zurzeit ihr

Projekt selber ab. Erst hat man gesagt, wir machen es mit sechs Sektionen, dann war man bei vier, dann war man bei drei Sektionen je Zug. Also: Sie rasieren es sich selber weg. Allerdings wird auch bei Wiesheu und der Bayerischen Staatsregierung ganz massiv rasiert, frisiert und manipuliert; da braucht man nicht nach Nordrhein-Westfalen zu sehen.

(Beifall der Frau Abgeordneten Christine Stahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zwei Beispiele: Größter Nutzenstifter in der Machbarkeitsstudie war der „Reisezeit-nutzend motorisierte Individualverkehr“, mit einer Größenordnung von 600 Millionen € je Jahr angesetzt, obwohl man einen solchen überhaupt nicht zum Ansatz bringen darf bei Projekten, die sich innerhalb von Nahverkehrsgrößenordnungen bewegen. Erstaunlicherweise kritisiert die Staatsregierung das für Nordrhein-Westfalen, reklamiert sie es aber selbstverständlich für Bayern. Ein anderes Beispiel: der Energiemix. Da nimmt man den hohen bayerischen Anteil an Kernenergie und Wasserkraft her, um den CO₂-Ausstoß niedrigzurechnen. Das ist völliger Unfug; denn hier geht es um Spitzenlasten von 60 bis 70 Megawatt, wenn man das Ganze hochschauelt. Das kann man eben nicht mit Grundlaststrom fahren,

Noch absurder wird das Ganze dann in der betriebswirtschaftlichen Erfolgsrechnung: Sechseinhalb Cent je Kilowattstunde, und gleichzeitig soll der Stromversorger die Sonderanlagen für diese Spitzenlast bauen – das ist einfach absurd.

(Beifall der Frau Abgeordneten Christine Stahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das heißt, es gibt reihenweise Beispiele für die Frisierkünste von Herrn Wiesheu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber, Herr Glück – schön, dass Sie da sind –, es sind bereits die ersten Anzeichen eines Zurückruderns zu beobachten. Wie wurde heute gemeldet: „Starke Zweifel an der Wirtschaftlichkeit einer Transrapid-Strecke zum Münchner Flughafen hat CSU-Landtagsfraktionschef Alois Glück geäußert.“ Dann sagen Sie, es gebe aber andere wichtige Gründe, das Projekt zu realisieren. Immerhin wird endlich einmal die Wirtschaftlichkeit auch von Ihrer Seite in Zweifel gezogen.

In unseren Augen ist das Münchner Transrapid-Projekt weiterhin verkehrspolitischer Unfug, es ist haushalts- und finanzpolitisch nicht vertretbar, und es schadet den Bürgern Bayerns und damit Bayern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen thematisieren wir das heute wieder und sagen: Die Staatsregierung wird aufgefordert, von dem Vorhaben Abstand zu nehmen, die Kosten für die Untersuchungs- und Planungsschritte bis zum Abschluss des Planfeststellungsverfahrens vorzufinanzieren, und daneben von dem Versuch Abstand zu nehmen, die Finanzierungslücke zwischen dem vom früheren Bundesver-

kehrsminister Bodewig zugesagten Bundesanteil und den Investitionskosten über – so Pläne – die Landesbank oder die Flughafengesellschaft schließen zu wollen. Schließlich wollen wir auch nicht mit Landesbürgschaften arbeiten.

Herr Glück sagt, wir brauchen eine stabile Finanzierung, und die Landesbank sei eine stabile Bank. Da müssen wir ganz heftig widersprechen, in mehrerlei Hinsicht. Wir sagen: Mit dem Missbrauch der Bayerischen Landesbank zur Unterstützung befreundeter Unternehmen und zum Hätscheln politischer Steckenpferde muss endlich Schluss sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie kennen ja die finanzielle Situation: zum ersten Mal Verluste im operativen Geschäft. Diese erlauben es nicht, in weitere politische Abenteuer einzusteigen.

Das Nächste ist der Vorschlag, die Flughafengesellschaft einzubeziehen. Diese Gesellschaft ist hoch verschuldet, 2,5 Milliarden DM Gesellschafterdarlehen können nicht bedient werden aufgrund der miserablen Vermögens- und Ertragslage. Sie wollen diese Situation noch verschärfen.

Aber die größte Lumperei ist der Missbrauch von Nahverkehrsmitteln. Verkehrsminister Wiesheu spricht davon, 40 Millionen, die die weiteren Planungsschritte bis zum Planfeststellungsverfahren kosten, sollen vorfinanziert werden. Einmal sagen wir, 40 Millionen € in ein Projekt zu stecken, dessen Realisierung äußerst zweifelhaft ist, ist vor allem auch angesichts der klammen Haushaltslage nicht zu verantworten. Jetzt diese Gelder wieder aus den Regionalisierungsmitteln, die wir vom Bund bekommen, zu nehmen, geht dann in unseren Augen gar nicht.

(Beifall der Frau Abgeordneten Christine Stahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diese Mittel sind wirklich für etwas anderes bestimmt. Herr Wiesheu sagt, er nimmt dafür nicht beanspruchte Mittel aus dem Nahverkehrsset her. Wie sieht es tatsächlich aus? – Er hat diese Mittel nicht freigegeben. Er hat die Wünsche von Kommunen und von Fahrgastverbänden zur Bestellung weiterer Zugkilometer nicht erfüllt, hat die Gelder in seine Sparbüchse gesteckt, um sich dann irgendwelche Prestigeprojekte und Prestigeträume erfüllen zu können. Das geht in unseren Augen nicht, und dagegen werden wir heftig ankämpfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe wenigstens Herrn Spitzner. Er bringt immer die gleichen Sprüche, er sagt: Wir kaufen keine Zugkilometer, um dann heiße Luft spazieren zu fahren. Sagen Sie das mit der heißen Luft mal den Pendlern, die tagtäglich in ihren Zügen stehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fazit: Die Transrapidgelder kommen aus dem Verkehrs-
etat. Diese Gelder fehlen dann woanders. Noch einmal

das Beispiel: In die gesamte Münchner S-Bahn wurden seit 1966 – das waren die ersten Planungsschritte – etwa die gleichen Gelder investiert, die das bayerische Transrapidprojekt kosten soll.

Das eine wird täglich von 720 000 Bürgerinnen und Bürgern genutzt, der Transrapid aber nur von, wenn es hoch kommt, vielleicht 20 000.

(Dr. Bernhard (CSU): So ein Schmarrn, 20 000!)

Wir halten das Transrapid-Projekt weiterhin für einen verkehrspolitischen Irrweg und für finanzpolitischen Irrsinn. Auf Kosten der Steuerzahler, Herr Bernhard, wollen sich einige Politiker ein Denkmal setzen und einige Geschäftsleute eine goldene Nase verdienen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Brüche und angesichts der Systemzeit auf der gesamten Wegeketten ist die Magnetschwebbahn zum Flughafen alles andere als verkehrspolitisch zielführend. Mit den Steuergeldern, die für den Transrapid in Milliardenhöhe ausgegeben werden sollen, lassen sich weitaus sinnvollere und dringlichere Projekte finanzieren, auch im Bereich des Verkehrs. Deswegen bitten wir um Unterstützung unseres Antrages, über den wir namentlich abstimmen lassen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Als Nächster hat Herr Kollege Dinglreiter das Wort. Wird es ein Zehn-Minuten-Beitrag? – Zehn Minuten.

Dinglreiter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Man könnte dieses Thema so überschreiben: Der Transrapid – ein deutsches Trauerspiel.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Da fährt der Bundeskanzler nach China, lässt sich dort begeistert feiern, weil in diesem Land eine deutsche Technik in Betrieb genommen wird, aber hier erleben wir, dass diese Technologie schlechtgeredet und auf die lange Bank geschoben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es begann damit, dass diese Bundesregierung zunächst einmal die geplante Strecke zwischen Hamburg und Berlin aufgegeben hat. Dann hat sie um Vorschläge für alternative Strecken gebeten. Bayern hat sich beworben und ist neben NRW für eine Machbarkeitsstudie über eine von zwei Strecken ausgewählt worden. Im Januar 2002 wurde diese Machbarkeitsstudie positiv abgeschlossen.

(Zuruf von der SPD: Das war die schwäbische Eisenbahn!)

– Ich komme schon noch auf Ihre Bemerkungen zurück.

In dem Prüfbericht des Bundesrechnungshofs, den Sie immer wieder angeführt haben, ist deutlich geworden, dass sich 80% der Kritik nicht auf das bayerische, sondern auf das nordrhein-westfälische Projekt beziehen. In den Vorstudien ist nämlich unberücksichtigt geblieben, dass, wie auch das „Handelsblatt“ heute schreibt, das Projekt in Nordrhein-Westfalen schöngerechnet worden und das Fahrgastaufkommen künstlich erhöht worden ist. Deshalb hat der bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie beim Bund die Beauftragung eines Obergutachters angefordert, damit dies alles überprüft wird. Dieses ist bis heute nicht geschehen. Warum wohl? – Weil man weiß, dass die Rechnung zu Ungunsten von Nordrhein-Westfalen ausgeht und weil damit deutlich werden würde, dass die Zuweisung von Zuschüssen in Höhe von 1,75 Milliarden € für Nordrhein-Westfalen und von 550 Millionen € für Bayern ungerecht ist, wenn man davon ausgeht, dass das Investitionsvolumen der Metrorapid-Strecke nur doppelt so hoch wie das des bayerischen Projektes der Flughafenanbindung.

Ziel des Bundeskanzlers war es doch wohl nur, das bayerische Projekt zu Fall zu bringen, um das überbeuerte Projekt in Nordrhein-Westfalen auch mit den bayerischen Zuschüssen zu finanzieren.

(Hofmann (CSU): So ist es!)

Die GRÜNEN, meine Damen und Herren, betätigen sich dabei als willige Handlanger des Bundeskanzlers gegen die Interessen Bayerns.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Kaul (CSU): Genauso ist es!)

Bevor wir über Geld sprechen, müssen wir fragen: Worum geht es uns denn in Bayern beim Transrapid-Projekt? Erstens geht es uns um einen verkehrspolitischen Aspekt, um eine attraktive Flughafenverbindung mit einem hohen Verlagerungspotenzial von der Straße auf die Schiene. Zweitens geht es uns um den Technologieaspekt: Anwendung von deutscher Hochtechnologie in Deutschland und nicht nur im fernen Ausland. Drittens geht es uns um den Standortaspekt, um eine enorme Signalwirkung für den Hightech-Standort Bayern. Viertens geht es uns schließlich um den Beschäftigungsaspekt, den die Projektrealisierung über mehrere Jahre mit einer Wertschöpfung, die zu einem hohen Anteil von bayerischen Unternehmen und damit von bayerischen Arbeitnehmern erbracht wird, mit sich bringt.

Zum ersten Aspekt. Wir brauchen eine schnelle, eine leistungsfähige und attraktive Verbindung vom Hauptbahnhof München, in dem jeden Tag über 600 Fernzüge und viele Nahverkehrszüge ein- und ausfahren, zum Flughafen, der vermutlich in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren mit einer Verdopplung des Fluggastaufkommens rechnen kann. Eine neue, eine leistungsfähige Verkehrsanbindung ist notwendig. Der Transrapid soll nicht die S-Bahn ersetzen, sondern den Schienenverkehr um ein modernes Verkehrsmittel erweitern, ein Verkehrsmittel, das eine gute Visitenkarte für all diejenigen darstellt, die auf dem Flughafen München ankommen und von dort aus schnell und gut in die City gelangen wollen.

Eine solche Verbindung, die die Menschen in zehn Minuten vom Flughafen zum Bahnhof bringt und umgekehrt, ist meiner Meinung nach sogar besser als jede Fernanbindung, die immer nur geringe Teile des Zubringerverkehrs aufnehmen könnte und eine ganze Menge Fahrgäste umleitet. Der Transrapid ist in jedem Fall die richtige Ergänzung, was bedeutet, dass wir auch den S-Bahn-Verkehr weiter ausbauen müssen. Der Ringschluss ist geplant, und über den Ringschluss ist durchaus auch mit der S-Bahn künftig eine schnelle Verbindung zur Messe möglich.

(Maget (SPD): Was ist mit der Messe?)

– Eine Verbindung mit der S-Bahn.

Zum zweiten Aspekt, zum Technologieaspekt. Die Rad-Schiene-Technik, meine Damen und Herren, ist jetzt genau 167 Jahre alt. Sie war im spurgebundenen Verkehr lange Zeit Maßstab des Fortschritts. Wir sehen aber am Beispiel des ICE – nicht nur an dem einen großen Unglück –, dass die Möglichkeiten einer Weiterentwicklung dieser Technik ausgereizt sind. Unser Ziel muss es aber sein, die spurgebundene Mobilität innereuropäisch weiter zu verbessern, weil wir die hohe Zahl der Flüge unter Sicherheitsaspekten nicht mehr vertreten können und weil es auch ökologisch Unsinn ist, dass auch künftig in großem Ausmaß Flüge durchgeführt werden, die nur durch einen Steig- oder Sinkflug charakterisiert sind. Deshalb wäre es geradezu ein Frevel, wenn wir den Transrapid, diese Technologie, die hervorragend dafür geeignet ist, schnelle innereuropäische Verkehre zu entwickeln, nicht weiter voranbringen würden. Ich will daran erinnern: 1835 wurde der „Adler“ von Nürnberg nach Fürth in Betrieb genommen. Damals befanden sich die gleichen Argumente in der Diskussion, nämlich dass das ein unsinniges Projekt sei, dass es viel zu teuer wäre und noch einige mehr.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Zuschüsse gab es?)

– Es gab auch eine ganze Menge Zuschüsse; denn ohne Zuschüsse wäre das nicht machbar gewesen. Sie sollten sich eines vergegenwärtigen: Diese kleine Strecke, die so umstritten war, war letztlich Aufbruch zu einem neuen Verkehrssystem in unserem Land und in ganz Europa und hat die Mobilität über zwei Jahrhunderte hinweg revolutioniert. Diese Technik bestimmt die Mobilität noch heute. Für den Aufbruch in das 21. Jahrhundert benötigen wir nun aber ganz sicher den Transrapid als eine neue Form der Mobilität. Der Transrapid kann, soll und muss der „Adler“ des 21. Jahrhunderts werden. Dafür ist gerade die Strecke in München hervorragend geeignet.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Neben der Tatsache, dass der Transrapid zwischen Hauptbahnhof und Flughafen an sich schon ein gutes und leistungsfähiges System ist, macht es Sinn, den Transrapid auf der Basis einer noch überschaubaren Investition weiter zu erproben und ihn damit zu einem leistungsfähigen Fernverkehrssystem für dieses und das nächste Jahrhundert zu entwickeln. Auch industriepolitisch ist das geplante Transrapid-Projekt sinnvoll. Ich

stelle mir vor, dass Hunderttausende von Entscheidungsträgern aus aller Welt, die auf dem Flughafen in München ankommen, dieses System nutzen, um in die City zu kommen. Dies ist die bestmögliche Werbung für ein Hightech-Produkt, die man sich überhaupt vorstellen kann.

Nun zum Standortaspekt: Den GRÜNEN scheint alles, was in unserem Land an Neuerungen eingeführt werden soll, zunächst verdächtig zu sein.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lächerlich!)

– Natürlich. Wir erleben das immer wieder. Wir sollten uns nach Ihren Vorstellungen damit begnügen, reifes noch reifer zu machen und es anderen überlassen, neuen Technologien zum Durchbruch zu verhelfen. Die anderen hätten dann die Vorteile beim Wirtschaftswachstum und bei der Zahl der Arbeitsplätze. Da machen wir nicht mit. Wir halten es aus standort- und industriepolitischen Überlegungen für dringend geboten, den Transrapid in Deutschland voranzubringen.

Damit komme ich zum Beschäftigungsaspekt: Die GRÜNEN wollen ein Projekt behindern, das nicht nur hohe verkehrs-, technologie- und standortpolitische Bedeutung hat, sondern das auch sofort und nachhaltig attraktive Arbeitsplätze in unserem Lande schafft und sichert. Sie haben nicht dagegen protestiert, dass die Bundesregierung das chinesische Transrapid-Projekt mit einem sechsstelligen Millionenbetrag unterstützt und damit mit deutschem Geld Arbeitsplätze in China geschaffen hat.

(Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben sehr wohl dagegen protestiert!)

Wir müssen diesen neuen Technologien bei uns zum Durchbruch verhelfen, um der bayerischen Industrie auf diese Weise ein zukunftsorientiertes Betätigungsfeld zu sichern. Wer den Transrapid bei uns verhindert, verlagert künftige Exportchancen und Arbeitsplätze ins Ausland. Die Chinesen werden Ihnen dafür dankbar sein. Sie müssen sich jedoch selbst Gedanken darüber machen, wie Sie das den über 4 Millionen Arbeitslosen bei uns erklären. Wir stehen jedenfalls zu einem modernen spurgebundenen Verkehr mit dem Transrapid. Wir stehen zu einem Projekt, das in unserem Lande Arbeitsplätze schafft. Dies ist ein Hightech-Projekt, das seinesgleichen sucht. Wir werden den Transrapid realisieren.

Präsident Böhm: Herr Kollege Dingreiter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dingreiter (CSU): Ich möchte noch einen Satz sagen: Sie haben Alois Glück angesprochen. Dieser hat in einer Presseerklärung vom heutigen Tag deutlich gemacht, dass er aus den Gründen, die ich hier angesprochen habe, zum Transrapid uneingeschränkt steht.

Nach meinen Ausführungen erübrigt es sich, darauf hinzuweisen, dass wir Ihren Antrag ablehnen, weil er technologiefeindlich und rückwärtsgewandt ist.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm Der nächste Redner ist Herr Kollege Maget.

Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Transrapid ist eine interessante und faszinierende Technologie.

(Beifall bei der CSU)

Er hat unter bestimmten Bedingungen eine Realisierungsperspektive. Dafür gibt es jedoch drei Voraussetzungen:

Erstens. Er muss eine Trasse haben, auf der er fahren kann. Zweitens. Man muss das Geld haben, um ihn zu finanzieren. Drittens. Man braucht planungsrechtliche Möglichkeiten, um den Transrapid auf der vorgesehenen Trasse zu verwirklichen.

Der Wirtschaftsminister kann definitiv keine dieser Voraussetzungen für den Bau des Transrapid in der Region München erfüllen. Er hat keine Trasse: Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat einmütig die einzige vorgesehene Trasse abgelehnt. Nach dem letzten Stand der öffentlich bekannt gegebenen Informationen ist sogar die Münchner CSU gegen diese Trasse. Ich kann Ihnen die entsprechenden Flugblätter zeigen. Das ist Ihre Position, die Sie vor der Bürgerschaft vertreten haben. Sie sollten das hier bekennen und kein Doppelspiel betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben außerdem kein Geld. Der Wirtschaftsminister hat trotz vielfacher Ankündigungen bis heute kein Finanzierungskonzept vorgelegt. Er konnte zu keinem Zeitpunkt erläutern, welche Auswirkungen sein Finanzierungsvorschlag auf andere öffentliche Verkehrssysteme hätte, zum Beispiel auf den dringend notwendigen S-Bahn-Ausbau in München oder in Nürnberg. Der jüngste Vorschlag, bei dem wiederum die Bayerische Landesbank in ein Prestigeprojekt der Staatsregierung hineingetrieben werden soll, ist geradezu abenteuerlich. Damit soll wohl nach der Kirch-Affäre endgültig der gute Ruf und die Substanz einer bayerischen Vorzeigebank ruiniert werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich vermute, dass dieser Vorschlag sogar in Ihren Reihen auf solchen Widerstand gestoßen ist, dass Herr Dr. Wiesheu heute im Kabinett keine Finanzierung zustande gebracht hat und sich nicht einmal traut, im Parlament zu diesem Thema Stellung zu beziehen. Ich halte das für sehr feige.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn dieses Thema im Kabinett auf der Tagesordnung steht und der Wirtschaftsminister mit seinen Vorschlä-

gen „aufläuft“, muss er Manns genug sein, sich hierher zu stellen und das zu erläutern.

(Hofmann (CSU): Der Staatssekretär ist doch da!)

Ich stelle fest: Der Transrapid steht derzeit in der Region München – so weh das manchem tun mag – auf dem Abstellgleis. Er kommt von diesem Abstellgleis nur dann herunter, wenn Sie die drei von mir genannten Fragen beantworten können. Das können Sie bis heute nicht. Deshalb bleibt der Transrapid vorläufig auf dem Abstellgleis. Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Jetzt hat Herr Staatssekretär Spitzner ums Wort gebeten.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Maget, Sie haben soeben moniert, dass Herr Staatsminister Dr. Wiesheu heute nicht da ist. Herr Staatsminister Dr. Wiesheu hat sich bereits in der letzten Woche ausdrücklich dafür entschuldigt, dass er heute nicht da sein kann. Er wußte nicht, dass heute eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema stattfindet. Der Minister ist derzeit in Berlin, wo er mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses Gespräche über die Finanzierung von Verkehrsprojekten in Bayern führt. Herr Minister Dr. Wiesheu hat seit Wochen um diesen Termin nachgesucht. Da der Verkehrshaushalt bereits in der übernächsten Woche im Haushaltsausschuss beraten wird, konnte und wollte er diesen Termin nicht absagen. Ich bin sicher, dass Sie nach dieser Aufklärung Verständnis für die Abwesenheit des Ministers haben werden.

Meine Damen und Herren, ich halte es für einen Fortschritt, dass Herr Kollege Maget den Transrapid anders beurteilt als die Kollegen der GRÜNEN.

(Maget (SPD): Das ist bekannt!)

Um was geht es? – Wir haben in München einen Flughafen, der sich dynamisch entwickelt. Derzeit nutzen knapp 23 Millionen Passagiere diesen Flughafen. Die Prognosen gehen davon aus, dass es in 15 Jahren rund 50 Millionen Passagiere sein werden. Das ist für uns alle eine ungeheure Herausforderung. Wir müssen künftig den Verkehr zwischen der Stadt München und dem Flughafen optimieren. Wenn wir jetzt nicht die Weichen stellen, um möglichst viel Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel zu verlagern, werden wir sehr große Probleme bekommen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hätten Ihr schon lange machen können! Wie lange gibt es denn den Flughafen?)

– Herr Kollege Dr. Dürr, Sie bekommen einen ganz roten Kopf. Jetzt sehen Sie wie ein Juso aus. Da gefallen Sie sich ja selbst nicht mehr.

Wir stehen vor dieser großen Herausforderung. Alle Beteiligten sind sich einig, dass wir eine leistungsfähige und schnelle öffentliche Verkehrsanbindung zwischen dem Flughafen und dem Hauptbahnhof brauchen. Alle vernünftigen Menschen sagen, dass wir eine leistungsfähige Schnellbahnverbindung brauchen. Eine Gruppe fordert eine Express-S-Bahn-Verbindung. Die Express-S-Bahn kann aber nicht auf der bisherigen Schiene fahren. Für diese Express-S-Bahn brauchen wir eine völlig neue Schieneninfrastruktur. Darüber sind sich alle Experten einig. Das bedeutet, wir bräuchten eine Trasse, die weitgehend mit der jetzigen Westtrasse des Transrapid identisch wäre.

Eines ist sicher – das wissen Sie auch aus Ihrem Stimmkreis:

Rund 95% oder 96% der Klagen gegen eine Bahn richten sich speziell gegen die Lärmbelästigung durch die Züge. Unbestritten ist auch, dass die Lärmbelästigung durch eine Express-S-Bahn, die 120 km/h fährt, doppelt so hoch wäre wie die Lärmbelästigung durch einen Transrapid, der 250 km/h fährt. Das Lärmproblem, welches bei der Akzeptanz einer Bahnstrecke das Hauptproblem ist, wäre also bei einer Express-S-Bahn weitaus größer als beim Transrapid.

Die Express-S-Bahn wäre nicht zum Nulltarif zu haben. Sie würde rund 1 Milliarde € kosten. Auch hierzu gibt es klare Aussagen aus den jüngsten Tagen sowohl vom Bundesfinanzminister als auch von Bundesverkehrsminister Stolpe. Sie haben ganz klar gesagt, in München wird die Priorität auf den Ausbau der neuen zweiten S-Bahn-Stammstrecke gelegt. Diese Strecke – darin, glaube ich, sind wir uns einig – ist dringend notwendig. Sie ist erforderlich, um den S-Bahn-Verkehr in München auf allen Linien zu optimieren. Wenn uns also für die Express-S-Bahn kein Geld zur Verfügung steht, müssten wir sie weitgehend selber finanzieren. Der Ausbau der Stammstrecke in München und der gleichzeitige Bau einer Express-S-Bahn wären nicht möglich, es sei denn, die Finanzierung beider Maßnahmen erfolgte zulasten des S-Bahn-Ausbaus in anderen Regionen – und das wollen wir auch nicht. Das würde nämlich bedeuten, dass die S-Bahn zum Beispiel von Nürnberg nach Neumarkt auf Jahre hinaus nicht ausgebaut werden könnte. Genau das wollen wir nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen in München den Bau einer zweiten Stammstrecke. Eine Express-S-Bahn zusätzlich könnte danach von uns nicht finanziert werden. Sie würde uns auch 1 Milliarde € kosten.

Nun hat uns der Bund ein neues Projekt angeboten; das ist nun einmal Fakt. Der Bundeskanzler hat gestern gesagt, dass der Transrapid eine technologisch äußerst interessante Lösung sei, die für ein Hightech-Land zeitgemäß sei, die wir auch anwenden sollten. Der Transrapid würde interessante Arbeitsplätze bieten und sichern. Wir haben an diesem Wettbewerb teilgenommen. Neben Nordrhein-Westfalen sind wir in diesem Wettbewerb auch auserwählt worden. Herr Stolpe und auch der Bundeskanzler haben ganz klar gesagt, dass es sich bei der

Finanzierung des Transrapid um eine Sonderfinanzierung außerhalb des Verkehrshaushalts handeln würde. Dem wird überhaupt nicht widersprochen. Wenn wir dieses Geld nicht annehmen, werden wir es in Bayern auch nicht bekommen. Wir bekommen es auch nicht für die S-Bahn, egal ob in Nürnberg oder anderswo. Es würde bedeuten, Tinte zu saufen, wenn wir diese einmalige Möglichkeit von Sondermitteln des Bundes nicht annehmen würden. Die S-Bahn würde ohnehin 1 Milliarde € kosten. Dann können wir gleich den ohnehin leistungsfähigeren Transrapid bauen. Genau das ist unsere Überlegung. Das ist nicht Jux und Tollerei, sondern das ist gründlich überlegt.

Ich möchte mich jetzt auf den Streit zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen gar nicht einlassen. Reden Sie aber einmal mit Verkehrsexperten. Alle werden Ihnen sagen – Kollege Dingreiter hat zu Recht darauf hingewiesen –, dass das Projekt in Bayern wirtschaftlich weit aus besser abschneiden wird als der Metrorapid in Nordrhein-Westfalen.

Sie sagten, Minister Wiesheu hätte noch keine Finanzierung. Seit Tagen führt Minister Wiesheu intensive Gespräche, auch heute führt er wieder Gespräche. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass die Gespräche sehr aussichtsreich sind. Es gibt eine ganze Reihe von Interessenten, die von dem Vorhaben Bayerns überzeugt sind. Herr Kollege Dürr, ich bitte Sie abzuwarten, bis Herr Wiesheu den Vorschlag machen wird; er wird ihn spätestens in 14 Tagen machen. Ich bin mir sicher: Der Vorschlag wird seriös sein.

Sie sprachen auch von der Wirtschaftlichkeit. Nennen Sie mir eine S-Bahn, die wirtschaftlich ist. Wenn unsere Ur-Ur-Ur-Großväter vor 150 Jahren den Schienenpersonenverkehr in Bayern nach rein betriebswirtschaftlichen Maßstäben gebaut hätten, wäre bis heute noch nichts passiert.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin froh darüber, dass die Grünen damals in der Politik noch nichts zu sagen hatten, denn dann wäre die Schiene nicht gebaut worden.

(Beifall bei der CSU – Willi Müller (CSU): Auch das elektrische Licht wäre dann nicht eingeführt worden!)

In den nächsten Tagen und Wochen geht es darum, die Finanzierung genau zu überprüfen. Minister Wiesheu wird das Finanzierungskonzept in den nächsten 14 Tagen vorlegen. Er wird sich um eine optimale Finanzierung seitens des Bundes bemühen. Ich möchte hier auch ganz ausdrücklich und demonstrativ namens der Bayerischen Staatsregierung und namens meines Ministers Herrn Verkehrsminister Stolpe dafür danken, dass er klar und deutlich sagt, ein solches technologisches Projekt dürfe nicht durch die Parteibrille betrachtet werden, sondern es müsse durch die politische Brille betrachtet werden; denn es gehe hier um eine Zukunftsinvestition. Genau um diese Investition wollen wir uns bemühen.

(Maget (SPD): Also doch keine Benachteiligung Bayerns!)

Wir gehen davon aus, dass für den Transrapid eine seriöse Finanzierung vorgelegt wird und dass wir den Transrapid auch bauen werden. Herr Maget, Sie wissen doch ganz genau, dass bei allen Projekten, die die Bayerische Staatsregierung in München durchgeführt hat, immer Widerstand von der SPD gekommen ist.

(Maget (SPD): A 99!)

Wenn die Projekte dann aber fertig waren, waren Sie am Buffet immer ganz vorne nach dem Motto: „Ma glabbed ned, was in oan nei gähd, wenn's oan nix kosd!“

Präsident Böhm: Nächster Redner: Herr Kollege Kaul.

Kaul (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Runge, als Sie vorhin Ihren Rundumschlag durchgeführt haben, habe ich an die Zeiten gedacht, als wir in Deutschland den ICE eingeführt haben. Wissen Sie noch, was Sie, die roten Genossen und der Bund Naturschutz, damals zum ICE gesagt haben? – Genau die gleichen Vokabeln haben Sie damals gebraucht. Lesen Sie es nach. „Bonzenschleuder“ haben Sie den ICE genannt, weil er nur für Bonzen gebaut würde. Heute räkeln Sie sich in den Sitzen des ICE, entspannen sich und regen sich auf, wenn die Bahn einen ICE-Halt aufgibt und nur mehr einen IC halten lässt.

(Beifall bei der CSU – Hofmann (CSU): Das sind genau die richtigen Worte!)

Wenn es damals nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir heute noch keinen ICE.

Werte Kolleginnen und Kollegen, unsere Fortbewegung funktioniert seit über 160 Jahren nach dem Prinzip der Reibung. Reibung ist immer verbunden mit Materialverschleiß, schlechtem technischen Wirkungsgrad, Wärme und – ganz wichtig – Lärm. Werte Genossinnen und Genossen der SPD, diese Randbedingungen haben schon 1969 den damaligen SPD-Verkehrsminister Leber dazu veranlasst, der Industrie den Auftrag zu erteilen, nach neuen besseren Verkehrsbedingungen zu suchen. Die Ingenieure von damals haben sich daran erinnert, dass in Deutschland 1930 ein Patent zur Nutzung der magnetischen Feldstärken für einen Linearmotor vergeben wurde. Mittlerweile fährt im Emsland aufgrund der damals von der SPD initiierten Technik der achte Prototyp, den die Chinesen mittlerweile zum normalen Verkehrsmittel erhoben haben.

Herr Runge, ich erinnere mich noch daran, als Sie mit meinem Ausschuss im Emsland waren. Ich habe hier im Raum Zeugen dafür, dass Sie begeistert davon waren.

(Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völliger Blödsinn!)

– Nein, Sie waren begeistert. Wir haben ja ein Protokoll geführt. Als Sie aber dann nach Hause in die Riege Ihrer

Damen zurückgekehrt sind, hat es nur ein paar Wochen gedauert, und schon waren Sie anderer Meinung. Die Männer in der grünen Fraktion tun mir sowieso Leid.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dieser achte Prototyp hat zu folgenden positiven Aussagen geführt:

Erstens. Die Fahrtrasse des Transrapid passt sich besser der Landschaft an. Sie überwindet Steigungen und Gefälle bis zu 10%. Die Bahn kann es nur bis zu 4%.

Zweitens. Das System hat keine offene stromführende Spannungsversorgung.

Drittens. Es entsteht keine Reibung zwischen Fahrbahn und Schwebezug. Dadurch entfallen alle Antriebs- und Rollgeräusche. Wir haben nur noch das Geräusch des Luftwiderstandes.

Viertens. Das System ist spurgeführt, es kann nicht entgleisen.

Fünftens. Es gibt keine Zusammenstöße; es gibt keine Auffahrunfälle.

Sechstens. Der Energieverbrauch ist um 30% geringer.

Siebtens. Die Anzahl – das ist vielleicht für die GRÜNEN interessant – und der Umfang elektromagnetischer Felder sind um tausend Potenzen niedriger als in der normalen, von uns jeden Tag benutzten elektrifizierten Eisenbahn.

(Dr. Goppel (CSU): Hört, hört!)

Achtens. Der Reisekomfort ist gekennzeichnet durch einen Luftspalt von zehn Millimetern. Das heißt, Sie fahren so ruhig, wie Sie fliegen.

(Dr. Goppel (CSU): Das ist richtig, das habe ich gestern gemerkt!)

Neuntens. Die Betriebskosten des Trassensystems liegen unter denen herkömmlicher Schienensysteme.

Der Individualverkehr befindet sich im Kollaps. Das haben die GRÜNEN und die Roten in Nordrhein-Westfalen längst begriffen. Während wir hier diskutieren, diskutiert, so glaube ich, auch der nordrhein-westfälische Landtag über den Antrag von Rot und Grün. Ich zitiere:

Angesichts des zunehmenden Verkehrswachstums und der daraus resultierenden Probleme müssen Verkehrsangebote verbessert werden, damit die Bürgerinnen und Bürger von Privatautos auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. In diesem Kontext kann der Metrorapid für die Rhein-Ruhr-Region eine leistungsfähige, stadt- und umweltgerechte Ergänzung und Erweiterung des bestehenden und im Ausbau befindlichen öffentlichen Personenverkehrs bieten.

Jetzt kommt's:

Darüber hinaus wird durch den Einsatz der Metrorapidtechnik zugleich ein verkehrstechnisch, ökologisch und ökonomisch sinnvoller Lösungsansatz für vergleichbar dicht besiedelte Regionen in der Welt präsentiert.

Jetzt kommt der Hammer. Jetzt geht es um die Finanzierung. Herr Dr. Runge, hören Sie mal gut zu:

Der Landtag stellt fest,

– der nordrhein-westfälische –,

dass die Kriterien für die Aufhebung der Haushaltssperre bei Kapitel ... erfüllt sind, um die Vertiefung der Planungen bis zur Baureife zu ermöglichen.

Herr Dr. Runge, Sie regen sich bei uns darüber auf, dass die Finanzierung fehlt, und in Nordrhein-Westfalen heben Sie sogar Haushaltssperren auf, um den Metrorapid zu bekommen.

(Beifall bei der CSU – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern wir sind in Bayern!)

Ich kann mich über die fehlende politische Einheit Ihrer Partei nur wundern.

Präsident Böhm: Mein Hammer ist, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist, Herr Kollege Kaul.

Kaul (CSU): Ich würde gerne noch einen Satz sagen, nur einen Satz! –

(Heiterkeit bei der CSU)

Die Politik hat 1969 der Industrie den Auftrag gegeben, ein neues Verkehrssystem zu kreieren. Die Industrie hat das getan, und jetzt muss die Politik mutig sein und das System einsetzen. Rot und Grün, seien Sie so mutig wie Ihre Genossen in Nordrhein-Westfalen und in China,

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und setzen Sie dieses Verkehrssystem in unserer Weltstadt München ein!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch keinen grünen Chinesen gesehen, den müssen Sie mir mal zeigen!)

Präsident Böhm: Aus dem einen Satz sind doch noch vier geworden. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Schläger das Wort. Herr Kollege Schläger, Sie sprechen zehn Minuten; so wurde ich informiert.

Schläger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte bei diesem Thema in erster Linie über die verkehrstechnische Seite reden. Dreh- und Angelpunkt ist allerdings momentan die Finanzierung, wie wir

heute schon mehrfach gehört haben. Vielleicht gehe ich darauf noch kurz ein.

Ohne Zweifel ist der Transrapid ein höchst innovatives, zukunftsorientiertes und äußerst faszinierendes Verkehrsmittel.

(Dr. Bernhard (CSU): Na also!)

Er ist verkehrstechnisch die optimale Lösung für ein drängendes Verkehrsproblem in Bayern. Die Verkehrssituation im Norden Münchens ist prekär; darüber brauchen wir uns nicht zu streiten, und das brauchen wir auch nicht zu vertiefen. Die A 9 zwischen dem Kreuz München-Nord und der A 92 ist der meistbefahrene Autobahnabschnitt Europas. Insgesamt spielen im Münchner Norden die Verkehrsströme vom und zum stark expandierenden Flughafen eine entscheidende Rolle, ob das manchen nun gefällt oder nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Goppel (CSU))

Zur Entlastung brauchen wir ein öffentliches Verkehrssystem, das an Komfort und Schnelligkeit dem Pkw überlegen ist. Die S 8 und die S 1 sind zwar für die Region München von großer Bedeutung und bedeuten eine ideale Verbindung. Weil diese S-Bahnen aber – ich drücke das jetzt flapsig aus – an jeder Milchkanne halten, sind sie kein zukunftsweisendes Verkehrsmittel zum Flughafen. Ein Transrapid, der vom Hauptbahnhof ausgeht, bindet den Schienenfern- und -nahverkehr, bindet alle S-Bahnen, vier U-Bahnen und zahlreiche Straßenbahnen an den Flughafen. Der Hauptbahnhof München wird damit praktisch zu einem vorgelagerten Terminal des Münchner Flughafens. Das wäre eine ungeheure Steigerung der Attraktivität und brächte dem Fernverkehr zusätzlich Reisende, die vom Auto auf die Bahn umsteigen.

Der Transrapid ist ein sicheres Verkehrsmittel; denn er kann schon aus rein technischen Gründen nicht entgleisen. Der Linearmotor beschleunigt sechsmal so schnell wie der ICE-Elektromotor. Das heißt, dass er die gewünschte Geschwindigkeit in einem Sechstel der Zeit erreicht. Für den Bremsvorgang gilt Entsprechendes. Er ist auch viel steigungsfreudiger als alle Rad-Schienenfahrzeuge. Es gab einmal die Streckenplanung Berlin – Hamburg, die deshalb unsinnig war, weil man diese Transrapid-Strecke parallel zu einer ICE-Strecke bauen wollte. Man sollte also entweder das eine oder das andere machen. Herr Kollege Kaul, Sie haben vorhin von irgendwelchen roten Leuten gesprochen, welche die ICE-Technik nicht haben wollten.

(Kaul (CSU): Ich habe Sie ausgenommen!)

Das ist ausgesprochene Geschichtsklitterung.

(Widerspruch bei der CSU)

Herr Kollege Kaul, es gibt einen Streit über Trassen, aber keinen Streit über die Technologie als solche.

(Kaul (CSU): „Bonzenschleuder“ hieß es!)

Genauso ist es hier auch wieder. – Das Projekt Berlin – Hamburg hat dazu geführt, dass viele der Meinung sind, beim Transrapid handele es sich ausschließlich um ein Fahrzeug im Fernverkehr. Dem ist nicht so. Sein Erfinder Hermann Kemper hat in den Zwanziger- und Dreißigerjahren des vorigen Jahrhunderts den Transrapid sogar für den öffentlichen Personennahverkehr konzipiert, und zwar als relativ langsamen Gleiter. Seine Vorteile im niedrigen Geschwindigkeitsbereich zwischen 200 und 300 Stundenkilometern sind: Er ist deutlich leiser, 30 % weniger Energieeinsatz ist nötig, der Unterhalt ist günstiger, er schwebt ruhig bei hoher Beschleunigung. Mit anderen Worten: Der Transrapid ist schnell, leise, sparsam, umweltschonend, und in aufgeständerter Bauweise wird weniger Boden versiegelt als durch andere Systeme. In Japan wurden in der Zwischenzeit schon zwei weitere Variationen entwickelt, die auf deutschen Patenten beruhen. Das Musterbeispiel ist die Strecke in Shanghai in China. Ein Regio-Transrapid ist ökonomisch und ökologisch durchaus sinnvoll. Das Beispiel Chinas zeigt, dass der Bau innerhalb von zwei Jahren bewältigt werden kann.

Ich möchte ausdrücklich eine Warnung aussprechen. Wir haben in Deutschland das Faxgerät, das Fernsehen und den Laptop entwickelt, und all das wird heute schwerpunktmäßig in Japan, Korea, in Fernost gebaut. Es wäre sehr bedauerlich, wenn eines Tages beim Transrapid das gleiche Trauerspiel vor sich gehen würde.

(Zustimmung bei der CSU)

Ich gehe auf das konkrete Vorhaben ein. Ich rechne mit einer 18-monatigen Dauer des Planfeststellungsverfahrens, wenn eine Trasse da wäre. Wir könnten also Mitte 2005 mit dem Bau beginnen. Die Nordstrecke, die Sie noch nicht haben, wäre 37 Kilometer lang; davon würden 7 Kilometer im Tunnel verlaufen. Der Betrieb könnte nach dieser Planung im Jahr 2009 aufgenommen werden.

Es gibt auch Prognosen, die besagen, dass der Transrapid gar nicht als Defizitprojekt laufen müsste. Die Investitionskosten würden 1,6 Milliarden betragen. Die Bundesregierung hat den bisherigen Finanzanteil von 550 Millionen € bestätigt. Da in der Zwischenzeit die Mittel für das Projekt in Nordrhein-Westfalen aufgestockt worden sind und die Bundesregierung ausgesagt hat, dass beide Verkehrsprojekte gleich behandelt würden, gehe ich davon aus, dass auch der bayerische Anteil auf über 550 Millionen € angehoben werden könnte. Es ist wirklich an der Zeit, dass die Staatsregierung ihre Hausaufgaben macht und darüber verhandelt. Herr Staatssekretär hat ja gesagt, Herr Staatsminister wäre im Moment in dieser Sache unterwegs.

Es muss klar sein, dass diese Gelder nicht zulasten des öffentlichen Personennahverkehrs gehen. Das heißt, der Transrapid darf nicht zulasten der Münchner S-Bahn, der Nürnberger S-Bahn und des übrigen regionalen Verkehrs in Bayern gehen; denn die Bürgerinnen und Bürger in der Oberpfalz, in Oberfranken und in anderen Gebieten auf dem flachen Land haben kein Verständnis dafür, dass sie zum Flughafen dreieinhalb Stunden brau-

chen und dreimal umsteigen müssen, während die Münchner sagen, 40 Minuten zum Flughafen sind zu lang, wir wollen in 10 Minuten dort sein.

Wir müssen darauf achten, dass die Gelder für den öffentlichen Personennahverkehr in der Fläche bleiben. Ich sage ganz entschieden: Das Geld für den Transrapid muss aus anderen Töpfen kommen. Der Bund verhält sich hier vorbildlich. Die Gelder, die der Bund für beide Projekte zur Verfügung stellt, sind zusätzliche Mittel. Wir appellieren an die Staatsregierung, es in Bayern genauso zu machen.

Ich nehme hier auch die bayerische Wirtschaft nicht aus. Siemens und Thyssen Krupp haben versprochen, dass sie in Nordrhein-Westfalen mit investieren. 200 Millionen € haben sie zugesagt. Dazu muss ich sagen: Warum denn nicht in Bayern?

(Beifall bei der CSU)

Ich fordere die Staatsregierung auf, weiter daran zu arbeiten, dass das auch für Bayern gilt.

(Dr. Bernhard (CSU): Haben wir heute den Kollegen Schläger eingeteilt?)

Den Gegnern dieser Strecke wird oftmals vorgeworfen – so ist es auch heute geschehen –, dass ihre Gesinnungsfreunde seinerzeit auch gegen den „Adler“ zwischen Nürnberg und Fürth gewesen wären. Tatsache ist, dass der „Adler“ überwiegend privat finanziert worden ist. Schauen Sie sich einmal den bayerischen Staatshaushalt von damals an: Da gab es keine müde Mark. Deshalb appelliere ich noch einmal an die Wirtschaft, sich zu engagieren.

Resümee: Die Sozialdemokraten verweigern sich einer zukunftssträchtigen Technologie nicht. Wir machen aber darauf aufmerksam, dass wir eine gesicherte Finanzierung und eine gesicherte Trasse brauchen, die wir heute leider noch nicht sehen. Wir werden in der Sache weiter miteinander reden und fordern die Staatsregierung auf, ihre Hausaufgaben zu machen.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD – Kaul (CSU): Was ist mit Ihren Genossen los? Nur einer hat geklatscht!)

Präsident Böhm: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard (CSU): Wenn schon die SPD nicht applaudiert, haben wenigstens wir dem Kollegen Schläger applaudiert, weil er eine vernünftige Rede gehalten hat.

(Maget (SPD): Haben Sie es geklärt?)

– Ich habe es schon geklärt und werde etwas dazu sagen, nur nicht so ungeduldig.

„Finanzpolitische Abenteuer“ – das ist der Titel Ihrer Aktuellen Stunde – hat es in Bayern nicht gegeben und wird es in Bayern nicht gegen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Kümmern Sie sich doch einmal um das, was Sie beispielsweise in Berlin in dieser Hinsicht angerichtet haben. 14 Milliarden € Nettoneuverschuldung – wenn Sie sich doch nur einmal darum kümmern würden, statt uns zu unterstellen, dass wir die Dinge nicht solide finanzieren! Wir brauchen eine solide Finanzierung; darin sind wir uns alle einig. Um diese solide Finanzierung müssen wir ringen; denn sie steht noch nicht – das sage ich ganz offen –, aber es wird darum gekämpft. Wir werden uns darum bemühen.

Herr Dr. Runge, was Sie machen, ist in hohem Maße unglaublich. So geht es nicht. Sie erzählen uns, dass die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen erpresst werden, dass es dort Machenschaften gibt und die Dinge hingedreht werden. Trotzdem stimmen Sie dort zu. Hier bei uns aber bekämpfen Sie das Projekt.

Ich darf ansprechen, was Herr Kollege Dr. Schläger gerade gesagt hat. Sie müssen doch einmal Ihre Position klären. Herr Kollege Schläger spricht hier als Hauptredner und hält ein Plädoyer für den Transrapid unter dem Vorbehalt, dass die Finanzierung gesichert werden kann. Da müssen Sie schon einmal klären, was Sie wirklich wollen.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Thema der Wirtschaftlichkeit. Hören wir doch auf, bei der Frage immer so zu tun, als sei ein solches Infrastrukturprojekt in seiner Gesamtheit privatwirtschaftlich rentabel. Das ist die S-Bahn nicht, und das sind andere Projekte nicht. Worum es geht, ist die Frage: Wie ist das Betriebsergebnis, und macht es das Betriebsergebnis möglich, mit Darlehen zu finanzieren? Das ist der Punkt. In Nordrhein-Westfalen ist das Betriebsergebnis mit 50 Millionen € von vornherein negativ, während wir ein positives Betriebsergebnis von 26 Millionen € vorweisen können, mit dem sich durchaus ein Zinsdienst leisten ließe. Das muss man unterscheiden, um Klarheit in die Diskussion zu bringen.

Damit mir die Zeit nicht davonläuft, muss ich jetzt auf Herrn Kollegen Maget eingehen. Ich sage: Die Münchner CSU hat zu keinem Zeitpunkt den Transrapid abgelehnt.

(Zurufe von der SPD)

– Nein. Es hat Trassendiskussionen gegeben, die damals unter der Voraussetzung stattgefunden haben, dass es zwei Trassen gibt. Wie wir alle wissen, ist inzwischen eine Trasse aus den Überlegungen ausgeschieden. Ich bin sicher, dass dann, wenn die Sache von der Münchner CSU erneut behandelt wird, die Münchner CSU für den Transrapid ist. Darüber brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.

Herr Maget, Sie sollten nicht solche Beschlüsse im Münchner Stadtrat fassen. Wenn wir eine faszinierende Technologie einführen wollen, sollten Sie im Münchner Stadtrat sagen, jawohl, wir sind für diese Technologie, wenn wir sie finanzieren können. Das ist immer der Vor-

behalt. Sie sollten sich aber nicht aus Gründen des Wahlkampfes hinstellen und den Transrapid insgesamt ablehnen. Das ist Heuchelei, Herr Maget.

(Beifall bei der CSU – Schläger (SPD): Das waren Ihre Leute auch!)

– Nein, das waren unsere Leute nicht. Ich garantiere Ihnen, dass die Münchner CSU für eine Transrapid-Strecke in München sein wird. Das wäre ja noch schöner.

(Zurufe von der SPD)

– Im Einklang mit unserer grundsätzlichen Einstellung zu Fortschritt, Technologie und den Erfordernissen des zukünftigen Verkehrs meinen wir, dass wir den Transrapid brauchen. Ich persönlich bin sogar der Meinung – ich sage das ganz offen –, wir bräuchten einen Systemwechsel vom ICE zum Transrapid. Das ist ein ganz schwieriges Thema, aber das wäre eigentlich das Richtige.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Kaul hat vorhin sehr gut und eindringlich die Vorzüge des Transrapids geschildert. Wenn wir uns das vor Augen halten, sollten wir eigentlich aufhören, ICE-Strecken zu planen.

Noch einmal zur S-Bahn in München: Dazu ist in München sogar ein Bürgerentscheid angekurbelt worden. Die S-Bahn ist eine Scheinalternative, weil das Geld, das es für den Transrapid gibt, für die S-Bahn nicht zur Verfügung steht. Darum ist es völlig unsinnig, eine Diskussion über eine Express-S-Bahn mit all ihren Nachteilen – darüber ist hier schon gesprochen worden – zu führen. Das ist eine Scheinalternative.

Wir brauchen ein solides Finanzierungskonzept. Wir müssen alle Möglichkeiten, die in Frage kommen, prüfen und ausloten, wobei keine Art der Finanzierung von vornherein ausgeschlossen werden kann. Das werden wir tun, und Sie können sicher sein, dass unser Wirtschaftsminister und die Staatsregierung – ob Ende Januar oder Anfang Februar – ein Konzept vorlegen werden, das eine solide Finanzierung aufzeigt. Über diese können wir dann diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als nächster Redner hat Herr Kollege Hartmann das Wort.

Hartmann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Von unserer Seite ist wiederholt betont worden, dass der Transrapid ein sinnvolles Projekt sein kann. Ich nenne als Stichworte nur die Verkehrsverlagerung und die Technologiepolitik. Was wir aus Sicht der Sozialdemokraten – zumindest bisher – kritisieren, ist das Prinzip Hoffnung, auf das die Staatsregierung bislang die Finanzierung des Projektes stützt. Nach einer Pressemitteilung der Staatskanzlei vom heutigen Tag soll nächste Woche – Herr Staatssekretär Spitzner hat nicht von nächster Woche, sondern von 14 Tagen gesprochen –

endlich ein erstes – ich betone: erstes – Finanzierungs-konzept vorgelegt werden. Das heißt, wir stehen, was die Finanzierung anbelangt, ganz am Anfang einer Konkretisierung. Ich sage Ihnen: Sie können nicht konkretisieren, weil Sie gar keine Trasse haben.

Das Problem ist nach meiner Einschätzung folgendes: Sie stehen mit Ihrem Prestigeprojekt im Wettstreit mit dem Metrorapid in Nordrhein-Westfalen, und Sie können und wollen nicht zweiter Sieger sein.

Das ist Ihr eigentliches Problem. Genau dieses Prestigedenken der Staatsregierung hat uns – das Kirch-Engagement der Landesbank hat es gezeigt – gewisse Lehren ziehen lassen. Wir kommen zu einer klaren Position, und die lautet: kein Risiko für die Landesbank in Bezug auf den Transrapid.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Zwei-Milliarden-Grab der Landesbank durch die Kirch-Pleite haben wir ebenfalls diesem Prestigedenken der Staatsregierung zu verdanken, Herr Bernhard. Das Ergebnis dieses Prestigedenkens ist: Das Kreditportfolio der Landesbank hat sich verschlechtert, die Risikostuktur der Bank hat sich negativ entwickelt.

Nun ist es so, dass die Hälfte des Kabinetts im Verwaltungsrat der Landesbank sitzt. Diese hat sich dort nach meiner festen Überzeugung in erster Linie als Kompetenzteam für nachwachsende Risikoversorge profiliert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb sagen wir – anders Herr Finanzminister Faltlhauser –: keinerlei übertriebene Risiken. Es ist eigentlich selbstverständlich, keine übertriebenen Risiken einzugehen. Die Landesbank hat gleichrangig die Interessen des Freistaates bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben zu berücksichtigen und hat den Sparkassen- und Giroverband bei der Wahrnehmung der Sparkassenversorgung in der Fläche in Bayern zu unterstützen. Wir befürchten aus Erfahrung, dass ein Risiko Transrapid in Verbindung mit der Landesbank die Spielräume der Landesbank für das kommunale Kreditgeschäft schmälert. Deshalb muss ein Finanzierungs-konzept ohne Einbeziehung der Landesbank auf den Tisch, Herr Bernhard.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Nächster Redner ist der Herr Kollege Rotter.

Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin immer noch von dem überzeugenden und vehementen Plädoyer, das der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Kollege Schläger, hier für den Transrapid abgegeben hat, ganz beeindruckt.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Jetzt wollen Sie auch einen!)

Er hat mit Recht die Vorteile dieser Technologie geschildert. Er hat darauf hingewiesen, dass sie schnell, leise, sparsam und umweltschonend ist. Er hat auch mit Recht darauf hingewiesen – insoweit unterscheiden wir uns ja auch nicht –, dass wir eine gesicherte Finanzierung für das Projekt brauchen. Aber Basis und Grundlage dieser gesicherten Finanzierung ist zunächst einmal der Anteil des Bundes. Dieser Bundesanteil ist losgelöst von den zusätzlich zugesagten 250 Millionen € für den Metrorapid. Der erste Bundesanteil ist ja schon ungerecht verteilt. Wir haben den halben Streckenanteil, aber nur ein Viertel der Bundeszuschüsse. Wo ist hier die Stimme, gerade auch der SPD, die sagt: Hier muss der Freistaat Bayern angemessen berücksichtigt werden?

(Beifall bei der CSU)

So, wie das hier läuft, bereitet uns das natürlich gewisse Probleme bei der Finanzierung. Das ist klar. Wenn wir hier mehr bekommen würden, dann wäre das insgesamt für uns leichter zu realisieren. Ich habe bislang vergebens darauf gewartet, dass Sie Ihre Stimme erheben.

Ganz besonders interessant ist, dass die SPD, so wie Sie, Herr Maget, gesagt haben, diesem GRÜNEN-Antrag zustimmen will. Kollege Runge hat in seinem Punkt a) ganz listig darauf hingewiesen, dass er nicht haben möchte, dass der Freistaat Bayern eine Planung vorfinanziert. Sie wissen auch, dass Ihr Bundeskanzler gesagt hat: Die sind ja in Bayern viel langsamer dran, und wer zuerst kommt, bekommt das Geld. – Sprich: Damit würden womöglich Rechtfertigungen für den Bundeskanzler geschaffen, gar keinen oder weniger Zuschuss nach Bayern fließen zu lassen.

(Maget (SPD): Das kann doch die Industrie machen!)

Wenn wir sagen, wir würden die Planungskosten in Höhe von 40 Millionen vorfinanzieren, dann ist es mehr als unredlich und unseriös, wenn Sie auf die Industrie zeigen.

(Beifall bei der CSU)

Der Industrie geht es so schlecht, weil Sie eine schlechte Wirtschaftspolitik machen. Dann sollen die so etwas auch noch vorfinanzieren.

(Beifall bei der CSU)

Alles was recht ist, Herr Maget: Das ist wirklich eine Doppelzüngigkeit, die ich schärfstens zurückweisen möchte.

Einigkeit besteht darin, dass wir möglichst viele Flug-gäste mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Flughafen bringen wollen. Von daher brauchen wir zusätzlich zu den beiden S-Bahn-Linien – der S 8, die ursprünglich die alleinige Verkehrslast getragen hat, und der S 1 – ein weiteres Verkehrsmittel. Beide S-Bahn-Linien sind unattraktiv für Fernverkehrsumsteiger, das heißt, für diejenigen, die bereits 50, 100 oder 200 Kilometer per Bahn nach München gefahren sind, die noch einmal 45 Minuten mit der S-Bahn fahren und dabei vom Hauptbahnhof bis zum Flughafen etwa 20 bis 25 Haltestellen passieren

müssen. Das ist unattraktiv. Von daher ist dringend eine Verbesserung nötig.

Da gäbe es zum einen die Fernverkehrsanbindung, die immer wieder diskutiert wird. Läge der Flughafen zwischen München und Nürnberg, also Richtung Nürnberg, etwa bei Dachau, oder zwischen München und Augsburg, dann hätte es von Anfang an diese Fernverkehrsanbindung gegeben. Nun tut man sich natürlich furchtbar schwer, eine Fernverkehrsanbindung zu schaffen, weil keine Hauptfernverkehrsströme in diese Richtung laufen. Deswegen kann das – anders als beim Flughafen Frankfurt – nicht die Lösung sein.

Die Express-S-Bahn – ich will nichts wiederholen, es ist bereits gesagt worden – bräuchte eine zusätzliche Trasse, deren Kosten mit den Kosten des Transrapid vergleichbar wären. Die Kosten müssten allerdings dann aus den Regionalisierungsmitteln getragen werden; wir würden vom Bund kein zusätzliches Geld bekommen. Genau das würde zulasten anderer S-Bahn-Projekte – zweite Röhre in München, S-Bahn Nürnberg – oder der Regionalverkehrsstrecken bayernweit gehen. Genau das wollen wir nicht. Auch aus diesem Grunde sind wir für den Transrapid und gegen die Express-S-Bahn. Der Transrapid wäre eine gute Lösung – ein neues attraktives Verkehrsmittel, dank kurzer Umsteigewege am Bahnhof. Das Einchecken wäre bereits am Hauptbahnhof in München möglich, der dadurch praktisch ein weiteres Terminal des Flughafens München wäre. In zehn Minuten wären die Fahrgäste – nicht die Bewohner der Stadt München oder aus dem unmittelbaren Umland; die werden weiterhin die S-Bahn benutzen, je nachdem, wo sie wohnen, wird das für sie günstiger sein – am Flughafen. Es wäre selbstverständlich eine Lösung für alle, die von größerer Entfernung zum Münchner Flughafen kommen.

Statt Staatsminister Wiesheu vorzuwerfen, er habe noch kein Finanzierungskonzept, sollten wir doch gemeinsam dafür eintreten, eine gerechte Verteilung der Bundeszuschüsse zu erreichen und ebenso zusätzliche Bundesmittel zu bekommen, wie das für Nordrhein-Westfalen bereits zugesagt ist.

(Beifall bei der CSU)

Treten Sie endlich mit uns gemeinsam für die bayerischen Interessen ein.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Jetzt hat der Herr Kollege Memmel das Wort.

Memmel (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist alles unsicher: Die Höhe des Bundesanteils ist unsicher, weil Bayern mehr will, als sicher ist, der Bayernanteil ist unsicher, die Industriebeteiligung ist unsicher – im Augenblick höre ich nur überall: Wir wollen ihn, aber es ist überhaupt nichts sicher. Nun geht es darum: Wir haben heute einen einzigen Antrag zur Abstimmung – den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der ist sicher!)

Jetzt ist die Frage: Wie geht man mit diesem Antrag um? Man muss lesen, was dieser Antrag fordert. Sie hören, dass alles unsicher ist; es heißt in dem Antrag:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen,

a) die Kosten für die Untersuchungs- und Planungsschritte bis zum Abschluss des Genehmigungsverfahrens (Planfeststellungsverfahrens) für den Transrapid zum Münchner Flughafen (vor)zufinanzieren. ...

Da wäre eine gute Möglichkeit, auch der Wirtschaft ein Signal zu geben, diese Kosten zu übernehmen. Dann hätten wir nicht die Probleme, Sparmaßnahmen in schwierigen Situationen vornehmen zu müssen. Hier könnte der erste Schritt der Industrie dahin sein, diese Kosten zu übernehmen.

Dann heißt es bei den GRÜNEN des Weiteren:

b) beim Versuch, die Finanzierungslücke zwischen dem vom früheren Bundesverkehrsminister Bodewig zugesagten Bundesanteil und den Investitionskosten zu schließen, die Landesbank oder die Flughafengesellschaft einspannen zu wollen.

Auch das wollen Sie nicht. Das wollen wir auch nicht. Ich sage Ihnen auch gleich warum:

Sie dürfen uns nicht unterstellen, wir wären industrie-feindlich; denn Sie wissen, dass bis 1998 alle Versuche gescheitert sind, den Transrapid auf eine Strecke zu bringen. Erst diese Bundesregierung hat gemeinsam mit der Industrie den Joint Venture in China geschafft. Ohne den wäre die Diskussion – –

(Zurufe von der CSU)

– Nicht Sie haben das bis 1998 geschafft, sondern diese Bundesregierung hat entsprechende Verträge geschlossen. Erst dadurch haben sich die Attraktivität und die Möglichkeiten des Transrapid in der Praxis herausgestellt, und Bayern ist aufgrund vom Bund zugesagter Zuschüsse aufgesprungen.

Wir müssen heute aufgrund von Erschließungsmängeln über den Transrapid zwischen dem Flughafen und dem Hauptbahnhof München diskutieren. Dieser Flughafen ist gerade einmal zehn Jahre alt. In den alten Konzepten waren durchaus Fernverbindungsmaßnahmen vorgesehen. Heute „stolpert“ die S-Bahn zum Flughafen hinaus; Ursache ist das Planungsversagen der bayerischen Behörden. Sie haben den Flughafen nicht vernünftig erschlossen. Deshalb muss eine Lücke geschlossen werden. Das ist zwingend erforderlich. Allerdings werden unterschiedliche Wege dazu diskutiert.

(Zuruf des Abgeordneten Dingreiter (CSU))

Bei der Messe gibt es im Übrigen das gleiche Problem. Auch dort gibt es das Problem, dass die Verbindung vom Flughafen zur Messe und zum Kongresszentrum unzulänglich ist. Deshalb war die CSU in München für den Transrapid – auch ich habe mich dafür stark gemacht –, um wenigstens die Osttangente zu schaffen und die beiden Entwicklungsachsen zu fördern. Das ist aus anderen Gründen – wegen der Finanzierung und der Streckenführung – abgelehnt worden.

Ich möchte kurz auf zwei Dinge eingehen. Zum Vorgehen mit der Landesbank sind eindeutige Aussagen gemacht worden. Die Landesbank steht auf dem Schlauch. Ich glaube, dass niemand mehr Risiken eingehen will.

Das nächste wäre, die Flughafengesellschaft einzuspannen. Dazu liegt morgen im Münchner Stadtrat ein Antrag vor. Wir werden sehen, was daraus wird. Wir müssen alle zugeben, dass die Flughafen GmbH äußerst erfolgreich arbeitet – man kann die Geschäftsführung nur beglückwünschen –, sie ist aber immer noch nicht in der Lage, Gesellschafterdarlehen der Stadt München, des Freistaates Bayern oder der Bundesrepublik Deutschland zu verzinsen.

(Dr. Bernhard (CSU): Weil sie das Terminal alleine finanziert hat!)

– Ja, das ist völlig klar, Herr Kollege Dr. Bernhard. Das wissen wir.

Wenn die Flughafen GmbH aber jetzt wieder mitfinanziert, werden die Gesellschafter auf Dauer auf den Zinsen sitzen bleiben. Das Problem ist, dass der Freistaat das vielleicht noch packen kann, die Stadt München aber, die den Flughafen nicht innerhalb ihres Gebietes hat, kann nicht in dem Umfang profitieren wie die gesamte Infrastruktur im Umland. Die Stadt München hat nichts davon.

Wir werden dem Antrag zustimmen, weil er kein klares Nein zum Transrapid beinhaltet, sondern nur sagt, man solle vorsichtig sein, keine Gelder ausgeben, und die Industrie solle entsprechende Leistungen geben.

(Lachen bei der CSU)

Solange die Finanzierung von der Staatsregierung nicht vorgestellt worden ist, sollen keine Gelder ausgegeben werden.

(Dingreiter (CSU): China freut sich!)

Lesen Sie doch die Zeitungen. Jeden Tag steht etwas Neues drin. Staatsminister Dr. Wiesheu hat jeden Tag andere Vorschläge. Wir möchten endlich einmal Vorschläge hören, die wasserfest und nachprüfbar sind.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Jetzt hat Herr Kollege Dr. Söder das Wort.

Dr. Söder (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben heute wirklich ein ziemliches Gegieere vonseiten der SPD-Fraktion.

(Hofmann (CSU): Richtig!)

Kollege Schläger soll ein bisschen darstellen, dass man eigentlich doch dafür sei. Alle anderen Wortmeldungen gingen aber in die andere Richtung.

(Dr. Goppel (CSU): Nicht transrapidwürdig!)

Am Schluss kommt die SPD zum Ergebnis, dass sie dem Blockierantrag der GRÜNEN zustimmen wird. So kann man keine seriöse Politik in Bayern machen.

(Beifall bei der CSU)

Jahrelang hat Rot-Grün, ob verdeckt oder offen, die Technologie schlechtgeredet, blockiert und letztlich verhindert, dass wir sie bekommen. Nur, weil der Kanzler zu Silvester von seiner eigenen schlechten Situation in Deutschland ablenken wollte und ins Ausland gefahren ist, ist der Transrapid bei der SPD ein bisschen „in“. Sie müssten schon mehr leisten, um glaubhafte Verkehrspolitik zu machen, als einmal in China um die Ecke zu fahren.

(Zuruf des Abgeordneten Hoderlein (SPD))

Schlimm an dem Antrag ist, dass versucht wird, Teile des öffentlichen Nahverkehrs gegen eines der modernsten und wichtigsten Projekte für den Freistaat Bayern auszuspielen. Wir wollen beides. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr. Wir brauchen aber auch den Transrapid. Ähnlich wie im vorletzten Jahrhundert der „Adler“, ist der Transrapid heute eine riesige Chance für uns alle in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Lieber Kollege Memmel, Herr Kollege Dr. Dürr, wenn Sie kämpfen würden, damit der Bundeszuschuss höher wird und gesichert ist, würde das zu einer sichereren Finanzierung führen, als wenn Sie hier meckern, mäkeln und mosern.

(Beifall bei der CSU)

Nordrhein-Westfalen legt eine unseriöse Planung vor. Im „Focus“ von gestern ist nachzulesen: schöngerechnet, heruntergerechnet, die Zahlen stimmen nicht. Das Ding fährt wie der Bummelzug – wohl nur mit 128 km. Das Konzept stimmt von vorne bis hinten nicht. Dort aber sind sie alle dafür. Sie würden wahrscheinlich gerne als Erste mitfahren. In Bayern hingegen verweigern Sie den Menschen und dem Land den technologischen Fortschritt. Da werden wir nicht mitmachen.

Wir erwarten von Ihnen etwas ganz anderes: Kämpfen Sie im Bund dafür, dass wir Unterstützung bekommen; denn sie ist noch nicht sicher. Die Brüskierungen in Berlin sind offenkundig. Unser Wirtschaftsminister kämpft Woche für Woche dafür, dass überhaupt die finanziellen

Zusagen eingehalten werden. Wie kann er denn zusätzlich etwas erreichen, wenn die Grundzusagen, die Versprechen der Bundesregierung nicht eingehalten werden? Wir erwarten von Ihnen, Herr Maget und Kollegen, dass Sie vor den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern bekennen, ob die Versprechen von Verkehrsminister Stolpe stimmen. Dafür stehen Sie in der Verantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Irgendjemand hat gesagt, er wolle nicht zweiter Sieger sein. Das stimmt. Die CSU in Bayern – anders als die SPD – ist ungern zweiter Sieger. Wir finden uns mit dieser Rolle in Bayern nicht ab. Wir sagen: Wir wollen den Transrapid haben.

Ihre Bedenken zur Finanzierung sind zum Teil kleinkariert, weil es beim ÖPNV immer Finanzierungsprobleme gibt, und Sie sind auch ungeschickt, weil wir die Sonderfinanzierung vom Bund nicht haben können.

Ein letzter Satz zum Widerstand von München: Rot-Grün war auch gegen die drei Tunnel am Mittleren Ring. Die Bürger haben dafür gesorgt, dass sie gebaut werden. Heute sind alle glücklich und froh und fahren gerne durch. Genauso, meine Damen und Herren, wird es einmal mit dem Transrapid sein.

Die CSU sagt ja zum Transrapid. Wir bitten Sie, Herr Dr. Runge: Bleiben Sie nicht am Wegesrand stehen. Heben Sie die Schranke vor Ihrem Kopf endlich auf und sorgen Sie für freie Durchfahrt in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Aktuelle Stunde ist beendet. Ich lasse über den mitberatenden Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend „Keine Finanzabenteuer für das bayerische Transrapid-Projekt“, Drucksache 14/11406, abstimmen. Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, die Abstimmung in namentlicher Form durchführen zu lassen. Für die Stimmabgabe sind entsprechend gekennzeichnete Urnen bereit gestellt. Die Ja-Urne steht auf der Oppositions-Seite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion – jeweils im Bereich der Eingangstüren. Die Urne für die Stimmenthaltungen befindet sich auf dem Stenografentisch.

Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.38 bis 16.43 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und von mir später bekannt gegeben. – Herr Kollege Dr. Runge möchte eine persönliche Erklärung zur Abstimmung abgeben.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollten hier eigentlich über Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und

Finanzabenteuer diskutieren. Dann hat man aber einigen technikbegeisterten alten Herren das Mikrofon überlassen. Das ist ja gut, aber diese alten Herren sollten auch bei der Wahrheit bleiben. Ich stelle klar:

Erstens. Herr Kaul, wir haben keine Genossen in China. Wir haben ohnehin keine Genossen. Es mögen Ihre Genossen sein und die Genossen von Herrn Strauß. Wir haben so etwas nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Was die Fahrt ins Emsland betrifft, Herr Kaul, so muss es schon andere Dinge geben, um mich zu begeistern. Dazu reichen irgendwelche technischen Spielzeuge nicht aus. Ich war auf dieser Veranstaltung der Einzige, der die ganze Geschichte kritisch gesehen hat.

(Kaul (CSU): Nur aus finanziellen Gründen!)

Das hatte einen wesentlichen Grund. Ich war der Einzige auf dieser Fahrt, der die Voruntersuchung dabei und gelesen hatte. Sie hatten es nicht nötig, sich die Voruntersuchung anzuschauen. Sie sind unvorbereitet dorthin gefahren. Sie haben lamentiert und angegeben, Herr Glück sitze auf diesen Unterlagen.

(Zuruf des Abgeordneten Kaul (CSU))

Präsident Böhm: Sie wollten eine persönliche Erklärung abgeben, aber kein Zwiegespräch führen.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verbitte mir solche unverschämten falschen Behauptungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Muss ich mich „Schwachkopf“ nennen lassen? – Frau Radermacher (SPD): Was hat er gesagt? Schwachkopf? – Das ist nicht parlamentarisch! – Heike (CSU): Einen Vogel zeigen, das gibt es aber nicht!)

Präsident Böhm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Staatsregierung

Entwurf einer Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) (Drucksache 14/9900)

Eingabe betreffend Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern; Streichung des Ziels B V 1.6.3; Az.: LU.0599.14

Antrag der Abgeordneten Dr. Kronawitter, Gartzke, Schläger und anderer (SPD)

Keine Vorbehaltsfläche für Flughafen München II in das Landesentwicklungsprogramm (Drucksache 14/9779)

Änderungsantrag der Abgeordneten Maget, Biedefeld, Gartzke und anderer (SPD)**Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms****Grundsätzliche Zielsetzungen und Leitlinien (Drucksache 14/10809)****Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Paulig, Dr. Runge und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Landesentwicklungsprogramm****Zu Kapitel B V Nachhaltige technische Infrastruktur (Drucksache 14/10290)****Anträge und Änderungsanträge zum Entwurf einer Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) (siehe Anlage 2)****Änderungsantrag der Abgeordneten Christine Stahl, Dr. Runge, Kellner und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Landesentwicklungsprogramm****A 94 (Drucksache 14/11381)****Änderungsantrag der Abgeordneten Elisabeth Köhler, Dr. Runge, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Landesentwicklungsprogramm****Aus- und Neubau der ICE-Strecke Nürnberg – Erfurt (Drucksache 14/11382)****Änderungsantrag der Abgeordneten Elisabeth Köhler, Dr. Runge, Kellner und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Landesentwicklungsprogramm****MUC II, Vorranggebiet Flughafenentwicklungsfläche (Drucksache 14/11383)****Änderungsantrag der Abgeordneten Elisabeth Köhler, Dr. Runge, Paulig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Landesentwicklungsprogramm****Großmärkte auf der „Grünen Wiese“ (Drucksache 14/11384)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 45 Minuten pro Fraktion vereinbart. Als erster Redner hat Herr Minister Dr. Schnappauf um das Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn möchte ich mich zunächst in aller Form beim Bayerischen Landtag sehr herzlich bedanken. Die Ausschüsse haben den Entwurf

dieses Landesentwicklungsprogramms in einer außerordentlich intensiven Art und Weise, zum Teil in mehrtägigen Sitzungen bis weit in die Abendstunden hinein diskutiert. Die Kolleginnen und Kollegen dieses Hohen Hauses haben damit auch den Stellenwert unterstrichen, den sie der Aufgabe beimessen, Bayern für die Zukunftsherausforderungen fit zu machen und fit zu halten.

Es waren gute, sachliche, intensive Diskussionen. Dafür möchte ich mich besonders beim Vorsitzenden des zuständigen Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, Herrn Abgeordneten Henning Kaul, aber auch bei Walter Hofmann sehr herzlich bedanken. Letzten Endes möchte ich mich aber bei allen Kolleginnen und Kollegen des Hauses bedanken, auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition, die in einigen Ausschüssen den Vorlagen zugestimmt haben, sich zum Teil der Stimme enthalten haben und damit eine Verpflichtung für die Entwicklung des Landes eingegangen sind.

In all den Sitzungen sind zahlreiche Anregungen und Vorschläge eingebracht worden, die den Entwurf bereichert und verbessert haben und unser gemeinsames Ringen um die bestmögliche Lösung zum Ausdruck bringen.

Ich möchte deshalb ausdrücklich noch einmal festhalten, dass die Behandlung des Landtags, das Expertenhearing und die umfangreiche Anhörung gewürdigt haben, dass es sich beim Landesentwicklungsprogramm um ein querschnittsorientiertes Zukunftsprogramm für ganz Bayern handelt. Lob hat auch erfahren, dass die nachhaltige Raumentwicklung konsequent im LEP verankert ist. Ich möchte das nicht einfach lapidar feststellen, sondern ganz bewusst darauf hinweisen, dass zum erstenmal das Leitbild der Nachhaltigkeit konkret und verbindlich in einem Normenwerk verankert ist und damit das seit Rio überall angestrebte Prinzip „Leitbild der Nachhaltigkeit“ nunmehr zum Gegenstand der Norm des Landesentwicklungsprogramms gemacht worden ist.

Trotz viel Verbindendem möchte ich aber auch das, was sich in den Ausschüssen an unterschiedlichen Auffassungen gezeigt hat, nicht verhehlen. Dabei geht es zum einen um ein Verständnis darüber, was Nachhaltigkeit überhaupt ist. Teile der Opposition verstanden unter nachhaltiger Entwicklung den Vorrang der Ökologie. Wir dagegen berufen uns auf die Agenda 21 von Rio, wonach es einen grundsätzlichen Gleichklang der drei Säulen Ökologie, Ökonomie sowie Soziales und Kulturelles geben muss. Wenn dies nicht der Fall wäre, wenn immer die Ökologie den Vorrang hätte, würde letzten Endes die Abwägung entfallen. Nachhaltigkeit wäre dann Stillstand, weil keinerlei Entwicklung stattfinden würde.

Das neue Landesentwicklungsprogramm ist auch strafbar. Es wurde um etwa ein Drittel gegenüber dem alten gekürzt. Es wurden viele Bezüge zu anderen gültigen Werken hergestellt. Beispielhaft nenne ich die Alpenkonvention und das Kyoto-Protokoll. Im Interesse der Lesbarkeit und der Straffung des Landesentwicklungsprogramms haben wir bewusst darauf verzichtet, die ohnehin gültigen anderen Regelungen an dieser Stelle noch einmal deklaratorisch aufzuführen. Das gilt beispiels-

weise auch für die Indikatorenmessung, die sich im Raumordnungsbericht findet oder in einem Indikatorenbericht, wie wir ihn in Kürze veröffentlichen werden. Es wurde auch bewusst an dem sinnvollen Energiemix festgehalten, der die Kernenergie einschließt. Damit wird deutlich, dass wir eine nachhaltige, ganzheitliche, klimafreundliche Energieversorgung als Grundlage der Zukunft in Bayern sehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Landesentwicklungsprogramm Bayern ist damit ein Drehbuch für langfristige Zukunftsvorsorge im Freistaat Bayern. Es ist ein Drehbuch für nachhaltige Regionalentwicklung in den nächsten Jahren. Es werden der Strukturwandel, die Tendenzen zur Europäisierung und zur Globalisierung genauso berücksichtigt wie der Wandel von der Agrargesellschaft zur Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ein B-Movie gedreht!)

Damit zieht sich durch das Landesentwicklungsprogramm in besonderer Weise der rote Faden einer langfristigen Zukunftsvorsorge in Bayern, und es liegt mir viel daran, meine Damen und Herren, dies hier herauszustreichen. Ich erinnere daran, dass wir seit vielen Jahren im bayerischen Alpenraum die Freihaltung von so genannten Tabuzonen für Erschließungsmaßnahmen haben. Dieses Prinzip haben wir im Landesentwicklungsprogramm auf viele weitere Bereiche übertragen.

Lassen Sie mich hierzu einige Beispiele aufzählen. Beginnen möchte ich mit dem Alpenplan selbst. Wir alle haben während des großen Lawinenwinters 1998/1999 – Stichwort Galtür – gesehen, wie hilfreich es war, dass bereits in dem früheren Landesentwicklungsprogramm große Teile des Alpenraumes von jeglicher Erschließung freigehalten wurden. Dort gibt es keine Straßen, keine Lifтанlagen, keine Ferienhaussiedlungen. In jenem Lawinenwinter kamen wir deshalb besser als die meisten anderen Alpenländer davon. Wir haben die Erfahrungen ausgewertet und zwölf weitere Gebiete in diese Tabuzone aufgenommen. Insgesamt zählen jetzt 43% unseres Alpenraums zu dieser Tabuzone. Diese Flächen werden von jeglicher Erschließung freigehalten.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, diese positiven Erfahrungen mit den Tabuzonen im bayerischen Alpenraum haben wir genutzt und sie zum ersten Mal auf die Uferräume entlang der Flüsse in Bayern übertragen. Mit dem neuen Landesentwicklungsprogramm schaffen wir damit die Voraussetzung, dass auch die Uferräume künftig von Bebauung zum Zwecke der Vorsorge freigehalten werden. Genauso wie wir im Alpenraum Lawinenvorsorge durch die Freihaltung von Erschließung betreiben, werden wir künftig die Uferräume an den bayerischen Gewässern freihalten und damit Vorsorge für Hochwasserereignisse treffen. Die regionalen Planungsverbände sind aufgefordert, so genannte Vorranggebiete für den Hochwasserschutz auszuweisen. Dazu haben wir bereits Gespräche mit den Vorsitzenden der Planungsverbände geführt. Wir machen Tempo, wir geben den Regionen die Ergebnisse der Überfliegungsaktionen im Freistaat Bayern zügig an

die Hand. Für diese Aktionen sind genaue Ortskenntnisse notwendig. Ich darf Ihnen sagen, dass 70% der einschlägigen Gebiete entlang der Flüsse bereits beflogen sind. Der Rest wird abgearbeitet. Inzwischen haben zwei Regionen Vorranggebiete für den Hochwasserschutz ausgewiesen.

Ich erwähne diese Beispiele deshalb so konkret, weil ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Ihre Unterstützung bitten möchte. Machen wir uns nichts vor: Wenn im Landesentwicklungsprogramm steht: „Ausweisung von Vorranggebieten für den Hochwasserschutz an den Flüssen in Bayern“, so klingt das relativ harmlos. Das bedeutet aber, dass wir in den Kommunen künftig alle gegenläufigen Planungen untersagen können. Das heißt, die natürlichen Flutmulden, die Retentionsflächen, werden kraft des Landesentwicklungsprogramms freigehalten. Das wird umgesetzt in den Regionalplänen und fortgesetzt in der Bauleitplanung der Kommunen. Es wird eine ganze Reihe von harten Diskussionen vor Ort in den Gemeinderäten und in den Stadträten in Bayern geben. Wir alle wissen, dass nach einem Hochwasser nur kurz die Erinnerungen an dieses Ereignis wach bleiben. Wir wollen durch diese Festlegung eine langfristige Vorsorge treffen und damit den Hochwasserschutz verbessern.

Ein drittes Beispiel für die langfristig angelegte Vorsorgestrategie ist der Klimaschutz. Das ist ein neuer Schwerpunkt im Landesentwicklungsprogramm, dem ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Dabei sind wir den Anregungen aus dem Anhörungsverfahren gern gefolgt. Gleichzeitig wurde der notwendige fachübergreifende Ansatz der Klimaschutzpolitik deutlich gemacht. Das geschieht, indem der Klimaschutz sich durch nahezu alle Fachkapitel hindurchzieht, durch das Thema Energie wie durch alle anderen Fachkapitel. So enthält das Landesentwicklungsprogramm zu den regenerativen Energien Ausbauziele, und die wurden im Rahmen der Landtagsberatungen sogar verstärkt. Auch die Akzentsetzung auf den öffentlichen Nahverkehr im Zusammenhang mit der Erreichbarkeit beruflicher Schulen ist ein weiteres Beispiel.

Wir haben bewusst davon abgesehen, hier auch noch einmal das bayerische Klimaschutzprogramm zu wiederholen. Das will ich deutlich machen. Uns war an der Lesbarkeit und der Verständlichkeit des Landesentwicklungsprogramms sehr gelegen. Wir haben deshalb auch nicht die Protokolle von Rio oder Kyoto wiederholt.

Das vierte Beispiel für eine langfristige Vorsorge ist die Flächenvorsorge. Wie Sie wissen, ist die Reduzierung des Flächenverbrauchs ein zentrales Ziel bayerischer Politik. Das Landesentwicklungsprogramm wird deshalb zum ersten Mal auch als Handwerkszeug eingesetzt, um den Flächenverbrauch künftig zu reduzieren. Wir wollen zunächst eine Trendwende erreichen und dann eine Reduktion des Flächenverbrauchs. Wir haben im neuen Landesentwicklungsprogramm als Ziel aufgenommen, dass der Nutzung erschlossener Baulandreserven und der Wiedernutzung von Siedlungsbrachen in der Regel vor Neuausweisungen der Vorzug gegeben werden muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das ist eine Neuerung mit weitreichenden Folgen für die Arbeit in den Gemeinderäten und in den Stadträten im ganzen Land. Das heißt nämlich ganz konkret: Bevor ein Ratsgremium ein Wohn- oder Gewerbegebiet auf der freien Wiese ausweist, muss der Gemeinderat künftig prüfen, ob es auf dem Gemeindegebiet Baulücken wie etwa alte Eisenbahngelände, frühere Bundeswehrstandorte usw. gibt. Sie müssen prüfen, ob Industriebrachen oder andere Gelände neu genutzt oder für Wohn- und Gewerbebesiedlung umgenutzt werden können. Das muss geschehen, bevor auf die grüne Wiese vor der Stadt zurückgegriffen werden kann.

Daran wird deutlich, wie stark sich der Gedanke langfristiger Zukunftsvorsorge sich wie ein roter Faden durch das neue Landesentwicklungsprogramm hindurchzieht. In diesem Zusammenhang ist es mir auch ein Anliegen, auf einen weiteren Schwerpunkt hinzuweisen, der hiermit in engem Zusammenhang steht: ein ökologisches Gitternetz über das ganze Land hinweg. Die Stichwörter hierzu sind Biodiversität und biologische Vielfalt. Sie wissen, dass wir über 300 Arten- und Biotopschutzverbundprojekte in Bayern realisieren. Das Landesentwicklungsprogramm sichert demnach die Erhaltung von Lebensräumen für gefährdete Pflanzen und Tiere in ausreichender Größe ab sowie die Vorhaltung geeigneter Räume, in denen auch die Entwicklung zur Wildnis ermöglicht wird, und ein vernetztes Biotopverbundsystem im ganzen Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich nun ein offenes Wort zu dem immer wieder diskutierten System der zentralen Orte sagen. Wir haben darüber viel und intensiv nachgedacht. Es ist keineswegs ein Erbhof, mit dem wir sozusagen kritiklos umgegangen wären, sondern es war mir immer ein besonderes Anliegen, zu vereinfachen, zu entbürokratisieren, wo immer es möglich ist. Ich weiß sehr wohl, dass sich manche Diskussion um dieses System der zentralen Orte in Bayern rankt. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – heute haben wir noch 12 Millionen Einwohner, prognostiziert wird bis zum Jahr 2050 ein Rückgang auf 10 Millionen Einwohner – tun wir gut daran, die zentralen Orte im ganzen Land aufrecht zu erhalten, um an diesen zentralen Orten wie Pflöcken in der Landschaft die Versorgungsinfrastruktur für die rückläufige Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Bis zum Jahre 2040 wird sich die Zahl der Hochbetagten, das heißt der über 75-Jährigen verdoppeln. Die Altersgruppe der 75- bis 80-jährigen Mitbürgerinnen und Mitbürger wird dann die stärkste Altersgruppe im Freistaat Bayern sein. Gleichzeitig wird sich die Zahl der Kinder im Grundschulalter auf die Hälfte gegenüber dem heutigen Stand verringern. Darüber hinaus wird es regional eine zusätzliche Bevölkerungsabnahme geben. Vor dem Hintergrund, dass an einem Mittelzentrum bestimmte Einrichtungen der Gesundheitsversorgung und der weiterführenden Bildung vorgehalten werden oder an einem Unterzentrum bestimmte Versorgungsinfrastrukturen vorhanden sein müssen, wird das System der zentralen Orte eine neue Bedeutung erlangen.

Lassen Sie mich, da ich gerade bei diesem Punkt bin, zur Infrastruktur noch einige weitere Anmerkungen machen. Mit dem neuen Landesentwicklungsprogramm tragen wir auch dazu bei, unser Land für die Erweiterung und die Fortentwicklung der Europäischen Union und für die Globalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur zukunftsfähig zu machen. Auch das gehört zu einer wohlverstandenen, langfristigen Vorsorgepolitik.

Ich will es mir im Interesse eines kurzen Statements versagen, auf Einzelaspekte einzugehen; diese können gerne in der weiteren Diskussion vertieft werden. Ich will nur noch anhand einiger Projekte deutlich machen, wie sich der politische Wandel, beispielsweise durch die Deutsche Einheit und die Erweiterung der EU, im Landesentwicklungsprogramm niederschlägt, indem konkrete Projektziele landesplanerisch abgesichert werden. Ich nenne nur die ICE-Strecke Nürnberg – Erfurt – Berlin, die Bahnstrecke Regensburg – Schwandorf – Furth im Wald mit Weiterführung Pilsen – Prag, die Bundesautobahn A 6 Nürnberg – Heilbronn, die Bundesstraße 303 von der A 9 in Richtung Schirnding – Landesgrenze, eine leistungsfähige Ost-West-Verbindung für die Erweiterung der Europäischen Union, um auch damit das Zusammenwachsen zu unterstützen.

Im Interesse der Vorsorge für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftskraft in Bayern haben wir Flächen für die künftige Entwicklung von Infrastruktureinrichtungen offen gehalten. Ich nenne als konkretes Beispiel die Flughäfen München, Nürnberg und Hof, wobei sich deren drei Flughafenziele unterscheiden. Für Nürnberg und Hof finden sich im Landesentwicklungsprogramm konkrete Ausbauziele, für München geht es um eine Flächenvorsorge sowie um die Trassenfreihaltung für den Transrapid. Für diesen Weg, das Landesentwicklungsprogramm mit Projekten auszustatten, haben wir auch die Bestätigung durch den Bayerischen Verfassungsgerichtshof gefunden.

Ein weiterer Gesichtspunkt neben der langfristigen Vorsorgestrategie ist die verstärkte Regionalisierung. Das neue Landesentwicklungsprogramm setzt bewusst auf die Dezentralisierung regionaler Verantwortung. Wir wollen die regionale Ebene stärken. Für die Städte und Gemeinden ergeben sich so verbesserte Chancen auch für eine verstärkte Zusammenarbeit. Wir wollen kommunale Allianzen, kommunale Netzwerke damit initiieren, anregen und unterstützen. Als Beispiel für die Zusammenarbeit über den eigenen Kirchturm hinweg möchte ich die Ausarbeitung interkommunaler Einzelhandelskonzepte nennen, die Bildung von Kooperationsräumen in und zwischen den Regionen und auch ganz bewusst über die Landesgrenzen hinweg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe erst heute wieder in einer Veröffentlichung der Opposition gelesen, dass dies alles zu wenig grenzüberschreitend sei. Wir haben allein im Landesentwicklungsprogramm sieben Doppelorte grenzüberschreitend ausgewiesen. Es sind Kooperationen auch über die Landesgrenzen hinweg gewünscht. Der rechtliche Rahmen ist gegeben. Die Regionen sind eingeladen und aufgefordert, davon Gebrauch zu machen.

Genauso sind die Regionen dazu eingeladen und haben die Möglichkeit, Gebiete für die Errichtung von Windkraftanlagen auszuweisen. Künftig sind sie auch dafür zuständig, nicht nur Kleinzentren selbst festzulegen, sondern künftig weisen die regionalen Planungsverbände auch selbst die Unterzentren und Siedlungsschwerpunkte nach der entsprechenden Neufassung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes in ihrem Gebiet aus.

(Frau Steiger (SPD): Da sind wir aber gespannt!)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch ein Vorhaben erwähnen, das wir ebenfalls noch in diesem Jahr realisieren werden. Wir werden ein Kompetenzzentrum, eine Servicestelle für die nachhaltige Regionalentwicklung in Bayern einrichten. Wir wollen damit die Kommunen in ihrem Entwicklungsprozess unterstützen nach dem Motto: Von den Besten lernen, lernende Regionen. Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden. Es gibt viele gute Beispiele für eine erfolgreiche Regionalentwicklung. Wir wollen in dem Kompetenzzentrum „Bayern regional“ den Prozess lernender Regionen unterstützen und damit die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Regionen verbessern helfen.

Lassen Sie mich nun zu der obersten Maxime des bayerischen Landesentwicklungsprogramms kommen. Die oberste Maxime bayerischer Landesentwicklung lautete und lautet auch künftig: Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land. Ich betone das noch einmal ganz ausdrücklich; denn es wird manchmal schon als selbstverständlich hingenommen. Aber ich meine, es ist auch in einer Abschlussdebatte über das Landesentwicklungsprogramm noch einmal erwähnenswert, dass dieses Motto nicht unumstritten war, im Gegenteil: Noch vor wenigen Wochen wurde in wissenschaftlichen Debatten auf Akademien im ganzen Land gesagt, in einer Zeit der Globalisierung müsse man sich auf die Zentren konzentrieren; die Starken müssten weiter gestärkt werden, und es müsse im Rahmen der Europäischen Union sozusagen fokussiert werden, die Kraft müsse auf die Entwicklung der Metropolen gelegt werden.

Wir, meine Damen und Herren, haben uns in Bayern schon immer davon abgehoben. Es war von Anfang an die Grundlinie der bayerischen Landesentwicklungspolitik, auf die Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land zu setzen.

(Frau Steiger (SPD): Theoretisch!)

Wir haben dies auch in unserem Landesentwicklungsprogramm einmal mehr verankert.

(Frau Steiger (SPD): Das merkt man!)

Dieses Gleichwertigkeitsprinzip, verbunden mit dem Nachhaltigkeitsgrundsatz, ist sozusagen die neue Achse, die die nachhaltige Regionalentwicklung in Bayern künftig antreibt.

(Frau Steiger (SPD): Nicht zu fassen!)

Gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land verlangen, dass ökonomische Leistungskraft, attraktive Landschaft, gesunde Natur und soziale Solidarität zukunftsfähig miteinander verbunden und bestmöglich ausbalanciert werden.

(Frau Radermacher (SPD): Sprechblasen sind das!)

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren der Opposition, auf Ihre Einwürfe eingehen. Lassen Sie uns in aller Sachlichkeit einen kurzen Blick darauf werfen, wie dieses Leitprinzip bayerischer Landesentwicklungspolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten Bayern hat vorankommen lassen.

Wir können insgesamt feststellen, dass sich unser Land seit dem ersten Landesentwicklungsprogramm im Jahre 1976 gut entwickelt hat. Auf seinem Wachstumskurs hat Bayern das größte Land Deutschlands, nämlich Nordrhein-Westfalen, inzwischen überholt. 14 der 25 Regionen mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in Deutschland befinden sich in Bayern. Selbst unsere strukturschwachen Räume stehen im bundesweiten Vergleich noch relativ gut da. So liegt die Arbeitslosenquote etwa in der Region Oberfranken-Ost, die eine besonders schwierige Ausgangsposition hat und die von manchen auch ganz besonders gerne schlechtgeredet wird, unter den Quoten der Metropolregionen Köln, Hannover und Hamburg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie alle wissen, dass ich selbst aus der oberfränkischen Kante komme. Ich kenne die dortige Situation aus eigener Lebenserfahrung sehr, sehr gut. Deshalb will ich auch aus dieser persönlichen Erfahrung heraus sagen, dass ich die Herausforderungen, vor denen die Grenzregionen stehen, vor denen die strukturschwachen Regionen stehen, keineswegs verkenne. Wir haben gerade in den hoch industrialisierten Gebieten einen großen Weg des Strukturwandels von einer überdurchschnittlichen Industrialisierung hin zu einer wettbewerbsfähigen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft im 21. Jahrhundert zurückzulegen. Das ist ein langer Weg. Auf diesem Weg haben wir schon ein gehöriges Stück zurückgelegt, aber wir wissen auch, dass noch eine erhebliche Arbeit vor uns liegt.

Ich will das ganz ausdrücklich sagen, weil man sehr schnell in den Geruch kommt, etwas zu beschönigen oder zu verniedlichen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mitnichten! Aber wir müssen sehen, dass dieser Strukturwandel von der Industrie- zur industriellen Dienstleistungsgesellschaft zusammenfällt mit dem Wandel der Welt, mit Globalisierung, Internationalisierung, Europäisierung, sodass die Regionen im Zeitraffer riesige Veränderungen vollziehen müssen, wobei wir sie bestmöglich unterstützen müssen. Diese bestmögliche Unterstützung gelingt nicht, wenn wir die Regionen herunterreden, wenn wir die Regionen schlechtmachen.

Ich sehe deshalb – auch das will ich sagen – überhaupt keinen Sinn darin, dass wir unsere ländlichen Regionen pausenlos mit Daten aus einer Millionenmetropole wie München vergleichen und dass dazu auch immer wieder Beispiele herangezogen werden. Ob das der Stadionbau

ist, ob das ein Messezentrum ist, ob das eine Neutronenquelle oder ob das der Transrapid ist – es gibt Entwicklungen, die entweder in München oder überhaupt nicht in Bayern oder Deutschland stattfinden, sondern in Mailand, in Rom oder in London.

Wir sind also gut beraten, wenn wir uns bewusst machen, dass Gleichwertigkeit die Andersartigkeit durchaus unterstellt. Ich sage auch ganz persönlich dazu: Unser Land ist auch deshalb so schön und so attraktiv, weil es so vielgestaltig ist, weil jeder der einzelnen Landesteile und Landschaftsteile seinen Reiz, seinen Charme und eigene Qualitäten hat. Wir sollten also unterstellen, dass Andersartigkeit der Gleichwertigkeit nicht widerspricht, und wir sollten stolz sein auf unser Land als Ganzes, auch auf die ländlichen Räume.

Vor diesem Hintergrund kann man sehr wohl feststellen, dass der Freistaat Bayern auch und gerade mithilfe des Landesentwicklungsprogramms seine Hausaufgaben gut gemacht hat. Ich denke nur an die leistungsfähige Infrastruktur. Ich denke daran, was für hervorragende Kliniken, was für eine hervorragende Gesundheitsversorgung, was für ausgezeichnete Bildungseinrichtungen, zum Beispiel die Gymnasien, was für tolle Freizeiteinrichtungen wir in unserem Lande haben. Das trifft nicht überall gleichermaßen zu. Wir haben zum Beispiel in der Kindergartenversorgung in Unterfranken eine andere Situation als in Niederbayern. Da und dort gibt es Aufholbedarf. Das gilt auch für die Betreuungsangebote.

Aber wir müssen auch sehen, was für einen Weg wir zurückgelegt haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich 10, 20, 30 Jahre zurückblende, stelle ich fest, dass es in Amberg, in Deggendorf, in Hof oder in Coburg überhaupt kein Thema war, von einer Studentenstadt zu reden. Heute sind dort an den Fachhochschulstandorten ganz selbstverständlich Studenten zu Hause. Gerade die Tatsache, dass es in den ländlichen Räumen mehr Studenten an Fachhochschulen gibt als je zuvor, zeigt, dass wir diesen Weg erfolgreich gegangen sind.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns auch den Dank an alle Beteiligten zum Ausdruck bringen. Die Politik des Erschließens und des Vorhaltens unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit hat gegriffen. Damit können wir auch die Zukunftsentwicklung getrost vorantreiben.

Sicherlich müssen dafür – das will ich zum Schluss auch sagen, meine Damen und Herren – auch die bundespolitischen Rahmenbedingungen stimmen. Wir tun uns in der Entwicklung des Landes naturgemäß schwer, wenn Deutschland am Schluss der Entwicklung in Europa steht, wenn aus der ehemaligen Lokomotive Europas das Schlusslicht geworden ist, wenn aus dem Klassenprimus der Sitzenbleiber geworden ist. Insofern muss es Hand in Hand gehen, und Impulse aus der Bundespolitik müssen sich für die nachhaltige Regionalentwicklung einsetzen lassen. Aber summa summarum gilt überall, dass wir uns verstärkt auf unsere eigenen Qualitäten, auf unsere eigenen Stärken stützen müssen und dass wir nicht in ein Jammertalgerede und in ein Sich-selbst-Bemitleiden verfallen dürfen.

Lassen Sie uns also die regionalen Stärken, unsere Chancen nutzen und ausbauen. Auch dazu finden sich zahlreiche Ansatzpunkte; Stichworte Clusterbildung, enge Verflechtung von Hochschule und Wirtschaft, Regionalmanagement, Verbesserung der mentalen Stärke der Räume, Benchmarking, Ranking mit dem Ziel der Förderung des Wettbewerbs.

Summa summarum kann ich feststellen, dass mit dem Entwurf, der heute zur Verabschiedung ansteht, ein Drehbuch zur Vorsorge und zur nachhaltigen Entwicklung auf dem Tisch liegt, das geeignet ist, den Wandel zu meistern und den Vorsprung Bayerns zu halten und weiter auszubauen. Ich bitte Sie deshalb, dem neuen Landesentwicklungsprogramm zuzustimmen. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, unserer bayerischen Heimat eine gute und erfolgreiche Zukunft zu sichern.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich bekannt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt drei namentliche Abstimmungen beantragt wurden.

Außerdem gebe ich Ihnen schnell das Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung bekannt: Mit Ja gestimmt haben 66 Abgeordnete. Es gab 97 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich erteile nun Herrn Wörner das Wort.

Wörner (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einigen Vorbemerkungen beginnen.

Herr Minister hat zu Recht davon gesprochen, dass wir kein Jammertal herbeireden sollten. Wer redet denn dieses Jammertal seit Wochen herbei? – Doch diejenigen, die die Wahlen verloren haben. Sie tun dies, weil sie das bisher nicht verkraftet haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie reden dieses Land kaputt und geben damit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die dieses Land oben halten, täglich neue Ohrfeigen.

(Frau Radermacher (SPD): So ist es!)

Was Sie als Drehbuch für die Zukunft bezeichnen, könnte man auch als Standbild mit gelegentlichen Filmrissen bezeichnen. Herr Minister ist mit seinem Ministerium beim Schreiben des LEP Opfer seiner eigenen Ideologie geworden: In Bayern ist alles gut; man kann nichts oder fast nichts verbessern. – Diese Doktrin zieht sich durch die gesamten Verhandlungen über das LEP, und mit dieser Doktrin wurde letztlich die tatsächliche Zukunftsfähigkeit dieses Landes zumindest erheblich beeinträchtigt.

Wir haben mit einer Reihe von Anträgen versucht, die Entwicklung anzustoßen und vorwärts zu bringen, wir sind jedoch an der Abstimmungsmaschinerie der CSU in den Ausschüssen gescheitert.

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wird strapaziert und vor allen Dingen nicht stringent im ganzen LEP durchgehalten. Der Begriff steht zwar auf dem Papier, ist aber offensichtlich noch nicht in den Köpfen so verankert, dass er wie ein roter Faden durch das LEP läuft. Meine Damen und Herren, wer dann über Nachhaltigkeit spricht, der muss dieses Prinzip auf den Prüfstand stellen lassen, und es wird durchfallen im neuen LEP.

Wir wollen, dass Bayern gewinnt. Wir wollen, dass Bayern vorn bleibt, erheblich vorn bleibt. Wir belegen das auch.

(Gabsteiger (CSU): Dann wird's aber Zeit, dass ihr mitmacht!)

Wir meinen nämlich, dass es dringend erforderlich ist, die Lebensverhältnisse in Bayern gleich zu gestalten. Meine Damen und Herren, genau daran scheitert das LEP. Es scheitert wieder einmal daran, dass wir zwar alle Versuche unternommen haben, die Lebensbedingungen sich in allen Regionen gleich zu gestalten, aber nicht einmal diesen Weg wollten Sie in der von uns vorgeschlagenen Form mitgehen. Das ist eigentlich eine Ohrfeige für die Menschen in Regionen, die nach wie vor schwächer entwickelt sind als andere.

Wer nicht versucht, Indikatoren für ein besseres Einkommen, für mehr Kaufkraft und Beschäftigung sowie schulische und berufliche Bildung zu stärken, wer nicht durch Kultur- und Freizeitangebote die Wirtschaftskraft in den Kommunen stärkt, der wird es auch in Zukunft nicht schaffen, diese Disparitäten auszugleichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir meinen, hier ist staatliches Handeln zur Unterstützung der regionalen Entwicklungen und lokalen Potenziale mehr denn je gefordert. Die Förderung der Wirtschaft, Forschung und Entwicklung, die Ansiedlung von Behörden, von Bildungs- und anderen öffentlichen Einrichtungen werden so angesetzt, dass die Unterschiede in der Lebensqualität der einzelnen Landesteile geringer werden.

Wir glauben auch, dass die Stärkung der Entwicklungsfähigkeit der bayerischen Kommunen wiederhergestellt werden muss. Wir verweisen dazu in erster Linie auf das Konnexitätsprinzip. Das Prinzip der Zentralörtlichkeit in Bayern hat sich bewährt. Es wird weiterentwickelt, um neue Möglichkeiten zu eröffnen. Dazu gehören kommunale Allianzen, von denen der Herr Minister heute blumig gesagt hat, es finden sich da in einigen Absätzen Ansätze dazu. Wir meinen, es reicht nicht aus, Ansätze zu bilden, sondern wir haben konkret benannt, dass Städte wie Mühldorf, Altötting und Burghausen gemeinsam dazu in der Lage sind, ein Oberzentrum zu bilden. Warum wird so etwas nicht zugelassen, meine Damen und Herren?

Wir sehen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg. Wir fordern diese. Wir meinen die Iller-Lech-Region in Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg, das gleiche gilt für andere Regionen, wie Hof/Vogtland, Coburg/Südthüringen, Aschaffenburg/östliches Hessen, Main-Spessart/Schwäbisch Gmünd und nicht zuletzt die Regionen um den Bodensee, die gestärkt werden würden, wenn wir mehr übergreifende Regionen im LEP vorsehen würden.

(Dr. Kaiser (SPD): Jawohl, sehr gut, richtig! – Hofmann (CSU): Wenn er da ist, der Kaiser, dann lässt er sich auch hören!)

– Es freut mich, dass auch für Sie was dabei ist, Herr Kollege. Auch die Möglichkeit zu staatsgrenzenübergreifenden Kooperationen müssen gefördert und ausgebaut werden. Ich habe vorhin die Region Bayern/Württemberg/Vorarlberg/Schweiz genannt, meiner Meinung nach eines der interessantesten Themen beim Ausbau der überregionalen Begrifflichkeiten. Das gilt aber genauso gut für den Bereich Berchtesgaden/Salzburg und nicht zuletzt für den Bereich Tschechien. Wir meinen, dass sich im Rahmen der Europäisierung solche Prozesse nicht ungesteuert entwickeln dürfen, sondern wir müssen dafür sorgen, dass gerade in diesen Regionen, die an Bayern angrenzen, dies verstärkt gefördert und vorwärts gebracht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Rahmen der Globalisierung wird es – darauf hat der Herr Minister völlig zu Recht hingewiesen – Metropolenbildungen geben. Diese Metropolenbildungen werden natürlich ein Magnet für Investitionen sein, die nur dort getätigt werden können. Da gebe ich Ihnen Recht, Herr Minister. Aber wir müssen diese Metropolen erst einmal sauber benennen und definieren. Dies ist im LEP unterblieben.

Wir haben vorgeschlagen, zwei Metropolregionen zu schaffen. Die eine ist München, die andere Nürnberg. Sie brauchen jetzt nicht überrascht zu sein. Wir haben an Franken als lebenswertes Gebiet gedacht und nicht als das, was Sie in einem Gutachten einmal beschrieben bekommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Frau Radermacher (SPD): Sehr gut! Bravo!)

Meine Damen und Herren, ein ganz wichtiges Thema, das völlig untergegangen ist, ist die kommunale Daseinsvorsorge. Die Gefahr, dass Kommunen mit Milliarden an Steuermitteln aufgebaute Einrichtungen nicht mehr weiterbetreiben können und die Gefahr der Privatisierung, verursacht durch die Liberalisierung, nehmen Sie nicht ernst genug, meine Damen und Herren der CSU. Sie gehen somit nachlässig mit Steuermitteln um.

Gerade bei Wasser und Abwasser ist es geboten, den Gedankenspielen bzw. den Entwürfen – das kann man jetzt schon sagen – des Innenministeriums und des Wirtschaftsministeriums, für die Privatisierung von Abwasser und letztlich auch von Wasser massiv entgegenzuwirken. Dies sind Lebensgrundlagen, die nicht zum Han-

delsgut gemacht werden können und dürfen. Da stehen im Übrigen alle Verbände an unserer Seite. Ich hoffe, dass Ihre Lippenbekenntnisse dazu auch Realität werden und Sie dafür sorgen, dass das schädliche Handeln im Innen- und im Wirtschaftsministerium gestoppt wird und dass nicht der Wirtschaftsminister klammheimlich mit Beschlüssen die Liberalisierung der Trinkwasserversorgung vorantreibt. Ich nenne als Beispiel 16% Mehrwertsteuer auf alles. Wer Kenner der Materie ist, weiß, was das bedeutet und letztlich einläutet.

Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht auf kommunale Daseinsvorsorge, wie es übrigens in unserer Verfassung steht. Das darf nicht weiter klammheimlich ausgehöhlt werden. Grundbedürfnisse der Versorgung sind durch kommunale Einrichtungen zu gewährleisten. Nur dann ist man sicher, dass nicht irgendwer daran verdienen will – Punkt eins – und – Punkt zwei –, dass nicht nur die Filetstücke herausgelöst werden, sondern dass die Daseinsvorsorge oberstes Prinzip der Kommunen bleibt. Dazu ist es allerdings notwendig, dass höhere Mittelzuweisungen sowie das Konnexitätsprinzip in einer ehrlichen Art und Weise und nicht so, wie es jetzt von der Staatsregierung versucht wird einzuführen, endlich greift, damit die Kommunen ihre Kosten besser tragen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein weiteres zentrales Thema: Klimaschutz und der besondere Schutz der Alpen. Herr Minister, Sie haben zu Recht gesagt, wir haben große Flächen in den Alpen ausgewiesen. Aber, Herr Minister, man sollte wenigstens so redlich sein und dazusagen, dass das nicht Ihr Verdienst war, sondern das ist das Verdienst derer, die dort nicht investiert haben. Denn wenn der erste Investor kommt, sind Sie doch derjenige, der irgendwann umfällt und klein beigibt, weil ihm der Wirtschaftsminister sagt, wie es geht. Das ist ja das Schlimme daran, dass in Bayern nach wie vor Umweltpolitik nachrangig behandelt wird, nicht gleichrangig mit der Wirtschaft. Wenn wir nicht das Glück gehabt hätten, dass Investoren wahrscheinlich früher gemerkt haben als die Staatsregierung, dass die Schneefallgrenzen immer weiter nach oben gehen, dann wären mit Sicherheit unsere schönen Berge, die heutzutage nicht verbaut sind, genauso verbaut worden wie alles andere auch. Sie haben häufig Sündenfälle begangen und Verbauungen zugestimmt. Sie hätten es auch gemacht, wenn der Druck groß genug gewesen wäre. Er war nur, Gott sei Dank, nicht da.

Meine Damen und Herren, zum Klimaschutz. Zentrales Thema ist der CO₂-Ausstoß. Beim CO₂-Ausstoß mogelt sich Bayern um die Wahrheit herum. Bayern ist zurückgefallen in der CO₂-Bilanz im Verhältnis zu anderen Ländern, und zwar erheblich.

Wir haben einen erheblichen Nachholbedarf, der unserer Meinung nach ausgeglichen werden kann. Dazu ist aber ein Paket von Maßnahmen notwendig – wir haben dazu Anträge gestellt –, die Sie mehr oder weniger abgelehnt haben. Sie waren es, die in den Verhandlungen immer wieder versucht haben, Regelungen zu blockieren, zum Beispiel die Vereinheitlichung des Rechts zur

Genehmigung von Windanlagen, Vereinheitlichung des Rechts zu Biogasanlagen, Vereinheitlichung der Genehmigungsverfahren bei Geothermieranlagen. Sie sorgen dafür, dass die CO₂-Bilanz Bayerns nicht schnell genug ausgeglichen werden kann, geschweige denn, dass der große Nachholbedarf gedeckt werden kann.

Zu den Alpen haben Sie heute zwar gesagt: Wir brauchen nichts festzuschreiben, was in anderen Gesetzen bereits geregelt ist. Herr Minister, es schaut schon sehr verdächtig aus, wenn Sie auf unsere Forderung, keine weitere alpenüberquerende Trasse mehr zu bauen und dies in das LEP aufzunehmen, sagen: Das steht schon irgendwo, das brauchen wir nicht mehr. Es ist richtig: Es steht irgendwo. Sie wissen aber genau, dass es gerade bei solch zentralen Dingen wichtig ist, eine nochmalige deutliche Festschreibung für die planenden Landkreise vorzunehmen. Deswegen wäre es uns wichtig gewesen, dieses festzumachen.

Dass die Alpen der größte Trinkwasserspeicher sind, wissen inzwischen wahrscheinlich alle. Deshalb ist es so wichtig, Berg- und Bannwälder zu schützen. Wenn man sieht, welche erbärmliche Rolle der Umweltausschuss beim Thema Almwegebau spielt – ich sage jetzt nur Geigelstein –, braucht man sich nicht zu wundern, dass durch Baumaßnahmen Erosion vorangetrieben, Wasserspeicher zerstört und Bannwälder in Mitleidenschaft gezogen werden. Herr Minister, Ihr vielgerühmter Lawinenschutz geht dann auch zum Teufel. Wir fordern deshalb weiterhin, den Almwegebau massiv zu reduzieren, bei Reparaturen sogar über Rückbau nachzudenken, um sicherzustellen, dass die Berge besser als bisher geschont werden und sich die Natur und das Wasserreservoir dort so entwickeln können, wie es die Natur eigentlich vorgesehen hat.

Meine Damen und Herren, nun kommen wir zu einem Thema, das man noch einmal rechtlich prüfen lassen muss, zur zukunftsfähigen Energieversorgung in Bayern. Wir sind der Meinung, dass die zukunftsfähige Energieversorgung in Bayern eine dezentrale Energieversorgung sein muss, die auf kleinteilige Einheiten setzt. Dazu ist es notwendig, regionale Energieversorgungspläne zu entwickeln. Die Energieversorgungs-kleinteile kann man mit der Welt der Client-Server vergleichen. Viele kleine Heizanlagen und Stromerzeugungsanlagen ergeben ebenfalls das erforderliche Gesamtvolumen. Sie setzen dagegen auf Steinzeittechnik. In der EDV-Welt würde man sagen: Wer heute noch einen Host baut, einen Großrechner, ist selber schuld. Sie setzen weiterhin auf großtechnische Anlagen zur Stromerzeugung und wollen zukunftsweisend sein. Man muss das LEP zumindest hinsichtlich dieses Punktes rechtlich prüfen lassen.

Die Bundesregierung hat den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Sie schreiben sie im LEP wieder fest. Das kann es wohl nicht sein. Sie schreiben in Ihrem so genannten Zukunftsprogramm für Bayern Steinzeittechnologie fest, wobei wir alle wissen, dass der Ausstieg längst beschlossen ist. Sie wollen es nur noch nicht wahrhaben – das verstehe ich: Wenn man so lange an etwas festgehalten hat, kann man schlecht davon lassen. Wir fordern Sie deshalb auf, mit uns erneut dafür Sorge zu tragen, dass an den bestehenden Reaktor-

standorten keine weiteren Reaktoren hinzugebaut werden, was ja in Papieren von Minister Wiesheu nach wie vor auftaucht.

Wir fordern Sie auf, die Restlaufzeiten und die Restleistungen im LEP festzuschreiben. Das wäre dringend geboten gewesen. Sie haben es nicht gemacht. Die Energiewende im LEP festzuschreiben, wäre meiner Meinung nach auf der Grundlage der bestehenden Gesetze der Bundesregierung nicht mehr als recht und billig gewesen. Wir fordern Sie weiterhin auf, mit uns daran zu arbeiten, Hemmnisse beim Einsatz regenerativer Energien und beim Bau regenerativer Anlagen zu beseitigen und mit uns zusammen weiterhin danach zu forschen, wie regenerative Anlagen noch effizienter gemacht werden können, um den Umstieg so zu gestalten, dass er den Menschen und den Belangen der Industrie gerecht wird.

Meine Damen und Herren, die Energieversorgung bedarf auch der Beratung. Noch ist es nicht überall durchgedrungen, vor allem in Ämtern und Behörden – die hätten den größten Nachholbedarf an Wärmedämmung –, dass es notwendig ist, Menschen beim Neubau und bei der Sanierung zu beraten. Dazu bedarf es nicht des freien Marktes; er funktioniert nämlich in solchen Fällen meistens erst sehr spät, weil sich bei Handwerksmeistern und anderen das neue Denken erst durchsetzen muss. Es ist dringend notwendig, dass in jeder Region eine Energieagentur eingerichtet wird und dass dort vor allem auch Energie-Projektmanager bestellt werden, die dafür Sorge tragen, dass die richtige Beratung vorankommt.

Herr Schnappauf, Sie haben zum Thema Wasser und Fließgewässer festgestellt: Uferstreifen werden geschützt. Dies ist aber keine besondere Leistung Bayerns. Sie haben nämlich schlichtweg der EU-Regelung vorgegriffen, die Sie sowieso umsetzen müssen. Es ist schön, dass wir das beschleunigen, aber wir sollten sagen, dass dies im Rahmen der neuen Regelung –

(Kaul (CSU): Sonst sagt er immer: Wir machen gar nichts!)

– Das stimmt nicht, Herr Kaul. Ich habe nie gesagt, dass wir gar nichts machen; denn sonst würde ich mir selber auf die Füße steigen. Natürlich machen wir etwas, aber wir machen zu wenig, Herr Kaul, viel zu wenig der Natur zuliebe. Darüber müssen wir uns verständigen können.

Grundlage für Fließ- und Grundgewässer sowie für die Sicherung des Trinkwassers ist die von uns lange Zeit geforderte hydrogeologische Landesaufnahme, die jetzt schön langsam in die Gänge kommt. Schauen wir aber einmal, für was man sie genutzt hat. Komischerweise wurde als erstes der Raum Niederbayern/Oberpfalz sehr genau betrachtet. Man kann sich jetzt darüber Gedanken machen, warum das so ist. Ich möchte jetzt nicht über Endlager spekulieren, aber der Verdacht liegt natürlich nahe. Selbst die Leser einer großen süddeutschen Zeitung haben das gemerkt und in diese Richtung Leserbriefe geschrieben. Man muss sich schon die Frage stellen, warum die Staatsregierung etwas verstecken will,

wenn schon die Zeitungsleser merken, welcher Vorgang dahintersteckt.

Wir fordern zum Schutz des Trinkwassers auf der Grundlage der heute vorhandenen Erkenntnisse: Bayern muss wie andere Bundesländer mindestens 10% der Flächen als Wasserschutzgebiete ausweisen. Dieses ist eine Zukunftsvorsorge. Meine Damen und Herren, ich weiß, dass sich Landwirte damit ein bisschen schwer tun. Ich will jetzt keine saloppe Bemerkung über Brunnenvergifter machen. Man sollte das Wasser trinken, das man unter sich hat; dann würde man vielleicht sorgfältiger damit umgehen.

Meine Damen und Herren, es ist notwendig, 10% der bayerischen Flächen – das ist auch in anderen Bundesländern der Fall; da geht es auch, dort gibt es auch Landwirtschaft – als Schutzflächen auszuweisen, um sicherzustellen, dass auch in Zukunft Trinkwasser ohne Reinigung und ohne Chemikalien genießbar ist. Wir müssen dies als Zukunftssicherung vorantreiben. Wir sollten dazu das Mittel der Kooperation nutzen.

Meine Damen und Herren, ich verstehe auch nicht, wieso Landwirte, vor allem Landwirtschaftsvertreter und vor allem der Bauernverband einen solchen Popanz aufbauen. Es gibt doch keinen Interessenkonflikt. Meiner Meinung nach ist ein Landwirt genauso auf gutes Trinkwasser angewiesen wie wir alle. Der Interessenkonflikt besteht bei der Frage: Wie stark darf der Landwirt noch düngen, was darf er noch alles ausbringen? –

Wenn Sie das noch nicht begriffen haben sollten, meine Damen und Herren aus der Landwirtschaft, dann sehen Sie sich einmal die Trinkwassergewinnung Münchens an. Dort hat man das gelöst. Man ist mit den Landwirten vernünftige Kooperationen eingegangen, man hat mit ihnen Verträge geschlossen, um die Versorgung eines Ballungsraumes sicherzustellen. Wir schaffen das im Konsens mit den Landwirten, im Übrigen seit 135 Jahren, meine Damen und Herren. Wir haben es geschafft, dass die Landwirte lokal vermarkten können. Ihre Produkte sind nämlich hochwertig.

Wir haben es geschafft, dass wir in Frieden und Einklang mit den Landwirten leben.

Deshalb wundere ich mich immer, wenn ich dieses Geschrei höre, dass da gehemmt, gebremst und enteignet würde. Das stimmt doch gar nicht. Wir müssen uns nur darüber verständigen, wie wir das regeln. Regelungsmöglichkeiten gibt es. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie aber an eines erinnern: Artikel 141 der Bayerischen Verfassung gilt auch für Landwirte. Das gilt besonders für die Verantwortung gegenüber der Natur.

(Franz Meyer (CSU): Das sind Unterstellungen!)

Wir sind der Meinung, der Fließgewässeratlas, der auch die Quellgebiete und Oberläufe enthält und Retentionsräume ausweisen muss, muss auch den Main und die Donau mit allen Nebenflüssen umfassen. Dies wird auch in der neuen EU-Wasserahmen-Richtlinie gefordert. Wir wollen das jedoch im Vorgriff voranbringen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Wasserwirtschafts-

ämter personell dazu in die Lage versetzt werden. Wir können nicht permanent von den Ämtern immer mehr fordern, wenn es zum Beispiel um das Hochwasser oder das Abwasser geht, wenn wir ständig Personal abbauen. Das wird nicht funktionieren. Herr Minister, wir unterstützen Sie gern bei diesem sensiblen Thema. Herr Kollege Hofmann, Sie haben bei einer Veranstaltung erklärt, dass versucht werden müsste, Personal zuzuschalten oder zumindest so umzuschichten, dass die dringlichen Aufgaben gelöst werden können. Mit dem heute vorhandenen Personal ist das nicht möglich.

Wir sind der Meinung, dass bereits geplante Kanalisierungen und der Bau von Staustufen, der zu einer Beschleunigung des Wasserabflusses führen würde, gestoppt werden müssen. Dies gilt auch für die geplanten Staustufen. Wir müssen den Flüssen eine Zukunft geben. Die Flüsse sollten in der Form, wie sie von der Natur geschaffen wurden, erhalten werden und nicht in eine Form gebracht werden, wie wir sie uns wünschen. Rücksichtnahme auf die Natur ist hier angesagt. Wir würden damit eine Reihe von Schäden, die wir später mit Milliardenbeträgen reparieren müssen, vermeiden.

(Kaul (CSU): Dazu steht im LEP einiges!)

Wir vertreten außerdem die Auffassung, dass wir keine weiteren Staustufen an der Donau brauchen. Sofern Rückbaumöglichkeiten vorhanden sind, sollten diese genutzt werden.

Nun zum Schutz von Wald und Natur: Wir sind mit Ihnen einer Meinung, dass Bayern mit Wald und Natur gesegnet ist. Hier bedarf es jedoch eines vermehrten Schutzes. Schützenswerte Naturflächen müssen entsprechend der Natura-2000- oder der FFH-Richtlinie sowie der Vogelschutzrichtlinie kontrolliert unter Schutz gestellt werden. Unter den Wäldern liegen riesige Wasservorkommen, die wir in Zukunft brauchen werden. Deshalb bedarf es hier eines besonderen Schutzes und einer besonderen Rücksichtnahme.

Wir müssen uns folgenden Vorgang vor Augen halten: Die Gewässer, die unter den Wäldern liegen, sind seit Jahrzehnten durch den Filter „Boden“ gelaufen. Dieser Filter „Boden“ wird aber nicht besser, sondern durch menschliches Zutun immer schlechter. Die Umweltschäden in den Nadel- und Laubwäldern schlagen sich nämlich im Boden nieder und führen dazu, dass die Böden stärker als bisher belastet sind. Diese Böden werden später zu Wasserfiltern. Deshalb muss heute dafür gesorgt werden, dass die Böden geschützt werden.

Meine Damen und Herren, beim Thema „Wasser“ gibt es Folgendes zu bedenken: Berg- und Waldschutz vertragen sich nicht mit Beschneiungsanlagen. Herr Minister, Sie haben hier den richtigen Weg eingeschlagen. Ich hoffe, dass Sie ihn auch durchhalten werden. Wo Schneekanonen stehen, ist die Investition schon getätigt. Wir sollten jedoch keine weiteren Anlagen mehr zulassen. Andernfalls legen wir uns für die Zukunft ein ganz furchtbares Ei. Stellen Sie sich einmal Folgendes vor: Eine Kommune investiert in eine Beschneiungsanlage 10 oder 20 Millionen €, und nach zehn Jahren geht die Schneegrenze und damit auch die Frostgrenze nach

oben. Dann wird der Investor fordern, dass entweder Chemie oder genmanipulierte Bakterien eingesetzt werden müssten, um die Frostgrenze zur Aufbereitung innerhalb des Wassers herunterzubekommen. Wie wollen Sie in diesem Fall Nein sagen? – Deshalb ist es heute wichtig, über dieses Thema nachzudenken.

(Kaul (CSU): Dafür gibt es klare Vorschriften!)

– Herr Kollege Kaul, die klaren Vorschriften werden doch nicht umgesetzt. Das ist Ihr Problem.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz zu einigen Punkten etwas sagen, zunächst zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Wir wünschen uns, dass in allen Regionen wohnort- und arbeitsplatznahe Betreuungsangebote für Kinder jeder Altersgruppe, also Kinderkrippen, Kindergärten, Horte, Ganztagschulen sowie Kinderhäuser, bereitgestellt werden. Das Land übernimmt 40 Prozent der Kosten für das Betreuungspersonal. Regionale Disparitäten müssen dabei ausgeglichen werden. Das letzte Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt ist für jedes Kind verpflichtend und für die Eltern beitragsfrei zu halten. Der Inhalt der Erziehungs- und Bildungsarbeit in den Kindergärten wird von den jeweiligen Trägern unter Berücksichtigung eines landesweiten Bildungsprogramms für den vorschulischen Bereich bestimmt.

(Franz Meyer (CSU): Wissen Sie eigentlich, was Sie sagen?)

– Herr Kollege, ich weiß das schon. Sie wissen es aber manchmal nicht. Die Bezuschussung von Kindergärten durch das Land ist in einer Weise sicherzustellen, dass eingruppige Kindergärten gerade im ländlichen Raum nicht vor dem Aus stehen. Die bestmögliche Bildung unserer Kinder ist Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes. – Wir müssen auch dafür sorgen, dass das System der dualen Berufsbildung mit den Berufsschulen fortbesteht.

Wir sind der Meinung, dass die Entwicklung der Landeskultur sichergestellt werden muss. Wir verstehen unter dem Begriff Kultur etwas mehr als Sie. Für uns ist Kultur nicht nur Bildung, Aus- und Fortbildung, sondern auch eine Kultur der Werte im Sinne von Toleranz, Weltoffenheit und Pluralität. Diese Kultur sichert auch den sozialen Frieden in unserem Land. Wir halten es für nötig, Bildung, Kultur sowie kulturelle Bildung in den Landesteilen stärker als bisher zu fördern. Diese Förderung darf nicht auf Ballungsräume reduziert werden. Kultur und Bildung müssen verstärkt regionalisiert werden. Das kulturelle Leben muss gefördert werden, aber nicht rückwärts gerichtet. Die Kultur muss vielmehr in ihren neuen Formen zugelassen werden. Wenn dies geschieht, ist dieses Land auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren, Sie betreiben mit Ihrem LEP jedoch eine Konservierung, wie das von Konservativen auch nicht anders zu erwarten ist. Wir glauben deshalb, dass dieses LEP in weiten Teilen zu einem Stillstand führen wird. Diesen Stillstand werden wir nicht mittragen. Deshalb lehnen wir das Landesentwicklungsprogramm ab.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Frau Kollegin Paulig.

Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man sich dieses Landesentwicklungsprogramm ansieht, kann man sagen: Papier ist geduldig. In den Überschriften und Texten findet sich ohne Ende Nachhaltigkeits-Lyrik. Es fehlen aber konkrete Konsequenzen und Weichenstellungen für eine nachhaltige Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Versuch, mit dieser Novelle des Landesentwicklungsprogramms dem Nachhaltigkeitsgedanken in der Landesplanung Geltung zu verschaffen, ging gründlich daneben. Sehen wir uns die einzelnen Punkte an.

Es fehlen konsequente Klimaschutzziele. Die CSU-Mehrheit hat sich geweigert, die Einhaltung der Kyoto-Ziele für Bayern verbindlich festzuschreiben.

Erst auf Druck der Opposition wurde in der allerletzten Sitzung ein Kapitel „Klimaschutz und Luftreinhaltung“ aufgenommen, bei dem man einzelne Punkte zusammengesucht hat, die bereits im LEP enthalten waren. Die notwendigen Forderungen für den Klimaschutz haben Sie aber nicht aufgenommen.

Heute höre ich, dass nun ein Kompetenzzentrum für nachhaltige Entwicklung in der Region eingerichtet werden soll. Herr Staatsminister Schnappauf, Sie wollen die Regionen verpflichten, selbst aber will die Bayerische Staatsregierung nicht handeln. Der Klimaschutz ist primär Handlungsfeld der Bayerischen Staatsregierung. Dafür sind im LEP die Weichenstellungen vorzunehmen, und das haben Sie nicht gemacht.

Ebenso fehlen insbesondere Ziele zur Reduktion der Klimagase aus dem Autoverkehr. Wir haben in Bayern steigende Emissionen. Es gibt in diesem Landesentwicklungsprogramm aber keinerlei Vorgaben dafür, wie der klimabelastende Autoverkehr reduziert werden soll. Stattdessen werden gigantische Wachstumszahlen im Auto- und Flugverkehr als gottgegeben hingenommen. Dieses LEP enthält eine Fülle von neuen Bundesverkehrswegen – Autobahnen und Bundesstraßen –, die dazu führen werden, dass sich der Ausstoß von Klimagasen in Bayern weiter erhöhen wird. Hier wird einfach so weitergemacht, als gäbe es überhaupt keine Klima-veränderung. Durch dieses LEP wird letztlich ein zusätzlicher Ausbau oder Neubau von 4000 Kilometern garantiert.

Zur A 94 ist nun glücklicherweise vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig auf die Klage der Gegner dieser Autobahntrasse eine Entscheidung gefällt worden. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Angelegenheit mit Entscheidung vom 17. Januar 2003 an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zurückgegeben. Damit ist endlich ein Rechtsweg eröffnet. Mit Recht wird von den Geg-

nern kritisiert, dass für die A 94 die absolut umweltschädliche Trasse über Dorfen als einzig mögliche Variante festgeschrieben wird. Wir wissen doch längst, dass durch die Trasse Dorfen doppelt so viele Menschen Lärmbelastungen ausgesetzt werden, dass mehr Erholungsräume zerstört und landwirtschaftliche Flächen und unberührte Wälder durchschnitten werden als über die Alternativtrasse Haag. Warum nehmen Sie eine solche umweltschädliche Festlegung vor? – Über den Rechtsweg wird hier das LEP zu korrigieren sein.

Wie gehen Sie denn mit den Klimagasen aus dem Flugverkehr um? – Die Flughäfen in Hof und in Nürnberg sollen ausgebaut werden. Von der CSU wird beantragt, dass auch Memmingerberg ausgebaut werden soll. Heute wurde im Kabinett entschieden, dass natürlich auch dem in seiner Existenz bedrohten Augsburger Flughafen auf die Schnelle einmal über 12 Millionen € zugeschrieben werden sollen. Wie wollen Sie mit diesen Planungen und Entscheidungen der Nachhaltigkeit im Klimaschutz in Bayern Geltung verschaffen? – Es ist eine reine Fehlanzeige. Es ist nur ein plakatives Wedeln mit dem Begriff Nachhaltigkeit, welches zu keinen konsequenten Taten führen wird. Sie haben Angst davor, mutig klare Rahmenbedingungen zu setzen.

Schauen wir uns doch auch den Flughafen München – MUC – an. Hierzu liegen uns Petitionen von den Anliegergemeinden vor. Ich verstehe diese Gemeinden. Für die Vorrangflächen, die einer dritten Start- und Landebahn Platz verschaffen sollen, müssen Ortschaften wie Eittingermoos oder Schwaigermoos in der Gemeinde Oberding faktisch abgesiedelt werden. Die Petition aus Eittingermoos haben wir hier eingebracht. Der Ort umfasst 53 Anwesen mit 225 Einwohnern, eine Kirche, einen Friedhof, ein Vereinsheim und ein Feuerwehrhaus. Alles das wollen Sie für den Ausbau des Flugverkehrs opfern, obwohl bereits der bestehende Flughafenbau ein immenses Wachstum bei den Flugbewegungen ermöglichen soll. Auch hier besteht bei der Umsetzung des Klimaschutzes durch das Landesentwicklungsprogramm absolute Fehlanzeige.

Wie steht es um die Nachhaltigkeit bei Einzelhandels-großprojekten, bei Einkaufszentren auf der grünen Wiese? – Auch hier werden wir einen steigenden Individualverkehr und einen steigenden Flächenverbrauch haben.

Wenn wir gefordert haben, konkrete Ziele ins Landesentwicklungsprogramm aufzunehmen, hieß es immer, so konkret könnten die Ziele nicht werden, weil das Landesentwicklungsprogramm abgespeckt werden sollte. Schauen Sie sich doch einmal an, was Sie alles abgespeckt haben, was Sie allein für die Einzelhandelsgroßprojekte ins LEP aufgenommen haben. Die gesamten Kaufkraftabschöpfungszahlen – bis zu 30% in Städten bei den ersten hunderttausend Einwohnern – und die Aussagen über die innenstadtrelevanten und die nicht innenstadtrelevanten Sortimente haben Sie aufgenommen. Empfinden Sie das als eine Begrenzung und Verkleinerung des LEP? – Sie hätten es leichter haben können, wenn wir bei vernünftigen Regelungen geblieben wären oder diese eingeführt hätten.

Welche Dauerschallpegel legen Sie für die drei Zonen bei den Militär- und Verkehrsflughäfen fest? – Mit den Festlegungen für Bayern gehen Sie deutlich über das hinaus, was das Umweltbundesamt empfiehlt. Mit Nachhaltigkeit und Schutz der Bevölkerung vor Lärm durch den Flugverkehr hat das überhaupt nichts zu tun. Über die Maßen soll die bayerische Bevölkerung mit Lärm durch Flugverkehr belastet werden. Unter Nachhaltigkeit stelle ich mir eine Zunahme von Lebensqualität vor. Das ist bei diesem LEP nicht möglich.

Klare Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien fehlen. Klare Ziele zur Energieeinsparung, zur Wärmedämmung und zur Energieeffizienz fehlen. Ziele, wie die Nutzung der Biomasse, die Geothermie und die Windenergie in Bayern vorangebracht werden können, fehlen. Stattdessen gibt es eine Option für weitere Atomkraftwerke. Diese Option wird natürlich offengehalten, obwohl wir spätestens seit der Enquetekommission des Bundestages wissen, dass wir mit Atomkraftwerken zwar die Klimaziele einhalten könnten, dass wir dafür aber bundesweit 30 bis 70 neue Atomkraftwerke bräuchten. Jedes Kind sieht doch ein, dass es so nicht geht. Gleichzeitig kann auch mit Energieeinsparung, effizienterer Energienutzung und einem zielgerichteten Ausbau erneuerbarer Energien deutlich mehr Nachhaltigkeit erreicht werden.

Mit dem Märchen, dass Bayern bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien führend ist, müssen Sie, Herr Staatsminister, auch einmal Schluss machen. In Bayern kommen bei der Stromerzeugung 18% aus erneuerbaren Energien. Der überwiegende Anteil – über 90% – kommt aus der Wasserkraft, in der Regel aus großen Wasserkraftwerken. Mecklenburg-Vorpommern dagegen hat 23% aus erneuerbaren Energien. In Schleswig-Holstein liegt der Anteil aus erneuerbaren Energien, bezogen auf den eigenen Stromverbrauch, bei 25%. Bayern liegt mit 18% lediglich an dritter Stelle. Demnächst wird es von Niedersachsen überholt werden. Auch hier sollten Sie einmal sehen, wohin Ihre Politik geführt hat.

Nun zum Ziel, Bayern solle beim Flächenverbrauch sparsamer umgehen. In der Anhörung haben alle Verbände gesagt, dass mit dem, was im LEP steht, beim Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsprojekte keine Trendwende möglich sein wird. Wir haben zum Beispiel gefordert, dass bei Gewerbeflächen eine echte Bedarfsprüfung stattfindet und dass die Bezirksregierungen dazu eingeschaltet werden. Sie schreiben zwar vor, die Gemeinden hätten zu prüfen, ob das Gewerbegebiet auch in alter Bausubstanz oder auf kontaminierten Flächen errichtet werden kann.

Es wird aber immer billiger sein, das Gewerbegebiet auf der grünen Wiese zu bauen. Dort gibt es ganz andere Baulandpreise und ganz andere Erschließungskosten. Insbesondere die Sanierungskosten fallen dabei weg. Keine Gemeinde wird unter diesen Bedingungen Flächenrecycling machen. Der Flächenverbrauch wird also weiterhin zunehmen. Hier fehlen klare Ziele. Wir haben zum Beispiel gefordert, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf ein Viertel zu reduzieren. Der Bund Naturschutz hat in einer Petition eine Null-Netto-Bilanz bis zum Jahr 2010 gefordert. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, für

das es sich wirklich zu streiten lohnte. Es wäre sinnvoll gewesen, dafür Rahmenbedingungen ins LEP aufzunehmen.

In diesem LEP fehlt eindeutig auch eine klare Aussage zu einer umweltfreundlichen und nachhaltigen Form der Agrarproduktion, die wir gefordert haben. Der Öko-Landbau ist ganz klar die nachhaltigste Form der Agrarproduktion. Dort gibt es keine Überdüngung von Böden. Dort wird der Klimafaktor Lachgas nicht in einem solchen Ausmaß produziert. Außerdem ist der Öko-Landbau die geeignetste Produktionsform für Grund- und Trinkwasserschutz, für Artenvielfalt und gesunde Lebensmittel. Das wollen Sie aber nicht zur Kenntnis nehmen. Gesunde Ernährung ist nun wirklich Teil einer nachhaltigen Entwicklungspolitik für Bayern.

(Freiherr von Rotenhan (CSU): Die Leute werden auch immer älter!)

– Sie werden immer älter, hoffentlich werden sie auch glücklicher.

In einem eigenen Kapitel wird der Ausbau der Gentechnik gefordert. Schon jetzt sind 10% der Lebensmittel in Bayern mit Gentechnik kontaminiert. Die Zahlen habe ich in der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage an das Sinner-Ministerium bekommen.

Und da wollen Sie noch weiter auf Ausbau setzen, wenn das doch schon derzeit nicht mehr kontrollierbar ist, ganz abgesehen von den unzähligen Freisetzungen in Bayern.

Herr Dr. Schnappauf, wir begrüßen es ohne Zweifel, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Hochwasserschutz ausgewiesen werden können; das ist richtig so. Wir haben aber ergänzend Vorranggebiete auch zur Stärkung des Naturschutzes und der Landschaftspflege gefordert. Aber das hat die CSU-Mehrheit klar abgewiesen. Gleichzeitig sehen Sie Vorrangflächen für den Raubbau an der Natur vor, nämlich beim Kiesabbau. Für den Schutz der Natur und der Landschaft, wie das beispielsweise von der EU eingefordert wird, lassen Sie jegliche Zielsetzung vermissen. Auch bei den flussökologischen Gesamtkonzepten für Main und Donau setzen Sie weiter auf Ausbau, Staustufen- und Flussbegradigungen. Das hat mit Nachhaltigkeit und langfristigem Hochwasserschutz nichts zu tun.

Ein weiterer Punkt, den wir noch in Erwägung ziehen müssen, ist die Verankerung der Alpenkonvention im LEP. Nur auf Druck kam die Ergänzung „im Sinne der Alpenkonvention“ in die Begründung. Konkrete Rahmenbedingungen aber, um die Protokolle der Alpenkonvention wirklich in der Landesentwicklung zu verankern, sind ausgeblieben. So ist der Bau neuer, hochrangiger Straßen für den alpenquerenden Verkehr weiterhin möglich. Die Zone C im Alpenplan wurde nicht, wie notwendig, ausgeweitet. In den Skitourismus kann weiterhin investiert werden, in Kunstschneeanlagen, in Bergwaldrodungen, und zwar auf Kosten der Gemeinden und der Menschen, die dort leben und jetzt schon in den meisten Kommunen hochverschuldet sind. Sie hätten hier in der Siedlungspolitik ganz klare Rahmenbedingungen schaf-

fen müssen, um den Klimaschutz voranzubringen, weitere Klimaänderungen zu verlangsamen, dies auch, um die Kommunen vor Fehlinvestitionen zu bewahren.

Herr Umweltminister Dr. Schnappauf, wir ziehen das Fazit: Dieses LEP ist trotz vollmundiger Ankündigungen Ihrerseits kein Landesentwicklungsprogramm, das die Nachhaltigkeit für die Zukunft festschreibt. Dieses Ziel wurde glatt verfehlt. Sie hätten die Chance gehabt, in der Landesplanung vorbildliche und mutige Maßstäbe zu setzen, aber diese Chance wurde vertan. Da hilft es auch nicht, wenn Sie anlässlich Ihres Kurzbesuchs in Johannesburg auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung Bayern als die vorbildliche nachhaltige Region hingestellt haben. Das stimmt einfach nicht, und das wird für die Zukunft noch weniger gelten.

Die Staatsregierung hat Bayern mit diesem LEP ins Abseits gestellt – auf Kosten von Mittelstand, Umwelt und Lebensqualität. Daher ist dieses Landesentwicklungsprogramm kein Programm für eine Zukunft mit Qualität, für eine nachhaltige Zukunft, und wir sehen uns dazu veranlasst, es abzulehnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Hofmann.

(Kaul (CSU): Jetzt wird es endlich ein bisschen vernünftig!)

Hofmann (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratung über den heute aufgerufenen Verordnungsentwurf der Bayerischen Staatsregierung zum LEP hat in den Ausschüssen des Bayerischen Landtags vernünftigerweise viel Zeit in Anspruch genommen. Herr Minister, das Kompliment, das Sie an den Ausschussvorsitzenden und die Ausschussmitglieder ausgesprochen haben, kann ich sowohl an Sie als auch an die Mitarbeiter Ihres Hauses zurückgeben, an Herrn Goppel mit seinen Frauen und Männern, die immer mit ihrer Sachkunde zur Verfügung standen, wenn sehr schnell schwierige Fragen gemeinsam diskutiert werden mussten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Wörner, Sie haben moniert, dass die CSU immer von Jammertal spricht und draußen selbst ein Jammertal erzeugt. Herr Kollege Wörner, dieser Vorwurf richtet sich an die falsche politische Seite. Wir nehmen Stellung zu Zahlen und Fakten und stellen fest, dass wir den weitaus größten Teil der Bevölkerung hinter uns haben, wenn es darum geht, die Politik in Berlin zu beurteilen. Herr Kollege Wörner, das sehen nicht nur wir so, sondern das sieht auch Ihre eigene Partei so. Der bayerische SPD-Chef Hoderlein hat gesagt, er beobachte tägliches Themenhopping; auf immer neue Hiobsbotschaften folge ein vielstimmiger Chor unausgegorener Reaktionen, es fehle der nachvollziehbare Grundgedanke bei der Bundespolitik, die in Berlin verantwortet werde.

(Kaul (CSU): Das ist die Nachhaltigkeit!)

Herr Hoderlein weist darauf hin, dass das Herumgewurstele und das Fehlen eines zusammenhängenden Konzepts, wie man aus der Krise herauskomme, das Vertrauen der Bevölkerung in die Bundespolitik nicht nur in Frage stelle, sondern sogar erschüttere.

(Kaul (CSU): Ein guter Kommentar!)

Wo der Oberfranke Hoderlein Recht hat, da hat er Recht.

Wir haben bei den Beratungen des LEP teilweise den Eindruck bekommen können, dass sich die Kollegen der SPD und der GRÜNEN krampfhaft um Formulierungen bemühen.

(Dr. Kaiser (SPD): Krampfhaft machen wir gar nichts! – Frau Radermacher (SPD): Wir sind nämlich locker!)

– Herr Kollege Dr. Kaiser, Sie haben das Glück, nicht im Umweltausschuss für die SPD sein zu müssen. Es widerspricht nicht meiner Auffassung, wenn gelegentlich einige von Ihnen locker sind.

(Frau Radermacher (SPD): Was jetzt, locker oder verkrampt?)

Wir mussten auch feststellen, dass Aufstufungen für Mittelzentren beantragt wurden. Als wir den Kolleginnen und Kollegen empfohlen haben, in das LEP hineinzuschauen, damit sie feststellen können, dass ihr Antrag längst erfüllt ist, hat großes Staunen eingesetzt.

(Frau Deml (CSU): Rückstufung hätten die gemacht!)

Das LEP im Freistaat Bayern hat sich bewährt. Es ist ein querschnittsorientiertes Programm und umfasst praktisch alle Lebens- und Politikbereiche. Nachhaltiges Handeln der Wirtschaft stellt eine Herausforderung für die ganze Politik dar.

Ich will nur vorsorglich darauf hinweisen: Die neu beantragten so genannten Indikatoren haben wir nicht deswegen nicht aufgenommen, weil wir sie gering schätzen, sondern weil sie seit vielen Jahren in einer kompakten Broschüre des Umweltministeriums zusammengefasst und uns zur Verfügung gestellt sind. Selbst wenn wir dem unsinnigen Antrag zugestimmt hätten, dieses in das LEP aufzunehmen, dann – davon bin ich fest überzeugt – hätten Sie es noch nicht einmal gelesen und in fünf Jahren wieder genau dieselben Fragen und Anträge gestellt. Es wäre vernünftig, zum Beispiel den Raumordnungsbericht gelegentlich zu lesen, um die Entwicklungen im Freistaat Bayern sachgerecht zu beurteilen.

Ich bedaure außerordentlich, dass Herr Kollege Maget zur Kandidatur gezwungen wird,

(Lachen bei der SPD)

weil ein Oberfranke, der es könnte, nicht darf.

(Widerspruch bei der SPD)

Das ist für die Oberfranken schicksalhaft. Ich danke meiner Fraktion dafür, dass ich als gebürtiger und lebender Oberfranke, allen Schlagzeilen der letzten Tage zum Trotz, für die CSU zum LEP sprechen darf.

(Heiterkeit bei der CSU)

Herr Maget hat in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass die heutige Beratung des LEP und die Beschlussfassung darüber einen Tag der verpassten Zukunftschancen darstellt.

Wenn der, der die Opposition in Bayern als Kandidat anführen will, das LEP so wichtig nimmt, dann stünde es ihm auch als Fraktionsvorsitzender der SPD sehr gut an, wenigstens stundenweise an der Diskussion und der Beratung teilzunehmen.

(Beifall bei der CSU – Odenbach (SPD): Schauen Sie doch einmal auf die Regierungsbank!)

Weil er das nicht tut, muss man versuchen, sein Informationsdefizit wenigstens über das Protokoll ein wenig zu beheben. Er hat nämlich darauf hingewiesen, dass unter anderem aufgenommen werden sollten die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Anziehungskraft der Frankfurter Rhein-Main-Region auf Aschaffenburg und das gesamte östliche Unterfranken. Gleiches gilt für die Entwicklungsachse Coburg/Suhl in Thüringen und den Bereich Hof/Plauen in Sachsen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer so indifferent – und ohne Fakten zur Kenntnis zu nehmen – Forderungen stellt, der hat das Klassenziel, im Bayerischen Landtag verantwortliche Politik zu machen, verfehlt.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen: Auf vielen Seiten im Raumordnungsbericht wird differenziert auf die Entwicklung im Freistaat Bayern eingegangen. Herr Maget sagt zwar, man darf keine Karten zeigen, aber in diesem Bericht wird eine institutionalisierte grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Form einer Karte dargestellt. Das gilt für die Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen, Sachsen, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, der Ukraine, Rumänien und Oberösterreich. In einer Auflistung wird darauf hingewiesen, welche Kommissionen es gibt. Da ist von der Raumordnungskommission, der Arbeitsgemeinschaft Donauländer, der ARGE Alpen und der internationalen Bodenseekonferenz – um nur einige zu nennen – die Rede.

(Unruhe bei der SPD)

– Sie können sich darüber ruhig lustig machen; damit zeigen sie im Grunde genommen, dass Sie an einer ernsthaften Diskussion über die Landesentwicklung in Bayern kein Interesse haben.

Als Umweltminister Dr. Schnappauf, den man dafür ausdrücklich loben muss, am 15. Februar 2001 sein Indika-

torensystem vorgestellt hat, hat er besonders darauf hingewiesen, dass Indikatoren im Rahmen einer lokalen Agenda finanziell unterstützt werden. Hören Sie gut zu: Es gibt gemeinsame Projekte der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen und Bayern sowie Pilotprojekte der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen und Bayern. Ich will aus Zeitgründen nicht näher darauf eingehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle denkbaren und notwendigen Hausaufgaben sind gemacht. Das LEP ist sicherlich kein Neuland; es ist ein zukunftsorientiertes Gesamtkonzept, weil es am Bewährten festhält, aber zukunftssträchtige Perspektiven so einarbeitet, dass Landesentwicklung in Bayern auch für kommende Generationen weder Abfallaltlasten noch Abwasseraltlasten hinterlässt und stattdessen freie Optionen für zukünftige eigenständige Entscheidungen ermöglicht.

Wir sind uns darin einig, dass in Bezug auf Flächennutzung, Flächenrecycling und Verhinderung von zusätzlicher Bodenversiegelung im Freistaat Bayern die Kommunen und Regierungen mit uns an einem Strang ziehen müssen. Wir sind uns auch einig darin, dass kommunale Kooperationen nicht nur der Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit dienen und Ressourcen an Grund und Boden schonen, sondern auch die Verkehrsflächen optimieren. Allerdings sind kommunale Kooperationen nichts Neues. Kommunale Kooperationen stellen für uns in Bayern in der Zwischenzeit eine Selbstverständlichkeit dar. Der Regierungspräsident von Oberfranken hat vor wenigen Tagen in einer umfassenden Besprechung mit Bürgermeistern aus Oberfranken diesen Themenkomplex behandelt und aufgearbeitet. Die kommunalen Spitzenverbände haben uns in der Anhörung signalisiert, dass sie der Angelegenheit abgeschlossen gegenüberstehen.

Aber – auch das sage ich dazu –: Bei 2059 selbstständigen Gemeinden und dem durchaus vorhandenen Wettbewerb, der unter ihnen herrscht, ist das Lippenbekenntnis gelegentlich etwas entfernt von der tatsächlichen Entscheidung in den zuständigen Gemeindegremien. Die Planungshoheit und damit auch die Planungsverantwortung haben die Gemeinden. Allerdings wird mit der ständigen Wiederholung des Vorwurfs des übermäßigen Flächenverbrauchs in Bayern nicht viel bewegt, weil differenziert diskutiert werden muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem manche von Ihnen in den zurückliegenden Jahren den nahezu ungezügelten Zuzug gepredigt haben, müssen wir jetzt feststellen, dass Bayern im Gegensatz zum Beispiel zu Niedersachsen enorm an Bevölkerung zugenommen hat, nämlich innerhalb der letzten zwölf Jahre um mehr als eine Million Einwohner. Wer weiß, dass die Bevölkerungszahl 2001 um 99 000 Personen zugenommen hat, muss sich auch damit auseinandersetzen, dass diese rund 100 000 Menschen bei einer unterstellten Wohnfläche von 40 Quadratmetern pro Person insgesamt 4 Millionen Quadratmeter Wohnfläche in Anspruch nehmen und dass man dafür rund 35 000 bis 40 000 Wohnungen oder Bauplätze braucht, wobei jeder Bauplatz rund 500 bis 600 Quadratmeter umfasst. Frau Kollegin Paulig und Herr Kollege Wörner, wenn es dann

darum geht – – Zu meinem großen Leidwesen suche ich Frau Kollegin Paulig vergeblich.

(Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Besuchergruppe – sie kommt gleich wieder!)

– Auf geht's, Runge, such sie.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich muss feststellen, die 35 000 Wohnungen brauchen eine Verkehrserschließung, und 100 000 Einwohner werden möglicherweise eine Kfz-Quote von 35% bis 40% haben, also 35 000 bis 40 000 Autos besitzen. Wenn jedes Auto 10 000 Kilometer fährt, dann werden 400 Millionen Kilometer gefahren. Das bedeutet natürlich einen zusätzlichen Ausstoß, weil ohne Treibstoff nicht gefahren werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum sage ich das? –

(Dr. Hahnzog (SPD): Das fragen wir uns auch!)

– Nachdem uns Herr Kollege Dr. Hahnzog auch einmal die Ehre gibt, rede ich für den Kollegen Dr. Hahnzog ganz langsam.

(Unruhe bei der SPD)

– Ich höre Herrn Kollegen Dr. Hahnzog immer sehr aufmerksam zu. Der Freistaat Bayern hat, was den Ausstoß an klimaschädlichen Gasen anbelangt, im Wesentlichen seine Hausaufgaben gemacht.

(Frau Narnhammer (SPD): Eben nicht!)

– Sie können das nicht wissen, aber ich verüble es Ihnen nicht. Der Ausstoß an umweltschädlichen Gasen liegt in Bayern im Durchschnitt bei sieben Tonnen, im Bundesdurchschnitt bei 11 Tonnen und im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen bei 17 Tonnen. Das ist der Unterschied zwischen rot-grün regierten und schwarz regierten Ländern.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wenn wir über eine vernünftige Umweltpolitik reden, dann will ich es mir nicht versagen, darauf hinzuweisen, wieviel Landschaftsverbrauch und Landschaftsverchandlung Sie wegen der Unterstützung der Steinzeitenergie Kohle zu verantworten haben.

In Nordrhein-Westfalen – Garzweiler II – müssen mehr als zehn Ortschaften abgesiedelt werden, 5000 Menschen werden umgesiedelt. Dort wird auf einer Fläche von 48 Millionen Quadratmetern Kohle abgebaut. Jedes Jahr müssen dort, um die Biotopie außen herum sicherzustellen, 85 Millionen Kubikmeter Grundwasser und anderes Wasser zugeführt werden. Das sind Eingriffe in Natur und Landschaft für einen Energieträger, der als steinzeitlich zu bezeichnen ist.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Grundsätze und die Ziele bayerischer Landesentwicklung sind vielseitige und qualifizierte Angebote an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Ich will nicht wiederholen, was Herr Minister Schnappauf richtigerweise, auch im Zusammenhang mit Oberfranken, angesprochen hat. Die Förderung und Unterstützung der kommunalen Zusammenarbeit beginnt nicht erst heute, sondern ist bereits bei den Kommunen, die fortschrittlich denken und arbeiten, gängig. Mit einer Nebenbemerkung möchte ich auch auf Ihre Verantwortung hinweisen: 55% der kommunalpolitisch Verantwortlichen gehören – warum auch immer – nicht der CSU an, das heißt, Sie haben damit eine große Chance, Ihre eigenen Leute dafür zu gewinnen, die Kooperationen im kommunalen Bereich zu unterstützen.

Wir haben, was das Flächenrecycling anlangt, keine Belehrung notwendig, obwohl wir gern lernen, wenn es sich lohnt. Es war die CSU-Fraktion, die die Staatsregierung aufgefordert hat, ein modellhaftes Konzept zum Flächenrecycling, zum Beispiel in der Stadt Nürnberg, zu entwickeln, Fördermaßnahmen, Altlastensanierung, Abbruchmaßnahmen und Erschließung zu kombinieren und so zu handhaben, dass daraus ein insgesamt griffiges Instrumentarium wird. Wir werden dafür Sorge tragen – wenn die Kommunalpolitiker mitziehen –, entscheidende Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass andere willige Kommunen mit guten Modellen nachziehen können.

Wir haben einen umweltfreundlichen Energiemix. 81% der Energie, die wir im Freistaat Bayern verbrauchen, ist CO₂-neutral. Zu dem Antrag, der heute mit zur Abstimmung steht, Bayern solle ein Energiekonzept unter Verzicht auf Kernenergie, Steinkohle und Braunkohle entwickeln, will ich Ihnen sagen: Erstens kann Bayern dieses Konzept nicht entwickeln, denn die Absprachen, die mit den Kraftwerksbetreibern getroffen worden sind, gelten bundesweit, und zweitens ist die Lage in der Bundesrepublik Deutschland so, dass genau 86% des Stroms, der gewonnen wird, aus den Energiequellen stammt, die Sie im Freistaat Bayern beseitigt haben wollen. Dass Sie damit natürlich nicht in der Lage sein werden, eine vernünftige Umweltpolitik zu betreiben und gleichzeitig den Industriestandort Bayern erfolgreich in die Zukunft zu führen, versteht sich von selbst; denn ein vernünftiger Energiemix, der sich in einem vernünftigen Preis und in Versorgungssicherheit niederschlägt, ist ein wichtiges Kriterium auch für die Zukunftsentwicklung eines Landes.

Damit es keinen Zweifel gibt: Die CSU-Fraktion steht nicht nur zu erneuerbaren Energien. Ich glaube nicht, dass es ein Land gibt, das in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit größere Leistungen erbracht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die CSU-Fraktion steht auch dazu, wenn sich regionale Planungsverbände in ihren Gebietskörperschaften dafür aussprechen, Windkraftanlagen zu errichten. Nur sage ich Ihnen: Viele wären froh darüber, wenn sie bei der Windkraftenergie auf dem Lande die Zustimmung hätten, wie wir sie damals in Ingolstadt hatten, als es um das FOC gegangen ist, nämlich 80%. Herr Kollege

Hoderlein, ich gebe Ihnen den guten Rat: Wenn Sie gelegentlich wieder in Ihren eigenen Stimmkreis kommen, setzen Sie sich mit den Leuten auseinander. Auch für mich gilt: Ich stehe zur Windkraft, weil es eine schadstofffreie Energie der Zukunft darstellt. Aber die Akzeptanz der Bevölkerung muss sichergestellt werden können, und die Anlage darf sich nicht nur für die Investoren oder die Verpächter der Grundstücke rechnen; nach meiner Überzeugung muss sich ein Eingriff in Natur und Landschaft auch in Bezug auf die Energieleistung der installierten Windkraftanlage rechnen. Nur dann ist der Eingriff gerechtfertigt.

Zum Themenkomplex Kommunen, weil auch heute angesprochen worden ist, der Freistaat Bayern lasse seine Kommunen im Stich: Herr Kollege Hoderlein ist in einem lesenswerten Artikel zitiert worden, er weise den Vorwurf, der Bund treibe die Kommunen in die Pleite, zurück, da der direkte Partner der Kommunalfinanzen der Freistaat Bayern und nicht die Bundesregierung sei. So kann man sich als Landespolitiker im Freistaat Bayern auch seiner politischen Verantwortung gegenüber dem Bund entziehen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

– Ich komme gleich darauf zu sprechen.

Alle Fehler und Versäumnisse in Berlin kann der Freistaat Bayern mit eigenen Finanzmitteln nicht ausgleichen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abgeordneten Radermacher (SPD))

– Frau Kollegin Radermacher, wenn Sie darüber mit Ihrem bekannten Charme jammern, dann empfehle ich Ihnen: Lesen Sie doch zum Beispiel auch einmal die Informationsbriefe des Bayerischen Städtetags. Sie sind es doch, die Herrn Deimer immer so gern zitiert. Herr Deimer sagt, Schuld an der ruinösen Finanzlage der Kommunen sei auch der Bundesfinanzminister

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch!)

– ja, ich komme gleich dazu –

der die Gewerbesteuerumlage von 20 auf 28 Punkte erhöht. Er weist dann darauf hin, Bund und Land hätten den Kommunen zusätzliche Aufgaben in die Schuhe geschoben. Stichworte dazu sind die Grundsicherung und die Beteiligung der Kommunen an den Kindergeldzahlungen. Dagegen aber seien die vom Freistaat Bayern ausgelösten Zusatzkosten für die Kommunen im Schulbereich, durch die Nachmittagsbetreuung, Schulsozialpädagogen und Lehrpersonalkosten absolut gesehen eher gering.

Ich lasse das so stehen und habe die herzliche Bitte, wenn wir gemeinsam über Konnexität reden: Wir als CSU-Fraktion haben uns dazu durchgerungen – es war nicht einfach, auch für mich war es nicht einfach –, und wir werden dieses Prinzip verwirklichen. Ich habe die

herzliche Bitte an Sie, die Sie noch eine bestimmte Zeit in Berlin regieren werden, dafür Sorge zu tragen, dass Konnexität nicht nur zwischen dem Land und den Kommunen gilt, sondern dass Konnexität auch in den Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen gilt. Nur dann sind wir gemeinsam in der Lage – Sie und wir –, den Kommunen die Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, die sie brauchen, um ihre eigenen Aufgaben vernünftig zu lösen.

Wir sind in Bayern – so meine ich – gut aufgestellt.

Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit, die höchste Handwerkerdichte, die geringste Neuverschuldung, die geringste Sozialhilfedichte, die höchste Wirtschaftsleistung, und mit der Kriminalität – –

(Hoderlein (SPD): Höchste Wirtschaftsleistung?)

– Mit unserer Wirtschaftsleistung liegen wir an der Spitze der Flächenländer – pro Einwohner.

(Hoderlein (SPD): An fünfter Stelle!)

– Ich zeige es Ihnen dann, Herr Kollege.

Mit der Kriminalität liegen wir am Ende der Skala, mit dem Finanzmitteleinsatz für Schule und Bildung an der Spitze, und wir haben ein Bildungsniveau, das sich im bundespolitischen Vergleich nicht nur sehen lassen kann, sondern an der Spitze ist. Im zukunftsentscheidenden Bereich Forschung und Entwicklung arbeiten 5,4% unserer Beschäftigten, in Niedersachsen 3,7%, in Nordrhein-Westfalen 2,6% und in Schleswig-Holstein nur 1,8%. Bei den Patentanmeldungen, meine Damen und Herren, liegen wir im Freistaat mit 119 pro 100 000 Einwohner einsam an der Spitze; Niedersachsen folgt mit 41, Nordrhein-Westfalen mit 55 und Schleswig-Holstein mit 24.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Hofmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Paulig?

(Willi Müller (CSU): Die war doch nicht da!)

Hofmann (CSU): Nachdem sie mich mit ihrer Abwesenheit gestraft hat, lasse ich mir von ihr auch meine Zeit nicht stehlen.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie stehlen uns seit einer dreiviertel Stunde die Zeit!)

– Ich rede erst eine halbe Stunde.

Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht überraschen: Die CSU-Landtagsfraktion stimmt dem Verordnungsentwurf auf der Grundlage der Zweitberatung des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen vom 4. Dezember 2002 und 9. Januar 2003 zu mit der Maßgabe, die in einzelnen Beschlussempfehlungen enthaltenen Änderungen bei Erlass des LEP durchzuführen und die Protokollerklärung der mit

dem Antrag befassten Ausschüsse zur Kenntnis zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme nun zum Themenkomplex der heute aufgerufenen Anträge. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir nicht in die Einzelberatung eintreten werden, nachdem die Fachausschüsse beraten haben, sonst hätte die Beratung der Fachausschüsse keinen Sinn.

Ich will nur darauf hinweisen, dass wir – auch wenn hart darüber diskutiert worden ist – am Vorrang für den Flughafen München festhalten. Wir halten deshalb daran fest, weil wir künftigen Generationen eigene Optionen offen lassen und ihnen keinen Weg verbauen wollen. Dieser Vorrang ist keine Festlegung auf die so genannte dritte Startbahn. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Planungsausschussmitglieder der Stadt München haben sich für den Verbleib dieser Vorrangformulierung ausgesprochen.

Wir haben aber im Zusammenhang mit der heute zu behandelnden Petition festgestellt, dass die Begründung zu dieser Eingabe als Material von der Staatsregierung übernommen werden muss, weil es unterschiedliche Prognosen gibt. Die Vertreter der Gemeinde Eitting weisen auf Gutachten hin, wonach der Verkehrsflughafen München bereits jetzt in der Lage sei, 39 Millionen Passagiere abzufertigen. Sie stellen die Behauptung auf, dass ein System im Aufbau sei, mit dem man in Zukunft am Flughafen München ein Fluggastaufkommen von 50 bis 60 Millionen Fluggäste pro Jahr bewältigen könne. Für den Fall, dass dies zutrifft – mir soll das Recht sein –, spielt das Vorranggebiet im Zusammenhang mit den zu beratenden Anträgen keine große Rolle.

Den Antrag auf Drucksache 14/10809 lehnen wir ab. Er strotzt vor Selbstverständlichkeiten, ist teilweise vom vorhandenen LEP abgeschrieben, und er beinhaltet Forderungen, die längst erledigt sind. Manche Dinge würde ich, wenn wir nicht im Parlament wären, als Unsinn bezeichnen. Manches ist auch nicht nachvollziehbar.

Wir lehnen den Antrag auf Drucksache 14/10290 ab. Der Schienenverkehr ist, so stelle ich fest, für viele ein Lippenbekenntnis. Wenn es aber darum geht, die Bahn mit einer Schnellverkehrsstrasse zu ertüchtigen, sind sie an der Spitze der Bürgerinitiativen, die dagegen sind. Das gilt auch für die ICE-Aus- und Neubaustrecke zwischen Nürnberg – Forchheim – Bamberg – Coburg – Berlin.

Für mich und die CSU-Fraktion gibt es keinen Zweifel, dass Rot-Grün klarstellen muss, was das Gutachten des Bundesverkehrsministeriums bedeutet. Kollege Maget hat erklärt, dass alle Fakten im Zusammenhang mit dem ICE-Ausbau so überzeugend gewesen seien, dass er angepackt und vorangetrieben werden müsse.

Mit der vierten Gesamtfortschreibung des LEP nehmen wir die Herausforderungen des beginnenden 21. Jahrhunderts an. Das Ziel der Nachhaltigkeit ist durchgängig. Wir reagieren nicht nur auf die Osterweiterung, sondern stärken auch mit Finanzen und dem Ausbau der Infrastruktur unsere Volkswirtschaft, die mit anderen Volkswirtschaften konkurrieren muss. Hauptziel bleibt die

Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in unserem Land.

Das zu beschließende LEP stellt eine systematische Weiterentwicklung erfolgreicher bayerischer Landesentwicklungspolitik dar. Es baut auf Bewährtem auf. Alle Vergleichszahlen mit dem Bundesgebiet, die in Bayern verfügbar sind, belegen das. Deshalb stimmt die CSU-Fraktion dem Verordnungsentwurf mit Überzeugung zu.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hartenstein.

Hartenstein (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine zentrale Aufgabe der Gesamtfortschreibung des LEP ist es, das Prinzip der Nachhaltigkeit in die Raumplanung einzuführen. So heißt es im vorliegenden Antrag der Staatsregierung. Ökologie, Ökonomie und Soziales/Kultur sollen dabei gleichrangig nebeneinander stehen.

Gelungen ist dem Umweltministerium lediglich die Einführung des Begriffs „nachhaltig“ in den Antragstext. Eine Gleichwertigkeit der drei genannten Säulen bei den geforderten Vorhaben dagegen kann nur selten registriert werden. Das soll heißen: Trotz aller Formulierungskünste wird bei der Raumentwicklung in Bayern auch in Zukunft der Ökonomie der Vorrang eingeräumt. Sich bietende Entwicklungschancen sollen voll ausgeschöpft werden, mögliche Risiken für Mensch, Tier und Umwelt oder sogar bewiesene Gesundheitsschäden bleiben dabei weitgehend unberücksichtigt. Zwei Beispiele sollen das exemplarisch belegen.

Erstens. Bauleitplanung im Umfeld von Flugplätzen: Es liegt, meine Damen und Herren, in der Kompetenz der Staatsregierung, zur Lenkung der Bauleitplanung bei Flughäfen und -plätzen Lärmschutzbereiche festzulegen. Als Orientierungswerte liegen hierzu Ergebnisse einer vom Umweltbundesamt, UBA, im letzten Jahr veröffentlichten Studie über die gesundheitlichen Auswirkungen von Fluglärm vor. Darin heißt es unter anderem sinngemäß:

Bei Fluglärmbelastungen von 60 dB(A) tags und 50 dB(A) nachts sind Gesundheitsbeeinträchtigungen zu befürchten, bei jeweils 5 dB(A) mehr bereits Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Trotz dieser klaren Aussagen sieht das LEP folgende Nutzungskriterien vor: Bei Militärflugplätzen Wohnraumnutzung bis 67 dB(A) und uneingeschränkte gewerbliche und industrielle Nutzung bis 75 dB(A), sowie bei Verkehrsflughäfen Wohnraumnutzung bis 62 dB(A) und uneingeschränkte gewerbliche und industrielle Nutzung bis 65 dB(A).

Im Klartext heißt das: Im Umfeld von Flughäfen und insbesondere von Militärflugplätzen werden in Bayern aus rein wirtschaftlichen Gründen Gesundheitsbeeinträchtigungen und -schäden einfach billigend in Kauf genommen. Mein Antrag, den Werten der UBA-Studie Rech-

nung zu tragen, ist im Umweltausschuss mit der Stimmen der CSU-Fraktion leider abgelehnt worden.

Zweitens. Ausbau der Mobilfunknetze: Seit Jahren wächst der Widerstand gegen den Ausbau der Mobilfunknetze.

Die Gründe: Immer mehr Menschen klagen im Umfeld der Sendeanlagen über Schlafstörungen, Bluthochdruck, Herzrhythmusstörungen, Ohrrauschen usw. Immer häufiger werden Ergebnisse neuer Studien veröffentlicht, in denen Zusammenhänge zwischen der Einstrahlung elektromagnetischer Felder und entsprechenden biologischen Effekten dargestellt werden. Immer öfter erheben kritische Wissenschaftler und Ärzte während den Finger, so zuletzt eine unabhängige Gruppe von Wissenschaftlern in der sogenannten Catania-Resolution oder zahlreiche Ärzte im sogenannten Freiburger Appell.

All diese Entwicklungen sind der Staatsregierung hinreichend bekannt. Und dennoch äußert sich Staatsminister Erwin Huber ungeniert am 15. 10. 2002 auf der Technologiemesse „Systems“ in München undementiert:

Wir werden alles tun, was Gott uns erlaubt, und auch manches, was er verbietet, um diese Innovation voranzubringen. In Kürze werden wir deshalb mit den Mobilfunkbetreibern einen Rahmenvertrag zur Nutzung staatlicher Gebäude und Grundstücke als Antennenstandorte abschließen.

(Hoderlein (SPD): Wenn das der liebe Gott erfährt!)

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Was könnte den Vorrang wirtschaftlicher Gesichtspunkte bei der Einführung neuer Technologien in Bayern besser belegen als dieses Zitat von Herrn Staatsminister Huber? –

Der angesprochene Rahmenvertrag ist zwischenzeitlich abgeschlossen, ganz im Sinne der Vorgabe des LEP. Dort heißt es: „Die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten soll flächendeckend sichergestellt werden.“ Mein Vorschlag im Umweltausschuss, die Ergänzung „Wohnortferne Antennenstandorte sind, wo immer möglich, anzustreben.“ einzuflechten, wurde leider mit den Stimmen der CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion abgelehnt.

Drittens. Ausbau des Mains und der Donau: Aber selbst auch dann, wenn sich erwartete ökonomische Daten nicht als richtig erweisen, hält die Staatsregierung an ihren Zielsetzungen fest. So sollen der Main und die Donau weiterhin „bedarfsgerecht und naturschonend“ ausgebaut werden. Von „bedarfsgerecht“ kann aufgrund der Umsatzzahlen in den betreffenden Häfen kaum, von „naturschonend“ schon ganz und gar nicht die Rede sein.

Leider habe ich nur fünf Minuten zur Verfügung. Ich gebe meinen weiteren Beitrag zu Protokoll. Ich wäre gerne auf ergänzende Punkte eingegangen.

(siehe Anlage 2)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die nächste Wortmeldung ist von Frau Kollegin Dr. Kronawitter.

Frau Dr. Kronawitter (SPD): Herr Präsident, Herr Minister, Kolleginnen und Kollegen! Ich komme auf ein Thema zu sprechen, das vielleicht manchen von Ihnen als Detail erscheinen mag, aber dieses Thema macht deutlich, dass eben nicht Nachhaltigkeit im Sinne der Rio-Definition, die Herr Minister Schnappauf vorhin zitiert hat, eingehalten wird. Ich meine das Vorranggebiet für den Verkehrsflughafen MUC. Es ist unter 1.6.3 festgelegt. Gegen dieses Vorranggebiet –, das müssen Sie wissen, wenn Sie namentlich abstimmen –, läuft die gesamte Region Sturm.

(Widerspruch des Abgeordneten Heike (CSU))

Ich finde: mit Recht. Die Petitionen, die Sie zu behandeln gehabt haben, mögen Ihnen ein Zeichen dafür gewesen sein.

Ich erinnere Sie: In zehn Jahren ist der Ersatzflughafen für München-Riem zu einem internationalen Großflughafen ausgewachsen. Für diese Entwicklung bedurfte es keiner Vorrangfläche. Der Terminal II wird jetzt fertiggestellt. Die Flugbetriebsfläche Ost und weitere Maßnahmen für die Entwicklung waren möglich, und es bedurfte keiner Vorrangfläche. Die beiden vorhandenen Startbahnen – Herr Hofmann, Sie haben es angesprochen – würden ein Passagieraufkommen von 50 Millionen möglich machen. Das wird uns von Fachleuten gesagt. Das ist eine gute Verdoppelung der Passagierzahlen.

Es kann auch nicht sein, dass diese Vorrangfläche notwendig wäre, um Flächen rund um den Flughafen freizuhalten. Die Bauleitplanung der Gemeinden sorgt dafür, dass diese Flächen bereits jetzt weitgehend freigehalten sind. Die Leute in der Region fragen: Warum bedarf es dieses Vorranggebietes, wenn es eigentlich keinen Grund dafür gibt? Ich sage Ihnen: Der Grund wird allseits genannt, und man kann ihn nicht weiter leugnen. Es ist die dritte Startbahn. Diese dritte Startbahn wird von der Lufthansa regelmäßig gefordert. Staatsminister Wiesheu dementiert dann ein bisschen, aber es glaubt kein Mensch mehr in der Region. Es bedarf eines Beweises, und den Beweis, Kolleginnen und Kollegen, können Sie heute antreten, wenn Sie in namentlicher Abstimmung gegen diese Vorrangfläche stimmen.

(Heike (CSU): Das ist aber sehr durchsichtig!)

Herr Minister, Sie haben gesagt, die Zukunftsvorsorge sei der rote Faden des LEP. Ich muss fragen: Wie ist es mit der Raumverträglichkeit dieser Maßnahme, die sie durchsetzen wollen? – Wenn Sie bei der Regel blieben, einen Gleichklang zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer und kultureller Verträglichkeit herzustellen, dann müssten Sie diese Vorrangfläche schnellstens streichen.

(Beifall der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben vorhin gehört, wie gut es den Kommunen unter der CSU-Staatsregierung geht. Ich finde es bemerkenswert, dass keine Vorbehaltsfläche – –

(Abg. Kaul (CSU) tritt ans Saalmikrofon, um eine Zwischenfrage zu stellen.)

– Es tut mir leid, ich habe keine Zeit, eine Zwischenfrage zu beantworten, weil ich nur sieben Minuten habe.

Es ist bemerkenswert, dass keine Vorbehaltsfläche, die auch möglich gewesen wäre, festgelegt wurde. Die Vorbehaltsfläche ist nämlich ein schwächeres Kriterium und ließe eventuell zu, dass die Bauleitplanung der Kommunen dies durchbricht.

(Hofmann (CSU): Wären Sie damit zufrieden?)

– Es wäre ein schwächeres Kriterium, und es ist wichtig, dieses anzusprechen.

(Hofmann (CSU): Warum haben Sie diesen Antrag nicht gestellt?)

Ich möchte noch auf einen Konflikt eingehen, den es offensichtlich im Ministerium für Landesentwicklung und Umweltschutz gibt. Das Landesamt für Umweltschutz hat, bezogen auf dieses riesige Gebiet, von dem wir jetzt reden, gesagt, dass es dort wertvollste Flächen mit landesweit, zum Teil europaweit bedeutsamen Pflanzen und Tieren gebe, also genau dort, wo das Vorranggebiet ausgewiesen und offensichtlich die dritte Startbahn gebaut werden soll. Das Landesamt hat dann konsequent gefordert, ein Schutzgebietsystem mit Niedermoorkernbereichen als Naturschutzgebiet, geschützte Landschaftsbestandteile und Wiesenbrüterflächen zu schaffen. Das ist interessant, Herr Minister. Wir können den skizzierten Konflikt lösen. Wir stimmen gegen die Vorrangfläche, dann haben Sie in Ihrem Haus ein Problem weniger.

(Beifall bei der SPD)

Nun komme ich zum zweiten Thema. Auf Antrag der GRÜNEN wird namentlich über ein Trassenteilstück der A 94 abgestimmt. Wir haben uns mit diesem Trassenteilstück im LEP schon zweimal befasst, jetzt ist es das dritte Mal. Es handelt sich also um ein altbekanntes Thema. Alle unsere Argumente gegen die Instrumentalisierung des LEP, um in einem Trassenstreit leichter bei Gericht Recht zu bekommen, gelten fort. Ich brauche diese Argumente nicht zu wiederholen. Man kann jetzt zusätzlich anführen, dass das Bundesverwaltungsgericht die Revision im Normenkontrollverfahren in dieser Frage zugelassen hat. Das Bayerische Landesverwaltungsgericht wird entscheiden. Kolleginnen und Kollegen, wir können dem Gericht Arbeit ersparen. Wenn wir die Bezeichnung „Trasse Dorfen“ aus dem LEP nehmen, dann ist das Gerichtsverfahren nicht nötig. Ich bitte Sie, in diesen beiden Fragen mit uns zu stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Kollegen Dr. Runge.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf einzelne Anträge von uns zu sprechen komme, solche, die wir herausgezogen haben, aber auch mehrere ganz neue, erlauben Sie mir einige grundsätzliche Worte zum Landesentwicklungsprogramm.

Hier haben wir es zum einen mit vielen schönen Zielerklärungen zu tun. Wenn wir diese Erklärungen aber an der Realität, am Handeln, an den Anträgen von Staatsregierung und CSU messen, dann sieht alles ganz anders aus. Daneben haben wir eine Reihe von Formulierungen, die wir nicht mittragen wollen und können.

Zunächst ein paar Sätze zur Wirtschaft. Im Grunde hätte man auch hierüber länger diskutieren müssen. Was hierüber im Landesentwicklungsprogramm steht, ist traditionell und altbacken, man findet überhaupt keine neuen Impulse. Es gibt lediglich einen Satz zu Dienstleistung, dafür aber reihenweise Aussagen zu den Bodenschätzen. Immerhin finden wir im Kapitel „Grundlegende Ziele“ und auch im Kapitel „Arbeitsmarkt“ – das können Sie im Kapitel „Nachhaltige gewerbliche Wirtschaft“ nachlesen –, dass jetzt endlich der Passus „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ gestrichen wird. Dieser Satz soll also endlich gestrichen werden.

Das Thema Mittelstand ist sehr spannend. Im Kapitel „Grundlegende Ziele“ haben wir eine Änderung. Vorher hieß es dort: „Die mittelständische Wirtschaftsstruktur soll erhalten und gestärkt werden“. Das wurde gestrichen, und wir verstehen sehr gut, dass Sie das streichen. Die Beispiele sind Ihnen bekannt: Dosenpfand, Großmärkte auf der grünen Wiese, Online-Aktivitäten der Staatsregierung, Bayerisches Weinabsatzförderungsgesetz. Überall findet sich Bürokratie pur oder eine Benachteiligung des Mittelstandes.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da waren Sie in Ihrem Programm wenigstens ehrlich.

Nun zu den einzelnen Anträgen zunächst zum Antrag zur A 94. Frau Kollegin Kronawitter hat das Thema bereits angesprochen: Wir beantragen, dass beim Spiegelstrich zur A 94 die Worte „auf der Trassenführung über Dorfen“ gestrichen werden. Am 17. Januar dieses Jahres hat das Bundesverwaltungsgericht den Weg freigemacht und das Ganze an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zurückverwiesen. Der hat jetzt die Frage zu klären, ob es in Ordnung ist, dass die Staatsregierung sich auf eine bestimmte Trassenführung über das Landesentwicklungsprogramm festlegt und damit Alternativlösungen erschwert.

Dazu muss man sagen, dass das Verfahren Jahrzehnte alt ist. Es ging in den Siebzigerjahren los, in den Neunzigerjahren gab es das vergleichende Raumordnungsverfahren. Nach diesem Verfahren ist es eindeutig so – das wurde auch von bayerischen Behörden bestätigt –, dass durch die Trasse Haag Anwohner und Umwelt weit weni-

ger belastet würden als durch die Trasse Dorfen. Ginge die Trasse über Haag, würde nur etwa die Hälfte der Menschen einer Lärmbelastung ausgesetzt, es würden weit weniger zusammenhängende Waldgebiete durchschnitten usw.

Trotzdem versteift sich die Staatsregierung seit Jahrzehnten auf die Trasse Dorfen und damit auf eine Trasse, die am Rand des Isentales führt. Mit dieser einseitigen Fixierung auf die Isental-Trasse wird eine zielführende Lösung, die den Belangen von Umwelt, Anwohnern und Autofahrern Rechnung trägt, weitgehend und immer wieder verhindert. Es wird mit Sicherheit weitere gerichtliche Auseinandersetzungen geben. Im Grund ist es immer das gleiche Spiel: Die Staatsregierung nimmt die Bevölkerung, die Anwohner, aber auch die Autofahrer in Geiselschaft, um dann besonders umweltfeindliche und besonders teure Lösungen durchzudrücken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb hier die Bitte, diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

Wir haben auch noch einmal den Dringlichkeitsantrag zu Kapitel B 5 „Nachhaltige technische Infrastruktur“ hochgezogen. Im Grunde ist das ein Sammelsurium. Dort finden wir Maßnahmen wie die Erweiterung am Flughafen München, wir finden den Flughafen Hof, den Flughafen Nürnberg und die beiden Trassenkorridore für den Transrapid. Hier knüpfe ich nun an den eben genannten Antrag an. Es ist besonders spannend, dass sich die Staatsregierung bei der A 94 auf eine einzige Trasse versteift, während wir beim Transrapid im Anhang 14 zwei Trassenkorridore finden. Dabei kommt die eine Trassierung von Haus aus nicht infrage, dennoch lässt man hier zwei Trassen zur Auswahl. In diesem Antrag haben wir auch das Vorranggebiet und die Erweiterungsflächen für den Flughafen München II.

Noch zwei Sätze zum Transrapid, nachdem ich vorhin leider nicht mehr reden durfte. Immer diese Mär vom „Adler“ 1835! Als ob man sich damals so verhalten hätte. Hier nochmal für all diejenigen, die diese Mär gepredigt haben, Herr Dingreiter ist im Moment leider nicht da: Der „Adler“ wurde ausschließlich privat finanziert. Wir haben über Finanzierung und über Finanzierungsabenteuer diskutiert. König Ludwig hat seine Verwaltung damals ermächtigt, aus dem Bestand des Centralindustriefonds zwei Aktien zu kaufen. Die wurden aber nicht gekauft. Es handelte sich um eine ausschließlich private Initiative.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Willi Müller (CSU): Es hat damals massiven, sinnlosen Widerstand gegeben!)

Sie aber reden immer vom Investieren und davon, etwas zu wagen. Sie wagen aber nur immer mit den Geldern anderer, mit dem Geld der Steuerzahler.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Willi Müller (CSU): Es geht nicht ums Geld, sondern um falschen Widerstand!)

Diese schönen Popanz-Lösungen, die Sie immer als Gemälde an die Wand knallen! Wenn es eine Express-S-Bahn gibt, dann muss es die Luxus-Express-S-Bahn sein, für die inzwischen eine Milliarde € veranschlagt wird. Vor einem Jahr waren es noch 500 Millionen €. Wir wollen eine ganz andere Lösung, die preisgünstiger und wesentlich schneller zu realisieren ist. Diese Taktik kennen wir von der Trasse München-Ingolstadt genauso wie von der Trasse Nürnberg-Erfurt. Ich könnte viele Beispiele dafür nennen, dass immer das Teuerste, die umweltschädlichste Variante genommen wird. Meist ist auch die Tunnelbau-Gang mit dabei. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, meine Damen und Herren.

Wir wollten uns aber vor allem noch einmal ausführlich über den Flughafen München II unterhalten. Frau Kollegin Kronawitter ist auf den Antrag der SPD-Fraktion eingegangen. Wir haben auch eine Petition zu diesem Thema hochgezogen, die sehr wichtig ist. Darüber hinaus haben wir auch selbst einen Antrag eingebracht. Wir wollen nicht, dass die im Anhang 15 dargestellte Fläche als Vorranggebiet festgelegt wird. Es handelt sich dabei nämlich um nichts anderes als um die Fläche für eine dritte Startbahn. Wir haben das vorhin schon beim Transrapid angesprochen. Es ist doch nicht so, dass 49 oder 55 Millionen Fluggäste vom Himmel fallen. Diese Fluggastzahl wird von Ihnen nicht nur herbeigeredet, sie wird vielmehr herbeigefordert und sie wird herbeigefördert. Ihnen, Herr Kaul, wird das Lachen schon noch vergehen, das kann ich Ihnen sagen.

(Kaul (CSU): Ihnen habe ich doch gar nicht zugelacht!)

Dieses Vorranggebiet vergrößert die Fläche um 60 bis 70%. Durch das Instrument des Vorranggebiets wird die Planungshoheit der Gemeinden ausgehebelt. Es ist deshalb richtig, wenn die Anliegergemeinden sagen: Das Landesentwicklungsprogramm ist ein Landesenteignungsprogramm. An dieser Stelle trifft diese Aussage mit Sicherheit zu.

(Hofmann (CSU): Quatsch!)

Die Äußerungen von Herrn Wiesheu und von der Staatsregierung, die dritte Startbahn sei kein Thema, seien nichts anderes als eine Lachnummer. Lesen Sie doch einmal die Protokolle zum Thema Nachtflugregelung nach. Hier an dieser Stelle hieß es, bis in das Jahr 2010 ist eine neue Nachtflugregelung kein Thema. Aber siehe da, plötzlich ging das Thema im Jahr 2000 los, und im Jahr 2002 hatten wir die neue Nachtflugregelung bereits. Den Sprüchen, die von der Flughafengesellschaft und von der Staatsregierung kommen, glauben wir deshalb überhaupt nicht mehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich sage, hier wird massives Wachstum herbeigefordert und -gefördert, dann fallen uns schon die Krokodilstränen auf, die CSU und Staatsregierung zum Thema Flughafen Augsburg hier vergossen haben. Auf einmal wird gejammert, die Lufthansa will sich dort zurückziehen, es gibt keinen Linienflug mehr. – Wer hat das denn zu verantworten? – Nicht die Lufthansa, nicht die Flug-

gäste und mit Sicherheit auch nicht die SPD und die GRÜNEN. Das waren allein Sie, von der Staatsregierung und von der CSU, denn Sie haben München groß gefördert. Sie haben gesagt, die Flughafengesellschaft soll mit einem Großteil der Investitionskosten, mit 60% nämlich, das neue Terminal finanzieren. Jetzt ist dieses neue Terminal bald da, ein ausschließliches Lufthansa-Terminal, und es ist doch klar, dass die Lufthansa die Kapazitäten in München ausnutzen will. Das sind doch Ihre Fehler, es geht darum, was Sie hier verbockt haben. Sie aber vergießen Krokodilstränen und sagen: Wir unterstützen Augsburg und stellen dafür weitere Steuer-millionsen zur Verfügung.

(Dr. Bernhard (CSU): Wollen Sie den Verkehr vom Terminal II nach Augsburg verlagern?)

– Das ist die Argumentationskette der Lufthansa, Herr Kollege Bernhard. Da haben Sie wohl nicht aufgepasst. Überhaupt ist mir aufgefallen, als Frau Kollegin Kronawitter das Thema ansprach und sagte: „Eine ganze Region steht dagegen auf“, gab es von der CSU abfällige Bemerkungen. Es geht hier um Menschen. Es geht ganz konkret darum, dass zwei Ortschaften abgesiedelt werden müssen: Eittingermoos und Schwaigermoos. Vor kurzem war ich in Eittingermoos. Dort stehen 53 Anwesen, und dort leben 225 Einwohner. Es gibt ein aktives Vereins- und Sportleben, die Freiwillige Feuerwehr und ein Feuerwehrhaus. Sie aber sagen einfach nur „bah“, wenn es darum geht, diese Ortschaften abzusiedeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hofmann (CSU): In Nordrhein-Westfalen machen sie das mit 5000 Einwohnern!)

– Hier treffen Sie richtig, Herr Kollege Hofmann. Als Sie das in Ihrer Rede sagten, habe ich Beifall geklatscht. Als Sie etwas über steinzeitliche Energien sagten, haben Sie meinen Beifall bekommen.

Wir heißen das in Nordrhein-Westfalen nicht richtig, aber wir heißen es auch in Bayern nicht richtig. Ihre Politik nennt sich christlich-sozial; dies aber ist schlicht und ergreifend nicht christlich-sozial.

(Kaul (CSU): Übernehmen Sie doch einfach dafür die Verantwortung! Sie sind immer nur dagegen!)

Und wenn wir nun beim Flugverkehr sind, da jammern Sie über Augsburg.

(Kaul (CSU): Immer nur große Klappe!)

– Herr Kaul, mit Ihnen trete ich nicht in einen Dialog, nachdem Sie mich an dieser Stelle einen akademischen Schwachkopf genannt haben.

(Kaul (CSU): Wenn Sie mir einen Vogel zeigen!)

– Das war erst hinterher.

(Zuruf des Abgeordneten Kaul (CSU))

Da brauchen wir dann schon einen Sühnetermin und fünf Kästen Bier, Herr Kollege Kaul.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Da bin ich Zeugin!)

– Wir haben nicht nur Sie als Zeugin, Frau Werner-Muggendorfer, sondern auch den Kollegen Beckstein.

(Zuruf des Abgeordneten Kaul (CSU))

Das war ein kleiner Diskurs; vielleicht tragen wir das draußen noch aus, Herr Kollege Kaul.

Wir sind beim Flugverkehr.

(Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Sie jammern einerseits, dass es keine Auslastung in Augsburg gibt, und auf der anderen Seite wird gleichzeitig der nächste Antrag über einen Regionalverkehrsflughafen im Allgäu, Memmingerberg, vorgelegt. Das passt nicht zusammen. Sie gehen hier äußerst leichtfertig mit den Geldern der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um. Sie gehen äußerst leichtfertig um mit dem Schicksal von Menschen und mit unserer Natur. Zum Begriff Nachhaltigkeit kann man mit Sicherheit nur feststellen: Unser Boden soll nachhaltig versiegelt werden.

Damit bin ich bei einem weiteren Anliegen, das wir ebenfalls thematisiert haben. Es geht um die Großmärkte auf der grünen Wiese. Mit der Teilfortschreibung, die Bestandteil der Gesamtfortschreibung ist, wird den Großmärkten auf der grünen Wiese – ich rede hier nicht nur von Outlet Factories – Tür und Tor geöffnet. Da ist die Abkehr von der Vorgabe städtebaulich integrierter Lagen, da sind die erweiterten Abschöpfungsquoten. Dies bitten wir zu heilen. Deshalb bitten wir: Stimmen Sie auch diesem unseren Antrag zu wie auch den anderen eben genannten Anträgen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Rabenstein.

Dr. Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme auf das Leitmotiv des Landesentwicklungsprogramms, auf die oberste Maxime zu sprechen, wie es der Herr Minister genannt hat, nämlich „gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in Bayern“ zu schaffen. Ich habe neulich in der „Abendzeitung“ eine ganz tolle Meldung gesehen, sodass ich mir in Nürnberg gleich die Zeitung gekauft habe. Da gab es die Überschrift „Interne Studie der CSU behauptet: Franken sind die Deppen Bayerns.“

(Hofmann (CSU): Nehmen Sie zur Kenntnis, dass das eine Lüge ist!)

– Herr Kollege, ich beziehe mich auf die „Abendzeitung“.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Sind Sie da sicher? – Willi Müller (CSU): Das ist aber kein Gesetzblatt! – Heiterkeit und weitere Zurufe)

Es heißt dort dann weiter – ich zitiere –:

Bayerns Innenminister Beckstein ist empört. Die Staatskanzlei stellt uns Franken als Deppen hin. Was ihn so aufregt, ist eine von Ministerpräsident Stoiber vorgetragene diskriminierende Untersuchung im Auftrag der CSU.

(Zuruf von der CSU: So ein Schmarrn!)

Meine Damen und Herren, ob das jetzt ein Schmarrn ist oder ob es stimmt, das mag dahingestellt bleiben.

(Willi Müller (CSU): Das muss in Bayreuth wie eine Bombe eingeschlagen haben! – Anhaltende Zurufe)

Ich untersuche das nicht, aber ich möchte in meinem kurzen Beitrag den Beweis antreten, dass diese Behauptung zumindest zum Teil stimmt.

(Anhaltende Zurufe und Heiterkeit)

Aber ich werde in meinem kurzen Beitrag auch genau das Gegenteil beweisen.

(Dr. Bernhard (CSU): Das ist aber inkonsequent! – Willi Müller (CSU): Diese Argumentation ist typisch für die SPD!)

Das Leitmotiv des Landesentwicklungsprogramms ist die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen zugunsten der strukturschwachen ländlichen Räume. Und wörtlich heißt es dazu – ich zitiere aus dem LEP –:

Ein zwischen den einzelnen Landesteilen noch bestehendes Gefälle in den Lebens- und Arbeitsbedingungen sollte abgebaut werden.

Allein in diesem Satz kommt also zum Ausdruck, dass ein Gefälle besteht. Das wird von einigen hier im Hohen Haus, die die Verhältnisse vor Ort nicht kennen, bestritten. Die Forderung, bestehende Disparitäten abzuschaffen, ist übrigens uralt und nicht erst eine Erfindung dieses Landesentwicklungsprogramms. Immer wenn wieder Wahlkämpfe anstehen, wird von der Münchner Staatskanzlei in großen Tönen verkündet – das hören sogar wir Deppen in Franken –,

(Hoderlein (SPD): Wär' gut!)

dass etwas unternommen wird. Dann bricht regelmäßig eine Karawane in Richtung Norden auf, angeführt vom bayerischen Kini, und verspricht den armen Verwandten im Norden Wohltaten.

(Hoderlein (SPD): Eine treffende Beschreibung! – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns aber einmal genauer an, was diese Versprechen wert sind bzw. wert waren. Monat für Monat

bekommen wir vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie den so genannten Konjunkturbericht. Dieser ist uns allen bekannt. In ihm sind immer die Arbeitslosenquoten der bayerischen Arbeitsamtsbezirke farblich dargestellt, das heißt, eigentlich schwarz-weiß. Je dunkler, desto höher ist die Arbeitslosenquote.

(Willi Müller (CSU): Je dunkelroter, desto höher die Arbeitslosigkeit!)

Meine Damen und Herren, in den gut vier Jahre, die ich jetzt im Landtag Mitglied bin, habe ich keinen einzigen Konjunkturbericht gesehen – da können Sie ruhig lachen, Herr Müller, das ist so –, für den nicht gilt: je nördlicher desto dunkler.

(Zurufe von der CSU)

Das heißt, je nördlicher und östlicher wir kommen, desto höher ist die Arbeitslosenzahl. Ich möchte das am Beispiel des letzten Konjunkturberichts vom Dezember darstellen. Im Süden: Freising 3,6%, München 5,3%, Weilheim 4,3%, und im Norden: Bayreuth 8,6%, Coburg 8,7%, Hof 10,8%.

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

Herr Schnappauf, wenn Sie sagen, im Vergleich seien wir noch ganz gut, möchte ich Ihnen Folgendes entgegenhalten: Schauen wir uns einmal die Vergleichszahlen Bundesrepublik West an.

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

Wir haben als Vergleichszahl im Dezember 7,8%. Das heißt, die drei von mir genannten Arbeitsamtsbezirke im Norden liegen über dem Bundesdurchschnitt West.

(Zurufe und Unruhe)

Das muss man sich einmal vorstellen, meine Damen und Herren. Solche Momentaufnahmen sind allerdings nicht die ganze Wahrheit. Man muss sich auch die längerfristigen Entwicklungen ansehen. Ich denke da an das Bruttoinlandsprodukt Bayerns in den letzten zehn Jahren. Das ist eine verlässliche Zahl, die einen längeren Zeitraum dokumentiert.

In den sieben Regierungsbezirken verzeichnete Oberbayern in diesem Zeitraum 44% und damit das größte Wachstum. Das schwächste Wachstum erzielte Oberfranken mit 26%, und auch Mittel- und Unterfranken lagen mit 34% unter dem bayerischen Durchschnitt.

Ich könnte Sie jetzt mit weiteren Zahlen, zum Beispiel zur Arbeitsproduktivität, zur Wirtschaftskraft je Einwohner, zur Technologieförderung und Ähnliches langweilen. Das will ich aber nicht. Wir kommen immer zu dem gleichen Ergebnis: Die Schere klappt auseinander, die Disparität nimmt eher zu als ab.

Das alles, meine Damen und Herren, ist keine Erfindung der SPD – auf diese Aussage lege ich allergrößten Wert –, sondern wird durch vielfältige wissenschaftliche

Studien belegt. Diese wissenschaftlichen Studien wurden auch nicht von der SPD in Auftrag gegeben, sondern zum größten Teil von der Staatsregierung. Sie kennen hoffentlich alle diese Berichte; ich möchte daraus nicht groß zitieren. Der bayerische Sozialbericht aus dem Jahre 1998 dokumentiert das, die GfK-Studie für Oberfranken aus dem Jahr 2000 und natürlich auch die letzte McKinsey-Studie aus dem Jahre 2002, die ebenfalls von der Bayerischen Staatskanzlei in Auftrag gegeben wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Analyse ist eindeutig und die Zahlen werden von niemandem bestritten.

(Hoderlein (SPD): Außer von der CSU!)

Was fehlt, sind die Konsequenzen, die daraus zu ziehen wären. Wir hören ständig Ankündigungen und Willenserklärungen. Auch im LEP stehen solche Ankündigungen und Willenserklärungen.

(Hoderlein (SPD): Nachhaltig stehen sie drin!)

– Ja, nachhaltig. Ich vermisste allerdings die Umsetzung. Diesen Ankündigungen müssten Taten folgen. Darauf warten wir seit Jahren. Passiert ist nichts.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hoderlein (SPD): Nachhaltige Ankündigungen und unnachhaltige Verwirklichung!)

Ich komme zu der Deppendebatte zurück. „Depp“ heißt laut Duden „ungeschickter, einfältiger Mensch“. Die Christdemokraten in Oberfranken kennen die Entwicklung, die ich aufgezeigt habe, genau. Wenn allerdings in München Kritik laut wird, kommen immer Sätze wie die, wir dürften unsere Region nicht schlechtreden usw. Meine Damen und Herren, diese Haltung ist für mich ungeschickt und einfältig.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist auch der Einfluss der CSU auf Oberfranken sehr gering. Der Herr Schnappauf als einziger Minister schafft es nicht einmal, einen Wahlkreis zu ergattern, und demontiert sich damit selber. Auch das ist einfältig und ungeschickt und schadet letztlich allen Oberfranken.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Die Oberfranken fordern, dass die Ziele des LEP nicht nur formuliert, sondern auch umgesetzt werden, dass ein echter Strukturwandel stattfindet. Das ist das, was wir brauchen, und das würde auch auf Dauer die Arbeitslosigkeit reduzieren. Diese Menschen fordern, dass Franken Chefsache wird und nicht nur bei Besuchsprogrammen zu Wahlzwecken in Erscheinung tritt, ohne dass die im LEP enthaltenen Ankündigungen umgesetzt werden.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Rabenstein (SPD): Das, was wir als Elite bezeichnen, ist das Gegenteil von ungeschickt und einfältig.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kaul.

Kaul (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mich nicht mehr zu Wort gemeldet, wenn nicht der Wortbeitrag von Frau Kollegin Kronawitter gekommen wäre. Ich bin nämlich im Besitz eines Protokolls, das ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Frau Kollegin Kronawitter und Herr Kollege Runge sind für mich die personifizierte Doppelstrategie ihrer Parteien.

(Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD und die GRÜNEN im Münchner Stadtrat sind nämlich voll für den Ausbau des Münchner Flughafens, weil München als Hauptstadt davon natürlich sehr profitiert. Im Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes hat die Frau Stadtbaurätin, immerhin eine ganz wichtige Person für die nachhaltige Entwicklung Münchens und der Umgebung, Folgendes erklärt – ich zitiere aus dem Protokoll –:

Frau Thalgot spricht sich gegen eine Streichung des Vorranggebietes Flughafen aus. Die langfristige räumliche Sicherung der Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafens München erscheine gerechtfertigt.

(Zuruf von der CSU: Hört!)

Sie, Frau Kronawitter, die Sie München und das Umfeld der Stadt sehr genau kennen – –

(Frau Kronawitter (SPD) meldet sich zu Wort.)

– Frau Kronawitter, ich verhalte mich jetzt genauso wie Sie. Sie haben mich auch nicht fragen lassen. Ich konzentriere mich nämlich jetzt auf das Protokoll hier.

Ich frage mich natürlich, verehrte Frau Kronawitter und Herr Runge: Was haben Sie eigentlich getan bei Ihren Genossen oder – Sie hören das Wort „Genosse“ ja nicht so gern – bei Ihren Parteifreunden, um das, was Sie hier im Landtag durchsetzen wollen, in Ihrer Fraktion im Münchner Stadtrat durchzusetzen?

(Beifall bei der CSU)

Dort liegt die Ursache. Die Stadt München hat im Regionalen Planungsverband den Antrag gestellt – schütteln Sie den Kopf, soviel Sie wollen, ich habe die Unterlagen –, die Vorrangfläche aufzunehmen, und Sie haben es nicht verhindert. Aber hier weinen Sie Krokodilstränen. Aber vor Ort – so bin ich informiert, Frau Kronawitter – in den Umlandgemeinden stellen Sie sich als Retter von deren Wünschen vor. Die Vertreter der Umlandgemeinden, die hier zitiert worden sind, waren bei uns, waren auch im Ausschuss, haben Eingaben eingereicht,

aber leider erst Mitte Dezember vorigen Jahres und im Januar dieses Jahres. Das war zu spät.

Und nun kommt die zweite Doppelstrategie. Wir haben im Ausschuss folgenden Beschluss gefasst: Die Eingaben werden für erledigt erklärt mit der Maßgabe, dass dann, wenn das Vorranggebiet von der Flughafen GmbH beansprucht wird, im Genehmigungsverfahren die Begründung zur Petition der Gemeinde Eitting – die Begründungen der anderen Gemeinden waren gleichwertig – gewürdigt wird. Nun hören Sie einmal, wie abgestimmt wurde: mit den Stimmen der CSU bei Enthaltung der SPD und der GRÜNEN.

(Oh! bei der CSU)

Und das im federführenden Ausschuss zu dieser Frage! Hier im Plenum tun Sie jetzt so, als wären Sie diejenige, die das alles retten müsste.

Frau Kronawitter, ich mache Sie auf Folgendes aufmerksam: Es handelt sich um einen Kabinettsbeschluss, der, soweit ich weiß, fast ein Jahr alt ist. Die Gemeinden hätten das längst merken müssen. Aber selbst wenn ein Vorranggebiet ausgewiesen ist und diese Fläche in Anspruch genommen wird, ist es im Genehmigungsverfahren – wahrscheinlich nicht mehr raumordnerisch, aber im Planfeststellungsverfahren – unerheblich, ob es eine Vorrangfläche oder eine Vorbehaltsfläche ist. Das heißt, die Gemeinden werden dort in jedem Fall gehört und können ihre Einwände einbringen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich nach der Darlegung der Doppelstrategie zu einem Schlusswort zu dem vorliegenden LEP kommen.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Kaul, Frau Kollegin Kronawitter hat sich zu einer Zwischenintervention gemeldet. Das bedeutet: Sie darf höchstens zwei Minuten sprechen, und Sie dürfen dann die gleiche Zeit antworten. Wenn Sie das vor Ihre Schlussbemerkung ziehen möchten, dann machen wir das gleich.

Kaul (CSU): Herr Präsident, das, was ich zitiert habe, ist schwarz auf weiß nachzulesen.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Das ändert ja nichts an dem Recht auf die Zwischenintervention!

(Unruhe)

Kaul (CSU): Herr Präsident, ich habe Sie vollkommen verstanden.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Dann beenden Sie halt Ihren Beitrag. Sie haben das Recht, auf die Zwischenintervention zu antworten.

Kaul (CSU): Herr Präsident, ich habe nicht das Gefühl, dass ich zwölf Minuten gesprochen habe. Mir wurde gesagt, ich habe zwölf Minuten Redezeit.

(Frau Radermacher (SPD): Darum geht es doch nicht! – Weitere Zurufe von der SPD und der CSU)

– Das halte ich für ein Gerücht. – Also, dann fragen Sie halt, Frau Kollegin Kronawitter.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Frau Kronawitter.

Frau Dr. Kronawitter (SPD): Herr Kollege Kaul, das ist keine Frage, sondern das ist eine Zwischenintervention, wie sie laut unserer Geschäftsordnung möglich ist.

Es ist Ihnen erstens bekannt, dass regionale Planungsverbände Vorschläge machen können, dass aber hier im Plenum in freier Zuständigkeit entschieden wird.

Zweitens ist Ihnen auch bekannt, dass mein Antrag bereits im Mai vorigen Jahres gestellt wurde. Ich habe den Antrag gestellt, nachdem in den Gemeinden in den beiden Landkreisen bereits intensiv diskutiert worden war und entsprechende Vorstellungen in der Anhörungsrunde eingebracht worden waren. Das Thema ist also längst besprochen.

Drittens sind die Beschlüsse zu den Petitionen meines Wissens von unserer Seite mit „Berücksichtigung“ gefasst worden.

(Beifall der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist also nicht so, wie Sie es hier dargestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kaul (CSU): Jetzt, Herr Präsident, nehme ich die Gelegenheit wahr, kurz zu antworten, und komme dann zu meinem Schlusswort.

Frau Kollegin Kronawitter, das, was Sie geschildert haben, ist mir sehr wohl bekannt. Aber mir ist nicht bekannt, dass Sie sich zu der gleichen Zeit, in der Sie sich zum Sachwalter der Gemeinden gemacht haben, auch bei Ihren Genossen in München beim gleichen Thema eingesetzt hätten. Das ist mir nicht bekannt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. So theoretisch sich das LEP in Ihren Aussagen und auch in den Diskussionsbeiträgen anhört, so klar haben wir Aussagen über das LEP durch den Raumordnungsbericht. Für mich ist die umfangreiche Kritik, die hier von der Opposition vorgebracht wurde, nicht nachvollziehbar, weil sie durch die Aussagen des Raumordnungsberichts, der den Zustand Bayerns beschreibt, nicht belegbar ist. Fazit: Der Zustand unseres Landes Bayern ist besser als die Wahrnehmung der Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN. Die Daten des Raumordnungsberichtes, die anhand der seit Jahren geltenden Umweltindikatoren, die Sie selbst eingefordert haben, gesammelt wurden, sprechen eine andere Sprache.

Ihre Welt, meine Damen und Herren von der Opposition, ist eine virtuelle Welt. Das zeigen Ihre Beiträge, die durch Ihren Wunsch geprägt sind, dass nicht ist, was nicht sein darf. Die Wahrnehmung der bayerischen Bürger ist eine völlig andere als die der hiesigen Opposition. Ich stelle fest, dass die roten und grünen Kollegen in Bayern wesentlich bessere Lebensbedingungen haben als die roten und grünen Kollegen in allen anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU)

Dass das so ist, ist das Ergebnis der zurückliegenden Landesentwicklungsprogramme. Und damit das so bleiben kann, meine Damen und Herren, wird die CSU dem jetzigen LEP zustimmen. Sie täten gut daran, genauso zu verfahren wie die CSU.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung des Kollegen Sprinkart. Ich bitte ihn auch ganz herzlich, darauf Rücksicht zu nehmen, dass wir etwa eine halbe Stunde zur Abstimmung brauchen.

Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Sie werden sicher noch rechtzeitig mit der Abstimmung beginnen können, wenn diese um halb acht losgehen soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will etwas zum Regionalflughafen Memmingerberg sagen. Der Regionalflughafen Allgäu ist kein neues Thema. Auch die Untersuchung des Standorts Memmingen ist nicht neu. Ich darf zitieren im Zusammenhang mit einer Stellungnahme zum Regionalflughafen Memmingen:

Der Militärflugplatz Memmingen kommt wegen der großen Entfernung dieses Flugplatzes zum Oberallgäu als Alternative nicht infrage.

Raten Sie, von wem der Satz stammt: vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr aus dem Jahre 1988 in einem Antwortschreiben an den Bund Naturschutz in Kempten. Unterzeichner ist pikanterweise Diplomingenieur Töpel. Dieser Diplomingenieur Töpel ist heute Professor und öffentlich bestellter und beeidigter Sachverständiger für Flugplätze und hat den Antrag auf Erteilung einer luftrechtlichen Änderungsge-nehmigung für Memmingerberg erstellt.

Ich habe bisher nicht feststellen können, dass in den vergangenen 15 Jahren das Oberallgäu näher an Memmingen gerückt wäre. Aber vielleicht gibt es da bei Betreibern, bei Prof. Töpel oder bei der CSU andere Erkenntnisse. Sie werden uns das ja dann mitteilen.

(Willi Müller (CSU): Die Autos sind schneller geworden!)

Insofern war das Thema Regionalflughafen Allgäu zunächst einmal abgewendet.

Es gab einen zweiten Anlauf von der Allgäuinitiative, die eine Potenzialanalyse in Auftrag geben wollte. Peinlicherweise oder fälschlicherweise hat der Vertreter der Lufthansa Consulting zum Besten gegeben, dass dabei natürlich auch die Verkehrsverbindungen zu bestehenden Flughäfen untersucht würden. Daher hat die Lufthansa Consulting diesen Auftrag nie bekommen.

Dann kam der Beschluss der Bundeswehr, den Standort Memmingerberg aufzugeben – und der Regionalflughafen Memmingerberg war geboren. Fortan wurde von politischer Seite der Eindruck erweckt, aber auch vonseiten der Wirtschaft, als hinge die Entwicklung des Allgäus nahezu ausschließlich von der Realisierung dieses Regionalflughafens ab. Aber, meine Damen und Herren, wofür haben wir Allgäuer einen Minister? – Dafür, dass er bei solch schwierigen Entscheidungen vorausschauend handelt. Und das hat Josef Miller, der heute leider nicht da ist, auch getan. In der „Allgäuer Zeitung“ vom 28. 04. 2001 konnten wir lesen, dass auf Initiative von Landwirtschaftsminister Josef Miller die Lufthansa den Standort Memmingen prüft. Ich zitiere:

Laut Landwirtschaftsminister Josef Miller soll das die weiteren Planungen erleichtern und verhindern, dass möglicherweise falsche Hoffnungen geweckt werden und Fehlinvestitionen getroffen werden.

Bravo, kann ich da nur sagen. Die Lufthansa tat ihm den Gefallen in Form einer Expertise, die am 30. 11. 2001 fertiggestellt wurde. Das Ergebnis dieser Potenzialanalyse war nun wirklich geeignet, Fehlinvestitionen und falsche Erwartungen zu verhindern. Ich darf wieder aus dieser Analyse zitieren:

Der potenzielle Markt für die Flugdienste ab Memmingen – Linie, Charter und Fracht – liegen in den Einzugsgebieten der Flughäfen München und Stuttgart sowie der Regionalflughäfen Augsburg und Friedrichshafen. Die Einzugsgebiete dieser Flughäfen überschneiden sich mehrfach mit dem Einzugsgebiet des Standorts Memmingen. Die bestehenden Flughäfen, auch die Standorte Augsburg und Friedrichshafen, sind etablierte Standorte mit entsprechendem Angebot an innerdeutschen, europäischen und interkontinentalen Flugdiensten. Die bodenseitige Infrastruktur über Straße und Schiene bieten die weitgehend problemlose Anbindung an die Flughäfen. Die Analyse

– und das ist das Wichtige –

des Marktpotenzials hat ergeben: Für Linien- und Charterdienste bestehen lediglich marginale Potenziale.

In der technisch operationellen Analyse – hier will ich nur einen Punkt herausgreifen – kommt das Gutachten zu dem Ergebnis:

Die Tragfähigkeit der Start- und Landebahn lässt einen dauerhaften Betrieb für die heute üblichen Linien- und Charterflugzeuge mit mehr als 100 Sitzen nicht zu. Die gegenwärtige Breite der Rollbahn begrenzt die Nutzung auf ausschließlich kleine

Flugzeugtypen. Somit sind für eine zivile Nutzung des NATO-Flugplatzes Memmingen weitere Investitionen in flugbetriebliche Anlagen notwendig, um diesen als attraktiven Standort für regelmäßige Flugdienste anbieten zu können.

Das lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Doch es passierte mit dieser Expertise, was in der Regel mit Gutachten, die nicht das gewünschte Ergebnis gebracht haben, geschieht: Es verschwand. Es verschwand in der Schublade von Josef Miller, auch wenn er sagt, er habe das dann an die Air-Park Allgäu GmbH weitergegeben. Aber diese Air-Park Allgäu GmbH wurde erst ein halbes Jahr später, nämlich im Juli 2002, gegründet. Also muss es bis dorthin irgendwo verschwunden sein.

Diejenigen, die unbedingt den Flughafen Memmingen wollen, hätten also über ein halbes Jahr Zeit gehabt, von ihren Wunschträumen in die Realität zurückzufinden. Genau das Gegenteil – ich komme gleich zum Ende – geschah: Es wurde eine Gesellschaft gegründet und ein Gutachten in Auftrag gegeben, bei dem natürlich die wirtschaftlichen Auswirkungen eines solchen Flughafens in den schillerndsten Farben dargestellt wurden. Ich wäre fast geneigt zu sagen, Herr Landwirtschaftsminister: Ihre Absicht war löblich, das Ergebnis vernichtend – fast, denn die Geheimhaltung der Lufthansaexpertise hatte natürlich das Ziel, dass den Kritikern nicht auch noch Munition geliefert wird. Wäre diese Expertise bereits 2001 bekannt geworden, hätte das die Diskussion in eine andere Richtung gelenkt.

Nun stellen alle Gutachten, selbst das von Air-Park GmbH in Auftrag gegebene, eine Konkurrenzsituation vor allen Dingen von Memmingen und Augsburg beim Linienverkehr heraus. Hinter vorgehaltener Hand sagen selbst Befürworter des Flughafens, auf Dauer würden beide nicht überleben können. Die aktuelle Situation des Flughafens Augsburg führt uns fast dramatisch vor Augen: Der Flughafen Augsburg ist schon ohne Konkurrenz von Memmingerberg kaum überlebensfähig. Daran wird sich vermutlich auch nichts ändern, wenn der Ministerpräsident das zu seiner Chefsache erklärt.

Wie ich dem heutigen Bericht der Kabinettsitzung entnehme, steht er zu seinem Versprechen von 12,3 Millionen €. Das wird aber nicht reichen, da die Kosten in Augsburg inzwischen von 25 auf 40 Millionen gestiegen sind. Der Chef verspricht den Augsburgern Geld, der Little Chef Wirtschaftsminister Wiesheu stellt den Memmingern Fördergelder in Aussicht. Angeblich soll es sich um 17,5 Millionen handeln. Es ist schlicht und ergreifend Wahnsinn, wenn wir in Schwaben zwei Flughäfen mit öffentlichen Mitteln fördern wollen, wissend, dass sie sich gegenseitig das Wasser abgraben und dass nur einer überleben kann. Das nenne ich Verschwendung von Steuergeldern vom Feinsten. Wer angesichts knapper öffentlicher Kassen mehr Eigenverantwortung von den Bürgern einfordert, kann hier nicht so verantwortungslos mit Steuergeldern umgehen.

Hinzu kommt noch – und das wird, vermute ich, die wenigsten von Ihnen interessieren – die Belastung von

Mensch und Umwelt, die Tatsache, dass die Bürger vor Ort und auch die meisten Kommunen dagegen sind und dass die Flughafenpläne der Betreibergesellschaft eine nichtfliegerische Nutzung des Flughafenareals behindern statt fördern. Ich bitte Sie deshalb, den Änderungsantrag 14/10903 abzulehnen, da er die maximale Forderung der Betreibergesellschaft beinhaltet und letztendlich die Basis für eine staatliche Förderung dieses Wahnsinns schaffen würde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abgeordneten der SPD und auf der Besuchertribüne)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Also, noch einmal: Da oben wird nicht geklatscht, und wenn Sie sich das nicht merken, dann müssen wir die Tribüne halt räumen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sie dürfen ja anderswo bekannt geben, dass Sie der Meinung sind, die Sie haben. – Jetzt hat das Schlusswort Herr Staatsminister Dr. Schnappauf.

Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir der fortgeschrittenen Zeit

(Glocke des Präsidenten)

sehr wohl bewusst. Deshalb möchte ich auch auf die Beantwortung der einzelnen Punkte gerne verzichten, zumal sich das, was Kollege Wörner gesagt hat, durch einen Blick in das LEP ohnehin von selbst beantwortet hätte.

Bei vielem, was vor allem Frau Paulig ausgeführt hat, wird das Missverständnis deutlich; denn das LEP ist keine neue Politik, sondern die Festschreibung der Politik der Staatsregierung im Sinne der räumlichen Konkretisierung und des Verständlichmachens für die Kommunen, für die öffentlichen Planungsträger usw. Das möchte ich noch einmal festgestellt haben.

Warum ich mich letzten Endes noch einmal zu Wort gemeldet habe, Herr Präsident und liebe Kolleginnen und Kollegen, war die Wortmeldung des Kollegen Rabenstein. Herr Rabenstein, Sie haben sich wieder einmal als ein würdiger Vertreter Ihrer Zunft erwiesen. Sie sagen vor diesem Hohen Hause, dass nicht schlechtgeredet werden soll. Aber genau das haben Sie getan.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte hier noch einmal sagen: In ganz Deutschland und wahrscheinlich auch auf der ganzen Welt gibt es kein Land, das derartige Anstrengungen wie Bayern unternimmt, um den ländlichen Raum und alle Landesteile gleichmäßig zu entwickeln.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Der Höhepunkt ist, dass Sie vom Rednerpult aus dem Hohen Haus Wirtschaftsdaten zum Beispiel Ihres Landkreises, Ihrer Heimat Bayreuth, um die Ohren hauen, Wirtschaftszahlen, die genau Ihre Bundesregierung zu verantworten hat.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Frau Radermacher (SPD): Das glauben Sie doch selber nicht!)

Es gab noch keine Bundesregierung,

(Zuruf des Abgeordneten Hoderlein (SPD) – Zahlreiche Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die gerade die strukturschwachen Regionen und das Grenzland, Herr Hoderlein, so ausgebeutet hat, wie dies Rot-Grün derzeit tut.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Hoderlein (SPD))

– Herr Hoderlein, gerade weil Sie – –

(Anhaltende Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Große Unruhe)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Meine Damen und Herren, ich kann nicht entscheiden, auf welcher Seite des Hauses das Geschrei größer ist. Ich habe gedacht, wenn es auf beiden Seiten gleich groß ist, wird es irgendwann als sinnlos erkannt werden.

(Beifall bei der SPD – Dr. Bernhard (CSU): Das ist aber eine schwache Führung!)

– Herr Bernhard, wenn Sie meinen, wir sollten jetzt streiten, können wir dies gern tun. Dann unterbrechen wir und machen eine Ältestenratsitzung. Das können wir alles machen. – Wie Sie wünschen.

Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, ich möchte, gerade weil sich Herr Hoderlein so aufregt, gerne mit einem Zitat von Herrn Hoderlein schließen.

(Hoderlein (SPD): Was muss man sich denn hier alles für einen Unsinn anhören!)

Letzten Endes geht es bei den Fragen der Landesentwicklung und der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Herr Hoderlein, immer auch darum, dass man das, was man hier in München sagt, auch in Oberfranken vertreten kann, und dass man das, was man in Oberfranken sagt, auch in München vertreten kann.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Das sollten Sie sich merken!)

Herr Hoderlein, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil Ihr Fraktionskollege Rabenstein diese Schärfe in die Debatte gebracht hat. Ich zitiere Sie, Herr Hoderlein, aus

der „Frankenpost“ vom 8. Januar, in der Sie wörtlich formuliert haben: Schließlich hat es – gemeint ist Oberfranken – schon Industrie gegeben, als die in Oberbayern noch hinter dem Pflug hergerannt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich halte es schlicht für empörend und unredlich, dass Sie einen Landesteil gegen den anderen ausspielen.

(Lachen bei der SPD)

Das hat mit Gleichwertigkeit und Landesentwicklung nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über die mitberatene Eingabe abstimmen.

(Unruhe)

– Darf ich jetzt bitten, dass auf allen Seiten des Hauses etwas mehr Ruhe einkehrt? – Wir haben jetzt zum Abstimmen zehn Minuten zu wenig Zeit.

Zunächst geht es um die *mitberatene Eingabe*. Der Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 84 Absatz 4 der Geschäftsordnung für erledigt zu erklären mit der Maßgabe, dass dann, wenn das Vorranggebiet von der Flughafen GmbH beansprucht wird, im Genehmigungsverfahren die Begründung zur Petition der Gemeinde Eitting gewürdigt wird. Wer dem Votum des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Kollege Hartenstein. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen und das Votum des Ausschusses übernommen.

Wir kommen jetzt zur *Abstimmung über die mitberatenen Anträge und Änderungsanträge*, über die einzeln abgestimmt werden soll. Zunächst lasse ich abstimmen über den *Antrag der Abgeordneten Dr. Kronawitter, Gartzke, Schläger und anderer betreffend „Keine Vorbehaltsfläche für Flughafen München II in das Landesentwicklungsprogramm“* auf Drucksache 14/9779. Die Abstimmung soll auf Wunsch der SPD-Fraktion in namentlicher Form erfolgen.

Der federführende Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt: Die Ja-Urne befindet auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion, jeweils im Bereich der Eingangstüren, die Urne für Stimmenthaltungen auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann jetzt begonnen werden. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19.36 bis 19.41 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und von mir später bekannt gegeben.

Wir kommen zur *Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten Maget, Biedefeld, Gartzke und anderer und Fraktion (SPD) betreffend „Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms; Grundsätzliche Zielsetzungen und Leitlinien“* auf Drucksache 14/10809. Der federführende Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen empfiehlt wiederum die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den *Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Paulig, Dr. Runge und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend „Landesentwicklungsprogramm; Zu Kapitel B V Nachhaltige technische Infrastruktur“* auf Drucksache 14/10290.

(Unruhe)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute noch fertig werden wollen, erwarte ich von Ihnen, dass etwas Ruhe einkehrt. Andernfalls können wir nicht konzentriert arbeiten. Zum Beispiel wäre es sehr liebenswürdig, wenn Sie alle Ihre Plätze einnehmen würden.

Der federführende Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Auf Wunsch der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN soll auch über die Listennummer 68 gesondert abgestimmt werden, das ist der *Antrag der Abgeordneten Dinglreiter, Pschierer, Dr. Fickler und anderer und Fraktion (CSU) betreffend „Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms; Änderung der Ziele zu B V 1.6 (Ziviler Luftverkehr)“* auf Drucksache 14/10903. Der federführende Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen hat dem Antrag zugestimmt und diesen durch Aufnahme des Antragsbegehrens in die Beschlussempfehlung zum Landesentwicklungsprogramm für erledigt erklärt. Wer dem Ausschussvotum zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Hartenstein. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Es ist so beschlossen.

Einzelnen abzustimmen ist auch über die *Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 14/11381 bis 14/11384*, die noch nicht in den Ausschüssen vorberaten worden sind. Bevor wir über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 14/11381 und 14/11383 in der von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beantragten namentlichen Form abstimmen, stelle ich die Änderungsanträge auf den Drucksachen 14/11382 und 14/11384 in einfacher Form zur Abstimmung.

Ich lasse abstimmen über den *Änderungsantrag betreffend „Aus- und Neubau der ICE-Strecke Nürnberg – Erfurt“* auf Drucksache 14/11382. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Herr Kollege Hartenstein und Herr Kollege Meißner. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den *Änderungsantrag betreffend „Großmärkte auf der Grünen Wiese“* auf Drucksache 14/11384. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zu den beiden namentlichen Abstimmungen. Die erste namentliche Abstimmung findet über den *Änderungsantrag betreffend „A 94“* auf Drucksache 14/11381 statt. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne ist auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion im Bereich der Eingangstüren aufgestellt. Die Urne für Stimmenthaltungen befindet sich auf den Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19.47 bis 19.52 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird jetzt ermittelt und später bekannt gegeben.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den *Änderungsantrag betreffend „MUC II, Vorranggebiet Flughafenentwicklungsfläche“* auf Drucksache 14/11383 durch. Die Urnen sind wie bei der vorgehenden Abstimmung aufgestellt. Mit der Stimmabgabe kann jetzt begonnen werden. Sie haben erneut fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19.52 bis 19.57 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Abstimmung ist abgeschlossen. Wir können weiterfahren. Bis das Stimmergebnis ermittelt ist, führen wir die GesamtAbstimmung über die sonstigen mitberatenen und in der

Anlage 2 enthaltenen Anträge und Änderungsanträge gemäß § 63 Absatz 6 der Geschäftsordnung durch. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu diesen Anträgen und Änderungsanträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Daraus ersichtlich sind auch die Anträge und Änderungsanträge, die ganz oder teilweise für erledigt erklärt worden sind.

(siehe Anlage 7)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich jetzt über die Regierungsvorlage abstimmen lasse, gebe ich die Abstimmungsergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Antrag der Abgeordneten Dr. Kronawitter und anderer, SPD, „Keine Vorbehaltsflächen für Flughafen München II“, Drucksache 14/9779: Mit Ja haben 66 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 82, es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Dr. Runge, Kellner und anderer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betreffend „A 94“ auf Drucksache 14/11381: Hier wurden die Stimmen wie folgt abgegeben. Mit Ja haben 62 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 84. Es haben sich zwei der Stimme enthalten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Das letzte Ergebnis kommt eine Minute vor Schluss. Beim Antrag auf Drucksache 14/11383 haben wir 65 Ja-

Stimmen, 63 Nein-Stimmen und keine Enthaltung. Der Antrag ist abgelehnt.

(Zurufe von der CSU: Das kann nicht stimmen! Umgekehrt!)

– Entschuldigung, mit Ja haben 65 gestimmt, mit Nein 83. Damit ist der Antrag abgelehnt. Kollege Dürr wartete ganz sehnsüchtig auf die Überraschung. Jetzt hätte er sie beinahe bekommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun lasse ich über den *Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Verordnungsentwurf* auf Drucksache 14/9900 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Staatsregierung beim Erlass der Verordnung noch verschiedene Änderungen berücksichtigt. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu, allerdings mit der Maßgabe weiterer Änderungen. Ich verweise insoweit auf Drucksache 14/11352.

Wer der Beschlussempfehlung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Kollege Hartenstein. Damit wurde die Zustimmung entsprechend dem Ausschussvotum erteilt. Das Landesentwicklungsprogramm ist angenommen und Tagesordnungspunkt 2 damit erledigt.

Es ist 20.00 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20.00 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28. 01. 2003 zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Christine Stahl, Dr. Dürr, Dr. Runge, Paulig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN); Keine Finanzabenteuer für das bayerische Transrapid-Projekt (Drucksache 14/11406)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Appelt Dieter	X		
Dr. Baumann Dorle	X		
Beck Adolf		X	
Dr. Beckstein Günther		X	
Berg Irlind	X		
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blöchl Josef		X	
Bocklet Reinhold			
Böhm Johann		X	
Boutter Rainer	X		
Brandl Max	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brosch Franz			
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne		X	
Dinglreiter Adolf		X	
Döbler Thomas	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Egleder Udo			
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykmann Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fink Martin		X	
Fischer Herbert		X	
Förstner Anna-Maria	X		
Franzke Dietmar	X		
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gartzke Wolfgang			
Geiger Hermann	X		
Glück Alois		X	
Görlitz Erika		X	
Goertz Christine	X		
Götz Christa		X	
Dr. Götz Franz			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Grabmair Eleonore		X	
Dr. Gröber Klaus			
Guckert Helmut		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Haedke Joachim		X	
Dr. Hahnzog Klaus	X		
Hartenstein Volker	X		
Hartmann Gerhard	X		
Hausmann Heinz		X	
Hecht Inge	X		
Heckel Dieter		X	
Hecker Annemarie		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herrmann Joachim		X	
Hirschmann Anne	X		
Hoderlein Wolfgang	X		
Hölzl Manfred		X	
Hofmann Walter		X	
Hohlmeier Monika			
Huber Erwin			
Hufe Peter	X		
Jetz Stefan		X	
Dr. Kaiser Heinz			X
Kaul Henning		X	
Kellner Emma	X		
Dr. Kempfner Herbert		X	
Kiesel Robert			
Klinger Rudolf		X	
Kobler Konrad		X	
Köhler Elisabeth			
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kuchenbaur Sebastian		X	
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz		X	
Leeb Hermann			
Leichtle Wilhelm	X		
Lochner-Fischer Monica	X		
Lode Arnulf			
Loscher-Frühwald Friedrich		X	
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Maget Franz	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Dr. Merkel Gerhard			
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Niedermeier Hermann			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz			
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann			
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne			
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht			X
Schmid Albert			
Schmid Berta			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred			X
Schopper Theresa			
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schuster Stefan	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Dr. Simon Helmut	X		
Simon Hildegard			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich		X	
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim			X
Prof. Dr. Vocke Jürgen			
Vogel Wolfgang	X		
Voget Anne	X		
Volkmann Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Weber Manfred		X	
Weichenrieder Max		X	
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zachert Klaus	X		
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	66	97	4

Anträge und Änderungsanträge zum Entwurf einer Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) Drs. 14/9900

(Tagesordnungspunkt 2)

- | | |
|--|--|
| <p>1. Antrag der Abgeordneten Wörner, Franzke, Naaß u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm
Ballungsraumzulage
Drs. 14/7451 (A)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Paulig, Dr. Runge u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesentwicklungsprogramm
Zu Kapitel A I Grundlegende Ziele
Drs. 14/10287 (A)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Paulig, Dr. Runge u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesentwicklungsprogramm
Zu Kapitel B I Nachhaltige Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen und nachhaltige Wasserwirtschaft
Drs. 14/10288 (A)</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Paulig, Dr. Runge u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesentwicklungsprogramm
Zu Kapitel B IV Land- und Forstwirtschaft
Drs. 14/10289 (A)</p> <p>5. Antrag der Abgeordneten Steiger, Hoderlein, Biedefeld u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Zielkontrolle
Drs. 14/10291 (A)</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Kronawitter, Dr. Kaiser u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Offenheit der bayerischen Wirtschaft für ausländische Fachkräfte
Drs. 14/10292 (A) [X]</p> | <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Kronawitter, Dr. Kaiser u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Stärkung der mittelständischen Wirtschaftsstruktur als grundlegendes Ziel
Drs. 14/10293 (A)</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Kronawitter, Dr. Kaiser u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Kreditversorgung des Mittelstandes
Drs. 14/10294 (Erledigt erklärt) [X]</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hirschmann, Wahnschaffe u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (B III 2.1.2)
Drs. 14/10295 (A) [X]</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hirschmann, Wahnschaffe u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Hilfe für Spätaussiedler und ausländische Arbeitskräfte (B III 2.3)
Drs. 14/10296 (A)</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hirschmann, Wahnschaffe u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Ambulante medizinische Versorgung (B III 3.1)
Drs. 14/10297 (A)</p> <p>12. Antrag der Abgeordneten Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Drs. 14/10298 (A) [X]</p> |
|--|--|

- | | |
|--|---|
| <p>13. Antrag der Abgeordneten Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Teil A
Drs. 14/10299 (A)</p> <p>14. Antrag der Abgeordneten Naaß, Hufe, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Aufnahme der Bundesstraße 2 im Bereich
Mittelfranken
Drs. 14/10300 (A)</p> <p>15. Antrag der Abgeordneten Steiger u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Teil A: Nachhaltige überfachliche Entwicklung der
Raumstruktur
Drs. 14/10319 (A) [X]</p> <p>16. Antrag der Abgeordneten Lück SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Gebietskulissee
Drs. 14/10320 (Erledigt erklärt)</p> <p>17. Antrag der Abgeordneten Möstl, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Stadt Auerbach als mögliches Mittelzentrum
Drs. 14/10321 (A)</p> <p>18. Antrag der Abgeordneten Möstl, Schieder Werner,
Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Mittelzentren
Drs. 14/10322 (A)</p> <p>19. Änderungsantrag der Abgeordneten
Dr. Kronawitter, Dr. Kaiser u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Arbeitsmarktpolitisches Ziel für Frauen erweitern
Drs. 14/10324 (Erledigt erklärt) [X]</p> <p>20. Antrag der Abgeordneten Steiger, Wahnschaffe
u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Regionale Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarkt (B
II 5.2.2)
Drs. 14/10325 (A)</p> <p>21. Antrag der Abgeordneten Steiger, Wahnschaffe
u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Menschen mit Behinderung
Drs. 14/10326 (Erledigt erklärt)</p> | <p>22. Antrag der Abgeordneten Steiger, Wahnschaffe
u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Sozialwesen/Hilfe für Menschen mit Behinderung
(B II 2.2.2)
Drs. 14/10327 (Erledigt erklärt)</p> <p>23. Antrag der Abgeordneten Steiger, Wahnschaffe
u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Bildungs- und Erziehungswesen (B III 4.1.2)
Drs. 14/10328 (A)</p> <p>24. Antrag der Abgeordneten Dr. Rabenstein,
Hoderlein, Biedefeld u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm Bayern
Ergänzung der Präambel
Drs. 14/10362 (A)</p> <p>25. Antrag der Abgeordneten Dr. Rabenstein,
Odenbach, Hoderlein u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm Bayern
ÖPNV
Drs. 14/10363 (Erledigt erklärt) [X]</p> <p>26. Antrag der Abgeordneten Dr. Rabenstein,
Hoderlein, Schläger u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm Bayern
Bahnlinie Nürnberg – Marktredwitz/Bayreuth – Hof
– Leipzig/Dresden
Drs. 14/10364 (A)</p> <p>27. Antrag der Abgeordneten Dr. Rabenstein u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm Bayern
Ergänzung des Anhangs 5 bzw. 12 (a)
Drs. 14/10365 (A)</p> <p>28. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a.
SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Präambel
Drs. 14/10384 (A)</p> <p>29. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a.
SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
(A II 3)
Drs. 14/10385 (A) [X]</p> <p>30. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a.
SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
(B V)
Drs. 14/10386 (A)</p> |
|--|---|

31. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
(B I)
Drs. 14/10387 (A)
32. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
(B III)
Drs. 14/10388 (A)
33. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
(B V)
Drs. 14/10389 (A) [X]
34. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
(B VI)
Drs. 14/10390 (A)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr,
Dr. Runge, Paulig u.a. und
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesentwicklungsprogramm
Zu Kapitel A I Grundlegende Ziele
Drs. 14/10399 (A)
36. Antrag der Abgeordneten Peters, Dr. Kaiser,
Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Erhalt von Grund- und Hauptschulen
Drs. 14/10410 (Erledigt erklärt) [X]
37. Antrag der Abgeordneten Peters, Dr. Kaiser,
Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Straßenausbau in Ostbayern
Drs. 14/10411 (A)
38. Antrag der Abgeordneten Peters, Dr. Kaiser,
Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Verkehrsanbindung des Ostbayerischen Raums
Drs. 14/10412 (A)
39. Antrag der Abgeordneten Peters, Dr. Kaiser,
Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Aufstufungen zum Mittelzentrum
Drs. 14/10413 (A)
40. Antrag der Abgeordneten Peters, Dr. Kaiser,
Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Aufstufung der Entwicklungsachse Passau –
Wegscheid – Österreich
Drs. 14/10414 (A)
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Egleder,
Werner-Muggendorfer u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Abteilung Verkehr Teil A 74
Drs. 14/10415 (A)
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Egleder,
Werner-Muggendorfer SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Abteilung Verkehr Teil A 49/50
Drs. 14/10416 (A)
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr,
Münzel, Paulig u.a. und
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Zu Kapitel A I Grundlegende Ziele
Einführung des Leitprinzips Gender Mainstreaming
Drs. 14/10448 (A)
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr,
Münzel, Paulig u.a. und
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Zu Kapitel B III Nachhaltige soziale und kulturelle
Infrastruktur
Geschlechtersensible Jugendarbeit
Drs. 14/10449 (Erledigt erklärt) [X]
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr,
Münzel, Gote u.a. und
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Zu Kapitel B III Nachhaltige soziale und kulturelle
Infrastruktur
Drs. 14/10671 (A)
46. Antrag der Abgeordneten Schieder Werner,
Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Raumstrukturelle Entwicklung
Verkehrsinfrastruktur
Drs. 14/10709 (A)

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesentwicklungsprogramm zu Kapitel A I Grundlegende Ziele Nachhaltigkeit in Bayern
Drs. 14/10721 (A)
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesentwicklungsprogramm zu Kapitel B II Nachhaltige gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungen Arbeitsmarkt
Drs. 14/10722 (A)
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Maget, Gartzke, Wörner u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms A III 2.1.3.2 Zentrale Orte und Anhang 10
Drs. 14/10810 (A)
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Boutter, Radermacher, Gartzke u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms A III 3.3 Entwicklungsachsen
Drs. 14/10811 (A)
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Boutter, Gartzke, Hartmann u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Begründung zu B I 3.2.2.2
Drs. 14/10868 (A)
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Gartzke, Franzke, Wörner u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms B IV Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft
Drs. 14/10869 (Erledigt erklärt)
53. Antrag des Abgeordneten Gartzke SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Überregionale Entwicklungsachse Coburg – Suhl (Thüringen)
Drs. 14/10875 (A)
54. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 2)
Drs. 14/10880 (A)
55. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10881 (A)
56. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10882 (A)
57. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10883 (A)
58. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10884 (A)
59. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10885 (A)
60. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 2)
Drs. 14/10886 (Erledigt erklärt)
61. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 2)
Drs. 14/10887 (A)
62. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10888 (A)
63. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10890 (A)

64. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10891 (A)
65. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10892 (A)
66. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III)
Drs. 14/10893 (Erledigt erklärt)
67. Antrag der Abgeordneten Dinglreiter, Pschierer u.a. CSU
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Änderung der Ziele zu B II 1.3 (Tourismuswirtschaft)
Drs. 14/10902 (Erledigt erklärt)
68. Antrag der Abgeordneten Dinglreiter, Pschierer, Dr. Fickler u.a. CSU
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Änderung der Ziele zu B V 1.6 (Ziviler Luftverkehr)
Drs. 14/10903 (Erledigt erklärt)
69. Antrag der Abgeordneten Dinglreiter u.a. CSU
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Änderung der Begründung zu B II 1.2.1 (Handel)
Drs. 14/10904 (Erledigt erklärt)
70. Antrag der Abgeordneten Dinglreiter, Rotter u.a. CSU
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Änderung der Begründung zu B V 1.3 (Schienenverkehr)
Drs. 14/10905 (Erledigt erklärt)
71. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Schuhmann, Dr. Baumann, Hufe u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Nachhaltige Entwicklung in der Kultur
Drs. 14/11023 (A)
72. Änderungsantrag der Abgeordneten Boutter, Gartzke, Hartmann u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
A II 4 Regionen
Drs. 14/11051 (A)
73. Änderungsantrag der Abgeordneten Boutter, Gartzke, Hartmann u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
B III 4.3
Drs. 14/11052 (A)
74. Änderungsantrag der Abgeordneten Boutter, Gartzke, Hartmann u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
B V 1.3.6
Drs. 14/11053 (Erledigt erklärt)
75. Änderungsantrag der Abgeordneten Boutter, Gartzke, Hartmann u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
B V 1.3.6
Drs. 14/11054 (A)
76. Antrag der Abgeordneten Werner-Muggendorfer, Biedefeld, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Verankerung der Fürsorge für Kinder und Familien im Landesentwicklungsprogramm
Drs. 14/11055 (A)
77. Antrag der Abgeordneten Werner-Muggendorfer, Biedefeld, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Förderung des ökologischen Bewusstseins bei Kindern und Jugendlichen und in Familien
Drs. 14/11056 (A)
78. Änderungsantrag der Abgeordneten Wörner, Naaß u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm
Drs. 14/11186 (A)
79. Änderungsantrag der Abgeordneten Gartzke, Hirschmann, Schmidt-Sibeth u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
A II 2 Verdichtungsräume und A II 3 Ländlicher Raum und Anhang 3
Herausnahme der Gemeinde Weßling aus der Äußeren Verdichtungszone im Verdichtungsraum München
Drs. 14/11265 (A)
80. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Biedefeld, Gartzke u.a. und Fraktion SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Kapitel „Nachhaltigkeit“ und Kapitel „Klimaschutz in Bayern“
Drs. 14/11290 (A)

Zu Protokoll gegebener Teil der Rede des Abgeordneten Volker Hartenstein (fraktionslos) zu Tagesordnungspunkt 2 – LEP

Wie „naturschonend“ das Wasserstraßen-Neubauamt – eine Behörde des Bundes – bei seiner Arbeit manchmal vorgeht, hat sich erst jüngst im Mainausbauabschnitt Randersacker/Goßmannsdorf gezeigt. Das WNA hatte den Auftrag zur Entsorgung des zwischen beiden Stauhaltungen anfallenden, belasteten Baggermaterials öffentlich ausgeschrieben und schließlich mündlich einer bestimmten Firma erteilt. Diese beabsichtigte, belastetes Z 1.2- und Z 2-Material über eine Partnerfirma in einem Steinbruch bei Frickenhausen im Lkrs. Würzburg abzulagern. Erst nach einer von mir im November 2001 gestarteten schriftlichen Anfrage an den Regierungspräsidenten in Unterfranken, Herrn Dr. Paul Beinhofer, wurde die geplante Entsorgung untersagt. Das gesamte Verfahren geriet ins Stocken. Die Arbeiten sind bis heute unterbrochen. Zurzeit wird eine Neuausschreibung vorgenommen.

4 Einsatz der Gentechnik in der Pflanzenzucht

„Mit dem Einsatz gentechnischer Verfahren in der Pflanzenzucht sollen die Erzeugungsbedingungen in der Landwirtschaft langfristig gesichert werden.“ (B V 9.1.1)

Gerade so als habe man noch nichts von den Misserfolgen in den Vereinigten Staaten gehört: Der Erwerb des notwendigen Saatgutes wurde für die Landwirte teurer, die versprochenen Erntemehrerträge blieben in den Einsatzgebieten aus, durch Pollenflug und Einkreuzungen entwickelten sich Superunkräuter, die verstärkt mit chemischen Keulen behandelt werden mussten.

Die Liste der Negativbeispiele ließe sich problemlos weiter verlängern. Da mir jedoch leider nur 5 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen, müssen die genannten Gesichtspunkte ausreichen, um eines deutlich zu machen. Die Novelle des LEP trägt in erster Linie die Handschrift des Wirtschaftsministeriums. Von durchschlagender Nachhaltigkeit kann nicht die Rede sein.

Ich werde deshalb dem Antrag der Staatsregierung meine Zustimmung versagen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28. 01. 2003 zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kronawitter, Gartzke, Schläger u. a. (SPD) betreffend „Keine Vorbehaltsfläche für Flughafen München II in das Landesentwicklungsprogramm“ – Drs. 14/9779 –

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Appelt Dieter	X		
Dr. Baumann Dorle	X		
Beck Adolf		X	
Dr. Beckstein Günther			
Berg Irlind	X		
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blöchl Josef		X	
Bocklet Reinhold			
Böhm Johann		X	
Boutter Rainer	X		
Brandl Max	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brosch Franz			
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne		X	
Dingreiter Adolf		X	
Döbler Thomas	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Egleder Udo			
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykmann Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fink Martin		X	
Fischer Herbert		X	
Förstner Anna-Maria	X		
Franzke Dietmar	X		
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gartzke Wolfgang			
Geiger Hermann	X		
Glück Alois		X	
Görlitz Erika			
Goertz Christine	X		
Götz Christa		X	
Dr. Götz Franz			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Grabmair Eleonore			
Dr. Gröber Klaus			
Guckert Helmut		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haedke Joachim		X	
Dr. Hahnzog Klaus	X		
Hartenstein Volker	X		
Hartmann Gerhard	X		
Hausmann Heinz		X	
Hecht Inge	X		
Heckel Dieter		X	
Hecker Annemarie		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herrmann Joachim		X	
Hirschmann Anne	X		
Hoderlein Wolfgang	X		
Hölzl Manfred			
Hofmann Walter		X	
Hohlmeier Monika			
Huber Erwin		X	
Hufe Peter	X		
Jetz Stefan		X	
Dr. Kaiser Heinz	X		
Kaul Henning		X	
Kellner Emma	X		
Dr. Kempfner Herbert			
Kiesel Robert			
Klinger Rudolf		X	
Kobler Konrad		X	
Köhler Elisabeth	X		
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kuchenbaur Sebastian		X	
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz		X	
Leeb Hermann			
Leichtle Wilhelm			
Lochner-Fischer Monica	X		
Lode Arnulf		X	
Loscher-Frühwald Friedrich		X	
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Maget Franz			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Dr. Merkel Gerhard			
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann			
Niedermeier Hermann			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz			
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann			
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht			
Schmid Albert			
Schmid Berta			
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa			
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schuster Stefan	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita			X
Sibler Bernd			
Dr. Simon Helmut	X		
Simon Hildegard			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius			
Traublinger Heinrich			
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen			
Vogel Wolfgang	X		
Voget Anne	X		
Volkmann Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Weber Manfred		X	
Weichenrieder Max		X	
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zachert Klaus	X		
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	66	82	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28. 01. 2003 zum Änderungsantrag der Abg. Stahl, Dr. Runge, Kellner, u. a. u. Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend „A 94“ zu Tagesordnungspunkt 2 „Landesentwicklungsprogramm“ (Drs. 14/11381)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Appelt Dieter	X		
Dr. Baumann Dorle	X		
Beck Adolf		X	
Dr. Beckstein Günther			
Berg Irlind	X		
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blöchl Josef		X	
Bocklet Reinhold			
Böhm Johann		X	
Boutter Rainer	X		
Brandl Max		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brosch Franz			
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne		X	
Dingreiter Adolf		X	
Döbler Thomas	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Egleder Udo			
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykmann Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fink Martin		X	
Fischer Herbert		X	
Förstner Anna-Maria			
Franzke Dietmar	X		
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gartzke Wolfgang			
Geiger Hermann	X		
Glück Alois		X	
Görlitz Erika			
Goertz Christine	X		
Götz Christa		X	
Dr. Götz Franz			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Grabmair Eleonore			
Dr. Gröber Klaus			
Guckert Helmut		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haedke Joachim		X	
Dr. Hahnzog Klaus	X		
Hartenstein Volker	X		
Hartmann Gerhard	X		
Hausmann Heinz		X	
Hecht Inge	X		
Heckel Dieter		X	
Hecker Annemarie		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herrmann Joachim		X	
Hirschmann Anne	X		
Hoderlein Wolfgang	X		
Hölzl Manfred			
Hofmann Walter		X	
Hohlmeier Monika			
Huber Erwin		X	
Hufe Peter	X		
Jetz Stefan		X	
Dr. Kaiser Heinz	X		
Kaul Henning		X	
Kellner Emma	X		
Dr. Kempfner Herbert			
Kiesel Robert			
Klinger Rudolf		X	
Kobler Konrad		X	
Köhler Elisabeth	X		
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kuchenbaur Sebastian		X	
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz		X	
Leeb Hermann			
Leichtle Wilhelm			
Lochner-Fischer Monica	X		
Lode Arnulf		X	
Loscher-Frühwald Friedrich		X	
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Maget Franz			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Dr. Merkel Gerhard			
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann			
Niedermeier Hermann			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun			X
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz			
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann			
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht			
Schmid Albert			
Schmid Berta			
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa			
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schuster Stefan	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd			
Dr. Simon Helmut			X
Simon Hildegard			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius			
Traublinger Heinrich			
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen			
Vogel Wolfgang	X		
Voget Anne	X		
Volkmann Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Weber Manfred		X	
Weichenrieder Max		X	
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zachert Klaus	X		
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	62	84	2

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28. 01. 2003 zum Änderungsantrag der Abg. Elisabeth Köhler, Dr. Runge, Kellner, u. a. u. Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend „Landesentwicklungsprogramm“ – MUC II, Vorranggebiet Flughafenentwicklungsfläche (Drs. 14/11383)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Appelt Dieter	X		
Dr. Baumann Dorle	X		
Beck Adolf		X	
Dr. Beckstein Günther			
Berg Irlind	X		
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blöchl Josef		X	
Bocklet Reinhold			
Böhm Johann		X	
Boutter Rainer	X		
Brandl Max	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brosch Franz			
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne		X	
Dingreiter Adolf		X	
Döbler Thomas	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Egleder Udo			
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykmann Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fink Martin		X	
Fischer Herbert		X	
Förstner Anna-Maria			
Franzke Dietmar	X		
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gartzke Wolfgang			
Geiger Hermann	X		
Glück Alois		X	
Görlitz Erika			
Goertz Christine	X		
Götz Christa		X	
Dr. Götz Franz			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Grabmair Eleonore			
Dr. Gröber Klaus			
Guckert Helmut		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haedke Joachim		X	
Dr. Hahnzog Klaus	X		
Hartenstein Volker	X		
Hartmann Gerhard	X		
Hausmann Heinz		X	
Hecht Inge	X		
Heckel Dieter		X	
Hecker Annemarie		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herrmann Joachim		X	
Hirschmann Anne	X		
Hoderlein Wolfgang	X		
Hölzl Manfred			
Hofmann Walter		X	
Hohlmeier Monika			
Huber Erwin		X	
Hufe Peter	X		
Jetz Stefan		X	
Dr. Kaiser Heinz	X		
Kaul Henning		X	
Kellner Emma	X		
Dr. Kempfner Herbert			
Kiesel Robert			
Klinger Rudolf		X	
Kobler Konrad		X	
Köhler Elisabeth	X		
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kuchenbaur Sebastian		X	
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz		X	
Leeb Hermann			
Leichtle Wilhelm			
Lochner-Fischer Monica	X		
Lode Arnulf		X	
Loscher-Frühwald Friedrich		X	
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Maget Franz			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Dr. Merkel Gerhard			
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann			
Niedermeier Hermann			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz			
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann			
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht			
Schmid Albert			
Schmid Berta			
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa			
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schuster Stefan	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd			
Dr. Simon Helmut	X		
Simon Hildegard			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius			
Traublinger Heinrich			
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen			
Vogel Wolfgang	X		
Voget Anne	X		
Volkmann Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Weber Manfred		X	
Weichenrieder Max		X	
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zachert Klaus	X		
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	65	83	–

Beschlußempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die im Zusammenhang mit dem Entwurf der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (Drs. 14/9900) mitberatenden Anträge und Änderungsanträge zu Grunde gelegt werden

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Wörner, Franzke, Naaß u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm
Ballungsraumzulage
Drs. 14/7451 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

CSU	SPD	GRÜ
A	Z	Z

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Paulig, Dr. Runge u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesentwicklungsprogramm
Zu Kapitel A I Grundlegende Ziele
Drs. 14/10287 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

CSU	SPD	GRÜ
A	ENTH	Z

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Paulig, Dr. Runge u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesentwicklungsprogramm
Zu Kapitel B I Nachhaltige Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen und nachhaltige Wasserwirtschaft
Drs. 14/10288 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

CSU	SPD	GRÜ
A	Z	Z

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Paulig, Dr. Runge u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesentwicklungsprogramm
Zu Kapitel B IV Land- und Forstwirtschaft
Drs. 14/10289 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

CSU	SPD	GRÜ
A	ENTH	Z

5. Antrag der Abgeordneten Steiger, Hoderlein, Biedefeld u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Zielkontrolle
Drs. 14/10291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

CSU	SPD	GRÜ
A	Z	Z

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Kronawitter, Dr. Kaiser u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Offenheit der bayerischen Wirtschaft für ausländische Fachkräfte
Drs. 14/10292 (A) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen zum ersten Spiegelstrich.

CSU	SPD	GRÜ
A	Z	Z

Den zweiten Spiegelstrich hat der federführende Ausschuss für erledigt erklärt.

7. Änderungsantrag der Abgeordneten
Dr. Kronawitter, Dr. Kaiser u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Stärkung der mittelständischen Wirtschaftsstruktur
als grundlegendes Ziel
Drs. 14/10293 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

8. Änderungsantrag der Abgeordneten
Dr. Kronawitter, Dr. Kaiser u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Kreditversorgung des Mittelstandes
Drs. 14/10294 (Erledigt erklärt) [X]

**Votum des federführenden Ausschusses für
Landesentwicklung und Umweltfragen, der den
Änderungsantrag für erledigt erklärt hat.**

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hirschmann,
Wahnschaffe u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und
in Tagespflege (B III 2.1.2)
Drs. 14/10295 (A) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hirschmann,
Wahnschaffe u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Hilfe für Spätaussiedler und ausländische
Arbeitskräfte (B III 2.3)
Drs. 14/10296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hirschmann,
Wahnschaffe u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Ambulante medizinische Versorgung (B III 3.1)
Drs. 14/10297 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Drs. 14/10298 (A) [X]

**Votum des federführenden
Ausschusses für
Landesentwicklung und
Umweltfragen
zu den Absätzen 1, 2 und 10 bis 12.**

CSU	SPD	GRÜ
A	Z	Z

Die Absätze 4 bis 6 wurden zurückgezogen.

**Die Absätze 3 und 7 bis 9 hat der federführende
Ausschuss für erledigt erklärt.**

13. Antrag der Abgeordneten Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Teil A
Drs. 14/10299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

14. Antrag der Abgeordneten Naaß, Hufe, Gartzke u.a.
SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Aufnahme der Bundesstraße 2 im Bereich
Mittelfranken
Drs. 14/10300 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

15. Antrag der Abgeordneten Steiger u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Teil A: Nachhaltige überfachliche Entwicklung der
Raumstruktur
Drs. 14/10319 (A) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Lück SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Gebietskulisse
Drs. 14/10320 (E)

**Votum des federführenden Ausschusses für
Landesentwicklung und Umweltfragen, der den
Antrag für erledigt erklärt hat.**

17. Antrag der Abgeordneten Möstl, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Stadt Auerbach als mögliches Mittelzentrum
Drs. 14/10321 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Möstl, Schieder Werner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Mittelzentren
Drs. 14/10322 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Kronawitter, Dr. Kaiser u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Arbeitsmarktpolitisches Ziel für Frauen erweitern
Drs. 14/10324 (Erledigt erklärt) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Änderungsantrag für erledigt erklärt hat.

20. Antrag der Abgeordneten Steiger, Wahnschaffe u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Regionale Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarkt (B II 5.2.2)
Drs. 14/10325 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Steiger, Wahnschaffe u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Menschen mit Behinderung
Drs. 14/10326 (Erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

22. Antrag der Abgeordneten Steiger, Wahnschaffe u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Sozialwesen/Hilfe für Menschen mit Behinderung (B II 2.2.2)
Drs. 14/10327 (Erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

23. Antrag der Abgeordneten Steiger, Wahnschaffe u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Bildungs- und Erziehungswesen (B III 4.1.2)
Drs. 14/10328 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Dr. Rabenstein, Hoderlein, Biedefeld u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm Bayern
Ergänzung der Präambel
Drs. 14/10362 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Rabenstein, Odenbach, Hoderlein u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm Bayern
ÖPNV
Drs. 14/10363 (Erledigt erklärt) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Rabenstein, Hoderlein, Schläger u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm Bayern
Bahnlinie Nürnberg – Marktredwitz/Bayreuth – Hof – Leipzig/Dresden
Drs. 14/10364 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

27. Antrag der Abgeordneten Dr. Rabenstein u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm Bayern
Ergänzung des Anhangs 5 bzw. 12 (a)
Drs. 14/10365 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

28. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
Präambel
Drs. 14/10384 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des
Landesentwicklungsprogramms
(A II 3)
Drs. 14/10385 (A) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen zum Absatz 2.

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

Den Absatz 1 hat der federführende Ausschuss für erledigt erklärt.

30. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (B V)
Drs. 14/10386 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (B I)
Drs. 14/10387 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (B III)
Drs. 14/10388 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (B V)
Drs. 14/10389 (A) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen zu den Absätzen 1 bis 4 und 6.

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

Den Absatz 5 hat der federführende Ausschuss für erledigt erklärt.

34. Antrag der Abgeordneten Wörner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (B VI)
Drs. 14/10390 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Dr. Runge, Paulig u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesentwicklungsprogramm
Zu Kapitel A I Grundlegende Ziele
Drs. 14/10399 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Peters, Dr. Kaiser, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Erhalt von Grund- und Hauptschulen
Drs. 14/10410 (Erledigt erklärt) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

37. Antrag der Abgeordneten Peters, Dr. Kaiser, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Straßenausbau in Ostbayern
Drs. 14/10411 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

38. Antrag der Abgeordneten Peters, Dr. Kaiser, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Verkehrsanbindung des Ostbayerischen Raums
Drs. 14/10412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Peters, Dr. Kaiser, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Aufstufungen zum Mittelzentrum
Drs. 14/10413 (A)

- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|------|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | ENTH |
40. Antrag der Abgeordneten Peters, Dr. Kaiser, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Aufstufung der Entwicklungsachse Passau – Wegscheid – Österreich
Drs. 14/10414 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | A |
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Egleder, Werner-Muggendorfer u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Abteilung Verkehr Teil A 74
Drs. 14/10415 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|------|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | ENTH |
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Egleder, Werner-Muggendorfer SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Abteilung Verkehr Teil A 49/50
Drs. 14/10416 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Paulig u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Zu Kapitel A I Grundlegende Ziele
Einführung des Leitprinzips Gender Mainstreaming
Drs. 14/10448 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Paulig u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Zu Kapitel B III Nachhaltige soziale und kulturelle Infrastruktur
Geschlechtersensible Jugendarbeit
Drs. 14/10449 (Erledigt erklärt) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Änderungsantrag für erledigt erklärt hat.

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Zu Kapitel B III Nachhaltige soziale und kulturelle Infrastruktur
Drs. 14/10671 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
46. Antrag der Abgeordneten Schieder Werner, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Raumstrukturelle Entwicklung
Verkehrsinfrastruktur
Drs. 14/10709 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | A |
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesentwicklungsprogramm
zu Kapitel A I Grundlegende Ziele
Nachhaltigkeit in Bayern
Drs. 14/10721 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|------|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | ENTH | Z |
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesentwicklungsprogramm
zu Kapitel B II Nachhaltige gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungen
Arbeitsmarkt
Drs. 14/10722 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Maget, Gartzke, Wörner u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
A III 2.1.3.2 Zentrale Orte und Anhang 10
Drs. 14/10810 (A)

- | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|-----|------|-----|---|---|---|------|---|-----|-----|-----|--|---|---|--|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</p> <table border="0"> <tr> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> <td></td> </tr> <tr> <td>A</td> <td>Z</td> <td></td> <td>ENTH</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | | ENTH | <p>55. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10881 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</p> <table border="0"> <tr> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> <td></td> </tr> <tr> <td>A</td> <td>Z</td> <td></td> <td>Z</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | | Z |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | | |
| A | Z | | ENTH | | | | | | | | | | | | | | |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | | |
| A | Z | | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>50. Änderungsantrag der Abgeordneten Boutter, Radermacher, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
A III 3.3 Entwicklungsachsen
Drs. 14/10811 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</p> <table border="0"> <tr> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> <td></td> </tr> <tr> <td>A</td> <td>Z</td> <td></td> <td>ENTH</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | | ENTH | <p>56. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10882 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</p> <table border="0"> <tr> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> <td></td> </tr> <tr> <td>A</td> <td>Z</td> <td></td> <td>Z</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | | Z |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | | |
| A | Z | | ENTH | | | | | | | | | | | | | | |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | | |
| A | Z | | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>51. Änderungsantrag der Abgeordneten Boutter, Gartzke, Hartmann u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Begründung zu B I 3.2.2.2
Drs. 14/10868 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</p> <table border="0"> <tr> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> <td></td> </tr> <tr> <td>A</td> <td>Z</td> <td></td> <td>Z</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | | Z | <p>57. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10883 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</p> <table border="0"> <tr> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> <td></td> </tr> <tr> <td>A</td> <td>Z</td> <td></td> <td>Z</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | | Z |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | | |
| A | Z | | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | | |
| A | Z | | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>52. Änderungsantrag der Abgeordneten Gartzke, Franzke, Wörner u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
B IV Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft
Drs. 14/10869 (Erledigt erklärt)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Änderungsantrag für erledigt erklärt hat.</p> | <p>58. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10884 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</p> <table border="0"> <tr> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> <td></td> </tr> <tr> <td>A</td> <td>Z</td> <td></td> <td>Z</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | | Z | | | | | | | | |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | | |
| A | Z | | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>53. Antrag des Abgeordneten Gartzke SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Überregionale Entwicklungsachse Coburg – Suhl (Thüringen)
Drs. 14/10875 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</p> <table border="0"> <tr> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> <td></td> </tr> <tr> <td>A</td> <td>Z</td> <td></td> <td>ENTH</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | | ENTH | <p>59. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10885 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</p> <table border="0"> <tr> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> <td></td> </tr> <tr> <td>A</td> <td>Z</td> <td></td> <td>Z</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | | Z |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | | |
| A | Z | | ENTH | | | | | | | | | | | | | | |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | | |
| A | Z | | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>54. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 2)
Drs. 14/10880 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</p> <table border="0"> <tr> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> <td></td> </tr> <tr> <td>A</td> <td>Z</td> <td></td> <td>Z</td> </tr> </table> | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | | Z | <p>60. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 2)
Drs. 14/10886 (Erledigt erklärt)</p> | | | | | | | | |
| CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | | |
| A | Z | | Z | | | | | | | | | | | | | | |

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

61. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 2)
Drs. 14/10887 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

62. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10888 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

63. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

64. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10891 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

65. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)
Drs. 14/10892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

66. Antrag der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III)
Drs. 14/10893 (Erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

67. Antrag der Abgeordneten Dinglireiter, Pschierer u.a. CSU
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Änderung der Ziele zu B II 1.3 (Tourismuswirtschaft)
Drs. 14/10902 (Erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

68. Antrag der Abgeordneten Dinglireiter, Pschierer, Dr. Fickler u.a. CSU
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Änderung der Ziele zu B V 1.6 (Ziviler Luftverkehr)
Drs. 14/10903 (Erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

Hierzu wurde Einzelabstimmung beantragt.

69. Antrag der Abgeordneten Dinglireiter u.a. CSU
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Änderung der Begründung zu B II 1.2.1 (Handel)
Drs. 14/10904 (Erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

70. Antrag der Abgeordneten Dinglireiter, Rotter u.a. CSU
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Änderung der Begründung zu B V 1.3 (Schienenverkehr)
Drs. 14/10905 (Erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Schuhmann, Dr. Baumann, Hufe u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Nachhaltige Entwicklung in der Kultur
Drs. 14/11023 (A)

- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
72. Änderungsantrag der Abgeordneten Boutter, Gartzke, Hartmann u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
A II 4 Regionen
Drs. 14/11051 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
73. Änderungsantrag der Abgeordneten Boutter, Gartzke, Hartmann u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
B III 4.3
Drs. 14/11052 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
74. Änderungsantrag der Abgeordneten Boutter, Gartzke, Hartmann u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
B V 1.3.6
Drs. 14/11053 (Erledigt erklärt)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, der den Änderungsantrag für erledigt erklärt hat.**
75. Änderungsantrag der Abgeordneten Boutter, Gartzke, Hartmann u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
B V 1.3.6
Drs. 14/11054 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
76. Antrag der Abgeordneten Werner-Muggendorfer, Biedefeld, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Verankerung der Fürsorge für Kinder und Familien im Landesentwicklungsprogramm
Drs. 14/11055 (A)

- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
77. Antrag der Abgeordneten Werner-Muggendorfer, Biedefeld, Gartzke u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
Förderung des ökologischen Bewusstseins bei Kindern und Jugendlichen und in Familien
Drs. 14/11056 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
78. Änderungsantrag der Abgeordneten Wörner, Naab u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm
Drs. 14/11186 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
79. Änderungsantrag der Abgeordneten Gartzke, Hirschmann, Schmidt-Sibeth u.a. SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
A II 2 Verdichtungsräume und A II 3 Ländlicher Raum und Anhang 3
Herausnahme der Gemeinde Weßling aus der Äußeren Verdichtungszone im Verdichtungsraum München
Drs. 14/11265 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
80. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Biedefeld, Gartzke u.a. und Fraktion SPD
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
hier: Kapitel „Nachhaltigkeit“ und Kapitel „Klimaschutz in Bayern“
Drs. 14/11290 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen zu den Nummern 2 und 3.**
- | | | |
|-----|-----|-----|
| CSU | SPD | GRÜ |
| A | Z | Z |
- Die Nummer 1 hat der federführende Ausschuss für erledigt erklärt.**

